

Stenographisches Protokoll.

20. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

III. Gesetzgebungsperiode.

Freitag, 4. November 1927.

Inhalt.

Tagesordnung: Ergänzung der I. D. und dringliche Behandlung zweier Gegenstände (585) — Antrag Sever auf Schluß der Sitzung (601).

Verhandlungen: 1. Erste Lesung der Regierungsvorlage (B. 70), betr. den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für 1928, sowie

erste Lesung der Regierungsvorlage (B. 76) über die Bewilligung eines Nachtragskredits für das Jahr 1927 zur Leistung von Bundeszuschüssen an die Postsparkasse — Dr. Danneberg (585), Finanzminister Dr. Riebenböck (601), Dr. Hampel (606), Dr. Odehnal (610), Pistor (613), Janicki (615) — Finanz- und Budgetausschuß (621);

2. Mündliche Berichte des Ausschusses für Handel über die

a) Regierungsvorlage (B. 75), betr. das Handels- und Schiffsabkommen zwischen Österreich und Finnland,

b) Regierungsvorlage (B. 46) über den Notenwechsel mit dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen vom 8. Juni 1927, betr. die Zölle für Nutz- und Zuchtvieh, für Jungvieh sowie für Mehl, und Notenwechsel mit der Schweiz vom 19. April 1927, betr. den Zoll für Zucht- und Nutzvieh — Berichterstatter Volker (621) — Annahme der Auschusanträge (622).

Unterbrechung der Sitzung (601).

Ausschüsse: Wahl Dr. Kneußl als Mitglied und Dr. Schuchnigg und Dr. Hofer als Ersatzmänner des Finanz- und Budgetausschusses an Stelle Steiner, beziehungsweise Haueis und Wiesmaier, Hampel als Mitglied und Gleßin als Ersatzmann des Rechnungshofausschusses an Stelle Gleßin, beziehungsweise Hampel (622).

Eingebracht wurden:

Anfragen: 1. Pistor, Zangel, Demuth, Ammann, Justizminister, betr. die Zustände in der steirischen Landeskommmission nach § 12 Mietengesetz (421);

2. Paulitsch, Grischacher, Handelsminister, wegen der Verkehrsverhältnisse im Gurktale (43/1).

Präsident Miklas eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. vorm.

Dem Vorschlage des Präsidenten, im Sinne der §§ 33 und 38 der Geschäftsordnung die Berichte des Ausschusses für Handel über die Regierungsvorlage (B. 75), betr. das Handels- und Schiffsabkommen zwischen Österreich und Finnland, und die Regierungsvorlage (B. 46), betr. den Notenwechsel mit Jugoslawien und der Schweiz wegen

der Zölle für Nutz- und Zuchtvieh usw., auf die I. D. zu stellen und dringlich zu behandeln, wird zugestimmt.

Präsident: Wir gelangen zur I. D. Wir stehen bei der 1. Lesung der Vorlage der Bundesregierung, betr. ... (Dr. Danneberg: Ist das Haus beschlußfähig? Das ist doch kein beschlußfähiges Haus! — Sever: Bei dem Haus gibt es doch keine Tagung!) Wir werden die Beschlußfähigkeit bei einer Abstimmung feststellen. (Sever: Entschuldigen Sie, es müssen bei der Eröffnung doch wenigstens 100 Leute da sein! — Dr. Danneberg: Wir können auch weggehen! Es ist nicht eine Sache der Minderheit, die Beschlußfähigkeit des Hauses zu garantieren, das ist Sache der Mehrheit! Wenn die Mehrheit sich für die Erledigung des Budgets nicht interessiert, eine Sache der Minderheit ist das nicht! Wir können auch fortgehen! — Sever: Wir können auch herausgehen, wenn die anderen nicht kommen!)

Präsident (nach einer Pause): Ich glaube, wir können jetzt beginnen.

Wir gelangen zur I. D., das ist die 1. Lesung der Regierungsvorlage (B. 70), betr. den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1928 in Verbindung mit der 1. Lesung der Regierungsvorlage (B. 76) über die Bewilligung eines Nachtragskredits für das Jahr 1927 zur Leistung von Bundeszuschüssen an die Postsparkasse.

Dr. Danneberg: Hohes Haus! Der Nationalrat ist heute wieder in der Lage, einen Voranschlag der Bundesregierung zu überprüfen, und er erfüllt damit eine Aufgabe, die zu den wichtigsten einer Volksvertretung gehört. Schon die äußere Betrachtung der Dinge zeigt, wie die Regierung hier ihre Pflicht gegenüber dem Parlament aufsaßt. Die Hefte, die uns vorgelegt werden und aus denen wir den Inhalt des Voranschlages kennenlernen sollen, werden immer dünner und immer schwächer; man teilt dem Parlament immer weniger und immer weniger mit. Im Jahre 1923 zum Beispiel hat das Finanzgesetz mit dem Bundesvoranschlage noch 203 Druckseiten gehabt, für das Jahr 1928 hat der Voranschlag nur mehr 84 Seiten, also nicht einmal halb soviel. Die Detailhefte waren im Jahre 1923 noch 1460 Seiten stark. Die Hefte, die man uns

für das Jahr 1928 gegeben hat, haben 480 Druckseiten, also ungefähr ein Drittel von dem, was sie früher hatten.

Der Herr Minister hat dieses Budget vor 14 Tagen mit einer Rede eingeleitet, die im wesentlichen nur eine Wiederholung der gedruckten Erläuterungen gewesen ist und jede Betrachtung von einem höheren Gesichtspunkt aus vermissen ließ. Wenn, wie die Mehrheit in diesem Hause und die Regierung selbst immer behaupten, bei ihnen ein Gefühl von wirklicher Demokratie vorhanden wäre, dann, hohes Haus, müßte die Regierung vor allem das Budgetrecht des Nationalrates achten. Aber was geschieht da? Es ist gar nicht lange her, erst im Juli des Jahres 1925 war es, daß dieses Budgetrecht des Parlaments sogar neu geregelt worden ist. Im Verwaltungsentlastungsgezet ist damals festgesetzt worden, daß Überschreitungen der genehmigten Kredite der Zustimmung des Finanzministers bedürfen, der darüber, wie es dort heißt, periodisch dem Nationalrate Bericht zu erstatten hat. Ich möchte den Herrn Finanzminister einladen, uns mitzuteilen, wie viele solcher Nachtragskredite er in den letzten zwei Jahren dem Parlamente zur Genehmigung vorgelegt hat und wann diese Bestimmung eingehalten worden ist. Das Parlament bewilligt ein Budget. Das Gesetz sagt ausdrücklich, daß die genehmigten Kredite, wie es dort wörtlich heißt, unüberschreitbare Höchstbeträge sind. Wenn sie aus unvermeidlichen Gründen dann doch überschritten werden, so erfährt das Parlament bei uns faktisch davon erst zwei Jahre nach der Budgetberatung, wenn nämlich der Rechnungsabschluß über dieses Jahr vorgelegt wird. Damit, hohes Haus, wird aber das Budgetrecht des Parlaments in Wirklichkeit zu einem guten Teil illusorisch gemacht.

Es gibt aber dann noch ein zweites. Es kann vorkommen, daß plötzlich Ausgaben gemacht werden müssen, die in dem Budget gar nicht vorgesehen sind. Da schreibt nun das Gesetz vor, daß dann nachträglich die verfassungsmäßige Genehmigung eingeholt werden muß. Bei Gefahr im Verzug, so hieß es früher im Gesetze, darf der Finanzminister die Ausgaben machen, er muß aber die Genehmigung hinterher einholen. Wir haben erlebt, wie im Centralbankskandal diese Bestimmung von der früheren Regierung in einer unerhörten Weise mißbraucht worden ist, die Kreditvorlage über die Mittel, die die Regierung in Anspruch genommen hat, mußte dann erst erzwungen werden. Darum hat der Nationalrat aus dieser Affäre damals, wie sich alle noch erinnern werden, den Schluß gezogen, daß er sein Budgetrecht gegenüber der Regierung verstärken müsse, und wir haben im Dezember 1926 hier ein Verfassungsgesetz beschlossen, in dem festgesetzt ist, daß auch in solchen Fällen, in denen Gefahr im Verzug ist und unvorhergesehene Aus-

gaben gemacht werden müssen, der Nationalrat gefragt werden muß. Wenn es sich um weniger als 1 Million Schilling handelt, so genügt zunächst die Zustimmung des Hauptausschusses. Natürlich muß auch dann die Genehmigung des Nationalrates eingeholt werden.

In dem Gesetzentwurf, den meine Partei damals vorgelegt hat, stand noch das Wörtchen „sogleich“ darin, daß also die Genehmigung des Nationalrates sogleich eingeholt werden soll. Damals ist von der Regierung erwidert worden, dieses Wort sei nicht notwendig, denn wenn man eine solche Verfassungsbestimmung mache, sei es ja ganz selbstverständlich, daß man gleich tun werde, was nötig ist, und im übrigen habe es ja jede große Partei in der Hand, die Einberufung des Parlaments schon nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung zu verlangen und die Regierung zu veranlassen, die diesbezüglichen Kreditvorlagen einzubringen. Ich bin überzeugt — und wenn es nicht so wäre, wie ich meine, dann bitte ich den Herrn Finanzminister, hier zu widersprechen —, daß die Regierung solche unvorhergesehene Ausgaben schon gehabt hat, mir ist aber nicht in Erinnerung, daß sich der Hauptausschuß, wenn es sich etwa um weniger als 1 Million Schilling dabei gehandelt hat, auch nur einmal gefragt worden wäre. Ich erinnere zum Beispiel daran, daß bei der Gründung des selbständigen Justizministeriums doch wohl Ausgaben gewesen sein müssen; ich erinnere daran, daß der Brand des Justizpalastes vermutlich der Regierung unvorhergesehene Ausgaben gemacht hat, denn das kann doch nicht budgetiert gewesen sein. Ich erinnere daran, daß bei der Polizei vor den Personalvertretungswahlen massenhafte Remunerationen ausgeteilt worden sind. Man hat vermutet, daß diese Remunerationen aus den Unternehmerpenden stammen. Die Polizei hat das damals dementiert und erklärt, das sei Bundesgeld, das den Sicherheitswachebeamten gegeben worden ist. Wenn das letztere der Fall ist, kann es sich ja auch nicht um budgetierte Beträge gehandelt haben. Sie sehen also hier eine Reihe von Ausgaben, von denen ich annehmen muß, daß sie außerhalb des Voranschlages gemacht worden sind, aber Vorlagen darüber hat meines Wissens der Hauptausschuß niemals gesehen.

Es ist also eine etwas problematische Beschäftigung, sich hier mit einem Voranschlag zu befassen, wenn man das Gefühl hat, daß die Regierung selbst das Gesetz nicht einhält, obzwar der Artikel III des Finanzgesetzes, das uns vorliegt, die Bestimmungen, von denen ich rede, ausdrücklich wiederholt und auf sie hinweist.

Aber das Mißtrauen, daß man bei der Betrachtung des Voranschlages haben muß, geht auch in einer anderen Richtung. Die Verpflichtungen, die der Staat hat, sind eigentlich unbegrenzt. Er hat Verpflichtungen gegenüber seinen Angestellten, Ver-

pflichtungen zur Führung der verschiedensten Ämter, er hat Verpflichtungen sozialer, kultureller Natur, die Aufgabe das Wirtschaftsleben zu befruchten, er hat Verpflichtungen der mannigfachsten Art — alles natürlich im Rahmen des möglichen. Und dieser Rahmen ist durch die Einnahmen, die der Staat hat, gesteckt. Wenn man beurteilen will, was der Staat ausgeben kann und was er ausgeben soll, dann muß man seine Einnahmen kennen. Daher wäre es bei dem Voranschlag zunächst die allerwichtigste Voraussetzung, über die Einnahmen des Staates eine richtige Auskunft zu erhalten. Schauen wir uns nun die Art, wie die Regierung dem Parlament Auskunft gibt, ein wenig näher an.

Daß in der Zeit der Inflation der Voranschlag der Regierung mit dem Rechnungsabschluß nicht übereingestimmt hat, kann man ihr nicht übelnehmen. Das hat zwar die Partei der Regierung im Gemeinderat der dortigen Verwaltung übelgenommen, aber in diesen Fehler will ich nicht verfallen. Damals konnte keine Verwaltung ein Budget aufstellen, das dann in der Wirklichkeit zugetroffen ist. Ich billige der Regierung sogar zu, daß in den ersten Jahren der Stabilisierung der Krone, in den Jahren 1923 und 1924, ein Budget aufgestellt werden mußte, das dann in Wirklichkeit nicht zugetroffen ist; denn damals waren trotz der stabilisierten Krone so viele Verschiebungen, so viele Anpassungen, so viele Preisveränderungen da, daß naturgemäß das Budget nicht stimmen konnte. Aber diese Zeit ist doch seit ein paar Jahren schon vorbei, und man mußte daher wohl meinen, daß man jetzt wenigstens einen wirklich richtigen Überblick über die Einnahmen des Staates von der Regierung bekommen kann.

Was sehen wir aber? Die Regierung hat uns nicht nur das Budget für das Jahr 1928 vorgelegt, sondern auch den Rechnungsabschluß für das Jahr 1926, den wir für die Beurteilung des Voranschlages mit heranziehen müssen. Für das Jahr 1926 — ich bitte, meine Herren, das war das vierte Jahr nach der Stabilisierung der Krone — waren an Zöllen, Steuern und Gebühren 743'1 Millionen Schilling veranschlagt, und in Wirklichkeit hat der Bund, wie der Rechnungsabschluß ausweist, 966'35 Millionen Schilling eingenommen; das ist eine Mehreinnahme gegenüber dem Voranschlag von 223'25 Millionen Schilling. Dazu kommt noch, daß bei Tabak, Salz und den anderen Monopolen die Einnahmen um 35 Millionen Schilling größer waren als nach dem Voranschlag, so daß sich im ganzen hier eine Mehreinnahme von rund 258 Millionen Schilling ergibt. Das ist, hohes Haus, um rund 30 Prozent mehr als der Voranschlag ausgewiesen hat. Dieses Plus allein, das der Bund da über seinen Voranschlag hinaus eingenommen hat, macht wesentlich mehr aus, als alle 18 Gemeindesteuern der Stadt Wien überhaupt tragen.

Noch sonderbarer wird diese Budgetierung, wenn man sie im einzelnen betrachtet. Für das Jahr 1926 ist zum Beispiel die Einkommensteuer mit 115 Millionen Schilling budgetiert gewesen, die Einnahmen betrugen 143'3 Millionen Schilling; das ist eine Mehreinnahme von 24'6 Prozent. Die Stempel- und Rechtsgebühren haben im Jahre 1926 eine Mehreinnahme von 50¹/₂ Prozent geliefert. Die allgemeine Erwerbsteuer war mit 25 Millionen Schilling veranschlagt und hat in Wirklichkeit 53'6 Millionen Schilling getragen. (Hört! Hört!) Das ist eine Mehreinnahme von 114¹/₂ Prozent. Die Körperschaftsteuer war mit 35 Millionen Schilling veranschlagt und hat in Wirklichkeit 85 Millionen Schilling getragen; das ist eine Mehreinnahme von mehr als 143 Prozent. Nun sage noch jemand, daß den Voranschlägen der Regierung irgendein Zutrauen gewährt werden kann, daß man sich auf die Zahlen, die uns da präsentiert werden, halbwegs verlassen kann. Ich wiederhole, wenn das im Jahre 1923 passierte, so ist darüber sachlich gar nichts zu sagen. Damals waren ja die Unterschiede noch größer. Bei der Erwerbsteuer betrug der Unterschied zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluß 260 Prozent, bei der Körperschaftsteuer 218 Prozent. Aber im Jahr 1926 zeigen doch solche ungeheure Differenzen, daß man bei den Steuern das Doppelte und Underthalbfache des veranschlagten Betrages einnimmt, daß hier dem Parlament Mitteilungen gemacht werden und ein Budget aufgestellt wird, das mit der Wirklichkeit aber schon gar nichts mehr zu tun hat. Die Zahlen, die man da also im Budget liest, sind Hausnummern, weiter nichts, denen man kein Vertrauen für die wirkliche Beurteilung des Budgets absolut nicht beimessen kann.

Man könnte sich noch damit trösten und sagen, es ist nur gut und schön, wenn man Überraschungen erlebt und wenn die Steuern um so viel mehr tragen, als man veranschlagt hat. Aber von diesem Standpunkte aus kann das Parlament diese Dinge nicht beurteilen, denn das Parlament muß ja seine Ausgabenpolitik nach den Einnahmen des Staates richten, und wenn ihm dabei ein ganz falsches Bild gegeben wird, dann wird die Ausgabenpolitik des Parlaments entscheidend beeinflusst.

Wie steht es nun für das Jahr 1928? Natürlich sind für das Jahr 1928 die indirekten Steuern wieder stark gewachsen, sie machen jetzt schon vier Fünftel der gesamten Steuereinnahmen des Staates aus. Es ist kennzeichnend, daß man eigentlich nur mit zwei Steuerherabsetzungen für dieses Jahr rechnen kann, die sich irgendwie auswirken sollen, nämlich mit einer Herabsetzung der Luxuswareneinkommensteuer, die erfolgt ist, und mit einem Geschenk bei der Rentensteuer, das die Regierung durch eine Verordnung den Stellen machen will, die jetzt das Centralbankabenteuer bezahlen müssen. Wenn ich die

Gesamtsumme nehme, so sind alle Steuern und Gebühren für das Jahr 1928 mit geringeren Ansätzen veranschlagt, als die Erträge des Jahres 1926 waren. Die Regierung setzt also ihre Methode, die Einnahmen ganz falsch darzustellen, offenbar fort.

Man könnte einwenden, die Wirtschaftslage sei vielleicht jetzt viel schlechter geworden, als sie im Jahre 1926 war, und daher sei der Pessimismus der Regierung bezüglich der Einnahmen gerechtfertigt. Wir wissen aber doch alle, daß die Wirtschaftskrise im Jahre 1926 weit größer war, als sie heute ist, daß damals ein Höchststand an Arbeitslosen zu verzeichnen war, während die Regierung ja im heurigen Bundesvoranschlag selbst damit rechnet, daß es im Jahre 1928 um 30.000 Arbeitslose weniger geben wird als im heurigen Jahre. Es sind also ganz unzweifelhaft, wie es übrigens der Herr Minister am Schlusse seiner Rede selbst festgestellt hat, sehr merkliche und deutliche Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung vorhanden, die sich natürlich auch in den Steuereinnahmen des Staates ausdrücken muß, sofern man nicht Steuerermäßigungen in Aussicht nimmt. Von solchen Steuerermäßigungen, die noch kommen sollen, hat der Herr Finanzminister aber mit keinem Wort geredet. Er hat uns, wenn ich mich recht erinnere, erzählt, daß wir uns hart am Rande des möglichen bewegen, er hat aber auch nicht einmal angedeutet, daß es zu Steuerermäßigungen kommen soll. Was man über die Entwicklung der Staatseinnahmen des Jahres 1927 weiß, rechtfertigt den Pessimismus der Regierung ebensowenig wie das Ergebnis des Jahres 1926; denn in den ersten sieben Monaten des Jahres 1927 ist der Überschuß schon viel größer gewesen, als er für das ganze Jahr 1927 veranschlagt war.

Daraus sehen wir also, wie sich die Entwicklung in Wirklichkeit vollzieht, und da kann man also nicht mehr von einer Vorsicht reden, die die Regierung, mit Recht natürlich, bei ihren Voranschlägen walten lassen muß, sondern da kommt man viel eher zu dem Eindruck, daß hier eine Täuschung der Volksvertretung beabsichtigt ist, die ganz bewußt und absichtlich gemacht wird. Es ist natürlich viel bequemer, statt sich mit den großen Aufgaben auseinanderzusetzen, die an den Bund herankommen, einfach seine leeren Taschen zu zeigen und jedesmal, wenn man etwas braucht, zu sagen, daß man kein Geld hat. Daß solche Äußerungen der Regierung, wie sie der Herr Finanzminister auch in seiner Rede gemacht hat, nicht mehr geglaubt werden, hat seine guten Gründe; man hat es ja im Sommer 1926, als der damalige Bundeskanzler feierlich erklärte, die Regierung habe kein Geld, erlebt, daß sie 14 Tage später plötzlich 500 Milliarden für einen Zweck, der ihr genehm war, übriggehabt hat. *(Sehr richtig!)*

Der Herr Finanzminister, der das Budget in dieser Form offenbar mit Absicht dem Parlament

vorgelegt hat, um es über die wirklichen Einnahmen, mit denen der Bund zu rechnen hat, im unklaren zu lassen, hat es in seiner Rede auch unterlassen, uns ein Bild über die Staatsfinanzen zu geben. Er hat sich, wie ich schon erwähnt habe, nicht einmal im allgemeinen über die Steuerpolitik geäußert und hat nur bezüglich der Zölle erklärt, daß der neue Zolltarif im Budget nicht berücksichtigt sei. Aber der Zolltarif ist nicht nur in den Einnahmeziffern der Zölle nicht berücksichtigt, sondern seine Wirkungen hat die Regierung anscheinend in gar keiner Weise bei diesem Budget veranschlagt. Es ist eine Binsenwahrheit, daß die Bundesfinanzen mit der Lage der Volkswirtschaft auf das engste zusammenhängen, und eine Darstellung in dieser Richtung hätte der Finanzminister eigentlich geben müssen. Wir haben aber darüber nur ein paar sehr dürftige Sätze von ihm gehört. Wenn auf Grund dieses Zolltarifs, den die Mehrheit vor wenigen Tagen beschlossen hat, die bestehenden Handelsverträge wirklich revidiert werden sollten, würde dies die mannigfachsten Wirkungen auf unser Wirtschaftsleben ausüben, da unsere Industrie vom Export abhängt und die Agrarzölle das ganze Leben und die Produktion wesentlich verteuern. Das alles hat sicher schwere Folgewirkungen, und der Finanzminister mußte sich darüber klar sein. Aber die Regierung hat nicht nur jetzt, sondern auch früher jede Diskussion über diese Frage abgelehnt. Erinnern Sie sich nur daran, daß wir schon vor Monaten, als die Regierung mit ihren neuen Zollvorschlägen kam, gesagt haben, daß, wenn man auf der einen Seite den Mehlsoll erhöhen wolle, man doch auf der anderen Seite die Warenumsatzsteuer für das Mehl lockern oder beseitigen müßte. Auf alle diese Vorschläge sind die Herren damals nicht eingegangen. Der Herr Finanzminister will eben hier ein Doppelverdiener sein; er will auf der einen Seite den Zoll für das Mehl einnehmen und auf der andern Seite auch noch von dem erhöhten Mehlpreise seine Warenumsatzsteuer nehmen.

Wenn das Zeugnis des Herrn Abg. Dr. Weidenhoffer gilt, so ist sich wenigstens die Industrie darüber im klaren, daß der Zolltarif Lohnerhöhungen im Gefolge haben muß, wenn er einmal zur Auswirkung kommt. Was denkt aber die Regierung über diese Frage? Sie zeigt da nur die kalte Schulter, und zwar gegenüber allen; sie zeigt sie den Bundesangestellten, worüber ich nicht sprechen will, weil diese Frage einer besonders ausführlichen Behandlung bedarf, sie zeigt sie den Pensionisten, sie zeigt sie den Altpensionisten, für die in diesem Voranschlage nur eine spärliche Besserstellung eingestellt ist, sie zeigt sie auch bei den kleinsten Dingen. Ich erinnere daran, daß seit mehr als einem Jahre ein Streit darum geht, daß die Rentner der Militärarbeiter eine Aufbesserung ihrer Renten um 10 S im Monat bekommen. Der Akt bleibt ewig unerledigt, denn

dafür hat die Regierung kein Geld. Forderungen der Kriegsinvaliden sind da, die Kleinrentnerfrage steht immer noch auf der Tagesordnung, soziale Pflichten an allen Ecken und Enden; der Herr Finanzminister aber hat dafür nur geringes Interesse, ein Achselzucken, die Einnahmen des Staates gestatten, wie er sagt, nicht mehr, als in dem Budget für alle diese Dinge vorgesehen ist. Aber die Einnahmen stimmen eben gar nicht, wie man aus einer Betrachtung dieser Dinge sieht.

Da redet die Regierung vom Abbau des Mieterschutzes, man hört aus den Kreisen der Regierungsparteien allerhand über eine Vorlage, die kommen soll. Die einen reden vom 3000fachen Zins, die andern reden von einem 6000fachen, von einem 8000fachen Zins, der angestrebt werden soll. Ich persönlich glaube ja das alles nicht, denn ich habe ja in flammenden Worten überall im April gelesen, daß die Einheitsliste den Mieterschutz gesichert hat, und ich glaube diesen Worten der Regierungsparteien vorläufig noch. Wenn die Regierung selber diesen Worten nicht glaubt und wenn sie anders denkt, dann soll sie sich doch bei der Vorbereitung ihrer Pläne darüber klar werden, welche Rückwirkungen so etwas auf die Volkswirtschaft und auf die Staatsfinanzen hätte. Denn daß man ernsthaft beabsichtigen könnte, die Hausherrenrente aufzuwerten, ohne sich um alle andern Aufwertungsprobleme und ohne sich um die Rückwirkungen dieser Aufwertung zu kümmern, das ist doch für einen Volkswirtschaftler vollkommen ausgeschlossen, und so etwas könnte auch die Regierung Seipel gewiß nicht verantworten.

Schauen wir uns nun einen Augenblick an — ich weiß nicht, ob sich die Regierung darüber Vorstellungen gemacht hat, vielleicht kann uns der Herr Finanzminister dann etwas darüber sagen —, was denn diese Lockerung und Aufhebung des Mieterschutzes bedeuten würde, zunächst für die Regierung selbst. Die Bezüge der aktiven Beamten sind in dem Voranschlag mit 435 Millionen Schilling angegeben, die Bezüge der Pensionisten mit 262 Millionen Schilling, das sind zusammen nahezu 700 Millionen Schilling. Glaubt die Regierung wirklich, daß eine Teuerung, die der neue Zolltarif und die eine Lockerung des Mieterschutzes bringen kann, in den Beträgen unterzubringen ist, die sie heute zahlt? Glaubt die Regierung, daß es möglich ist, solche Bezüge aufrechtzuerhalten, wenn wir mit unserem Zunder weit über die Goldparität hinaus kämen, so wie das alle Staaten erlebt haben, in denen der Mieterschutz gelockert und aufgehoben worden ist und in denen es heute keinen Mieterschutz mehr gibt?

Vor einiger Zeit hat man in der Öffentlichkeit gehört, daß die Anleihe, die die Regierung im Auslande aufnehmen will, an die Bedingung geknüpft worden sei oder geknüpft werden soll, daß das Anleiheverbot des Genfer Vertrages in irgendeiner

Form erneuert wird und der Mieterschutz fällt. Der Herr Finanzminister hat das alles erfreulicherweise in seiner Rede als ein Märchen erklärt und hier ausdrücklich festgestellt, daß an diesen Behauptungen der Öffentlichkeit kein wahres Wort sei. Ich muß auch sagen, die Schande einer Einmischung des Auslandes in unsere innere Politik war schon im Jahre 1922 arg genug, aber daß man sie heute ertragen könnte, das wäre wohl gänzlich ausgeschlossen. Allerdings kann es schon sein, daß nicht alle Herren, die Österreich im Auslande vertreten, geeignet sind, diese Meinung der ganzen Bevölkerung dort überall klar zum Ausdruck zu bringen. Denn daß zum Beispiel immer noch der Herr Mensdorff der Vertreter Österreichs im Völkerbund sein kann (*Sehr richtig!*), als ein Symbol der Verhöhnung des Anleihezwangs, den 99 Prozent der Bevölkerung haben, das gehört auch zu diesem Kapitel.

Was übrigens diese Anleihe anlangt, hohes Haus, die die Regierung aufnehmen will, so muß dazu doch schon jetzt einiges gesagt werden. Es ist selbstverständlich eine Pflicht der Regierung, Investitionen zu machen, um durch Investitionen, die auch rein sachlich bei uns in Österreich wirklich in Fülle und Fülle notwendig sind, dem Wirtschaftsleben neue Impulse zu geben. Wenn die Regierungspresse darüber Burzelbäume geschlagen hat, so muß ich sagen, ist das eigentlich wenig verständlich, denn das, was die Regierung angekündigt hat oder in ihren offiziellen Zeitungen über diese neue Anleihe ankündigen ließ, war doch eigentlich nichts anderes als das, daß die Investitionsarbeiten in dem bescheidenen Umfange, in dem sie in den letzten Jahren geführt worden sind, jetzt ein paar Jahre fortgesetzt werden sollen. Um mehr hat es sich dabei in Wirklichkeit gar nicht gehandelt. Meine Herren, die Regierung ist gar nicht so investitionsfreundlich, wie sie sich jetzt gerne hinstellen möchte. Im Jahre 1926 zum Beispiel hat sie sogar bei den Investitionen Geld erspart. Da waren 157 Millionen Schilling im Voranschlag für Investitionen vorgesehen, aber nur 135 Millionen Schilling sind wirklich ausgegeben worden, wie man aus dem Rechnungsabschluß ersieht. Da hat die Regierung sogar bei den Investitionen noch gewaltige Ersparungen gemacht. Die Regierung hätte uns anlässlich der Einbringung des Budgets über diese Anleihe, mit der sie ja, wie der Herr Finanzminister uns gesagt hat, mit Sicherheit rechnet, doch auch schon etwas mehr erzählen müssen. Der Herr Minister hätte uns doch sagen müssen, was mit der Anleihe eigentlich geplant ist. Wir erfahren aus den Erläuterungen und aus dem Budget selber nur etwas über das Jahr 1928. Es wäre aber dringend notwendig, ein ganzes Programm über diese Investitionen rechtzeitig zu hören.

Wie hat es denn die Regierung mit den Investitionen bisher in finanzieller Hinsicht gehalten?

Die Partei der Regierung redet im Gemeinderat als Opposition fortwährend mit den Worten des heftigsten Tadels darüber, daß man Investitionsausgaben aus laufenden Einnahmen deckt. Schauen wir, was die Regierung eigentlich getan hat? Im Jahre 1925 ist der Überschuß der normalen Gebarung des Bundes so groß gewesen, daß er alle Investitionen gedeckt hat und noch ein Überschuß im Betrage von 76½ Millionen Schilling geblieben ist. Im Jahre 1926 hat die laufende Gebarung einen Überschuß von 103 Millionen Schilling gehabt, die Investitionen waren 135 Millionen Schilling. Aber, meine Herren, damals waren unter den Ausgaben auch 55½ Millionen Schilling für die Centralbank. Wenn die Regierung diese Ausgabe nicht gemacht hätte, die sie übrigens faktisch ja jetzt wieder zurückbekommt, so würde der Überschuß 158 Millionen Schilling gewesen sein, das heißt wieder größer als die Investitionen. Und das heißt man doch wohl Investitionen aus dem laufenden zu decken. Für das Jahr 1928 ist ein Überschuß von 35 Millionen Schilling vorgesehen und Investitionen im Betrage von 191 Millionen Schilling. Aber, meine Herren, wenn man sieht, wie die Einnahmen budgetiert sind, dann erkennt man, daß offenbar ein viel größerer Teil dieser Investitionen aus der laufenden Gebarung gedeckt werden soll. Darauf deutet ja übrigens auch hin, daß der Herr Minister in das Budget nur einen sehr geringen Betrag für die Verzinsung der neuen Anleihe im Jahre 1928 eingestellt hat, daß er also offenbar damit rechnet, daß nur ein kleiner Bruchteil dieser Investitionen im Jahre 1928 aus der neuen Anleihe gedeckt werden soll. Es wäre natürlich auch darüber zu reden, ob es denn wirklich, wie das die Regierun= pressen jetzt immer darstellt, ein förmliches Ideal wäre, Schulden zu machen und insbesondere im Auslande Schulden zu machen. Man denkt in anderen Staaten, zum Beispiel in Deutschland, einigermaßen anders über diese Dinge, und daß man dabei einige Behutsamkeit walten lassen sollte, das zeigen übrigens auch die Erfahrungen, die einzelne österreichische Länder mit solchen Auslandsanleihen gemacht haben. Ich will heute nicht weiter über diese Probleme reden, obwohl sehr ernst darüber zu reden wäre, aber ich möchte es bei der Gelegenheit nur erwähnt haben.

Die Regierung müßte uns wohl auch rechtzeitig etwas über die Konstruktion dieser ganzen Anleihe sagen und sehr rechtzeitig auch etwas sagen, wie sie eigentlich über die Anlage dieser Gelder denkt. Denn je nachdem, ob diese Anleihe in einzelnen Tranchen aufgenommen werden wird, die sich auf ein paar Jahre verteilen — was ich nicht weiß —, oder auf einmal aufgenommen werden wird, wird ja natürlich die Frage der Anlage dieser Gelder eine ungeheure Rolle spielen. Wir haben ja

erlebt, was man mit solchen Dingen anfangen kann. Raum waren 5 Millionen Dollar aus der Völk= bundanleihe freigegeben, so hat die frühere Regierung diesen ganzen Betrag so verwendet, daß man da hinter den Kulissen Zinsspannungen für Parteizwecke benutzt hat, und dieses System Kollmann= Rintelen ist wohl ein System, das nicht wieder Platz finden und nicht wieder zur Geltung kommen darf.

Für die Beurteilung der Anleihe ist ja auch gar nicht unwichtig, daß die Verschuldung Österreichs an und für sich schon keineswegs mehr gering ist. Nach den Aufstellungen, die wir in den Erläuterungen lesen, beträgt ja der Schuldenstand Österreichs schon 2544 Millionen Schilling, das ist auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet 400 S oder, wenn wir nur die erwachsene Bevölkerung nehmen, 638 S auf den Kopf der Bevölkerung, also keineswegs mehr eine kleine Summe. Und wenn jetzt neuerdings eine Anleihe von 725 Millionen Schilling dazukommt, so wächst diese Kopfquote um 140 S, und wenn wir nur die erwachsene Bevölkerung rechnen, um 181 S. Und das, was die Bevölkerung an Tribut leisten muß, um diese Anleihe zu verzinsen und zu tilgen, ist ja gar nicht wenig. Denn für den Zinsendienst sind ja in diesem Budget nicht weniger als 81 Millionen Schilling vorgesehen, für die Tilgung 54½ Millionen Schilling gesondert außer den 5 Millionen Schilling, die schon für die neue Anleihe präliminiert sind. Das sind zusammen Beträge, die ungefähr so groß sind wie die gesamte Einnahme, die dem Bund aus der Warenumsatzsteuer bleibt. Das heißt, wir heben in unserem Land eine überaus drückende, volkswirtschaftlich absolut schädliche Steuer ein, die einen großen Ertrag liefert, der, soweit er dem Bunde bleibt, völlig für den Schuldendienst verwendet werden muß.

In Wirklichkeit ist es aber, wenn man von einer Investitionsanleihe redet, zum Teil wenigstens, eine Irreführung. Denn in Wirklichkeit handelt es sich ja — innerpolitisch gesehen —, wenigstens für die Tranche eines Jahres, um eine Anleihe ganz anderer Art. In dem Rechnungsabluß für das Jahr 1926 ist eine merkwürdige Post, von der ich schon gesprochen habe. Es sind die 55½ Millionen Schilling, die die Regierung der Centralbank hingeworfen hat und die in dem Rechnungsabluß als ein Darlehen des Bundes bezeichnet sind. Dieses Geld wird ja nicht von der Centralbank zurückgegeben, wie man uns im Juli 1926 erzählt hat, sondern aus einer eigenen Steuer zurückerstattet, die jetzt 15 Jahre lang zur Einhebung gelangt.

Ich muß übrigens bei dieser Gelegenheit auf eine besondere Sonderbarkeit aufmerksam machen, die man aus diesem Rechnungsabluß erfährt. Der Oberste Rechnungshof bemerkt nämlich bei diesen 55½ Millionen Schilling für die Centralbank, daß darin auch eingerechnet sind jene

4 Milliarden Kronen, jene 400.000 S., die der Bund im Juli 1926 der Steirerbank nach Graz gegeben hat. (Hört! Hört!) Meine Herren! Wir erinnern uns, wie das damals war. Die Regierung hat für die Centralbank Geld hergegeben, sie ist dann im Parlament zur Verantwortung gezogen worden, es hat vertrauliche Sitzungen des Finanzausschusses gegeben, in denen man uns die Lage dargelegt hat, die Regierung hat erklärt, diese Aktion sei notwendig gewesen, um Sparkassengelder zu retten; von der Steirerbank war mit keiner Silbe die Rede. Dann hat man ein Kuratorium und später einen Untersuchungsausschuß eingesetzt. Dieses Kuratorium hat aus purer übertriebener Gewissenhaftigkeit eines schönen Tages — es war Ende August — es für notwendig gefunden, einen Buchhalter zur Nationalbank zu schicken, um dort der Form halber nachschauen zu lassen, ob die Eintragungen der Bundesgelder bei der Centralbank mit den Eintragungen bei der Nationalbank, die die Auszahlungsstelle war, übereinstimmen, und da hat der Buchhalter plötzlich gemerkt, daß da eine Differenz von 4 Milliarden ist, die man sich gar nicht erklären konnte. So ist man darauf gekommen, daß die Regierung der Steirerbank 4 Milliarden gegeben hat, und zwar ist das, wie man dann gehört hat, blitztelegraphisch veranlaßt worden — so dringend muß das also gewesen sein —, ohne daß man es der Mühe wert gefunden hätte, dem Parlament darüber Rechenschaft zu geben. Als man dann deswegen den Herrn Finanzminister Kollmann im Untersuchungsausschuß zur Rechenschaft zog, hat er geantwortet, er hätte damals im Finanzausschuß nichts davon erzählt, denn er sei ja gar nicht darum gefragt worden. Er meinte offenbar, wenn Staatsgelder verschleudert werden, müsse man von selber auf die Idee kommen, daß da für die Steirerbank auch etwas abfällt, und man hätte fragen sollen, ob die Steirerbank auch dabei war. Das konnte man nicht, das hat man nicht einmal dem Herrn Kollmann zugetraut. Nun kam es im Untersuchungsausschuß zu einer Reihe von Einvernahmen über den Charakter dieser 4 Milliarden, und ich muß doch daran erinnern, daß der Herr Abg. Streeruwitz, der ursprünglich der alleinige von der Regierung eingesetzte Kurator bei der Centralbank gewesen ist, im Untersuchungsausschuß ausgesagt hat, man habe auch an ihn anfangs Juli das Ansuchen gestellt, der Steirerbank Gelder aus der Centralbank zu schicken, er habe das aber abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß die Steirerbank keine Einlagen bei der Centralbank hat und die Regierungsgelder doch nur für die Einlagen der Centralbank bestimmt gewesen seien. Dieses Vorgehen des Herrn Abg. Streeruwitz war also absolut korrekt und einwandfrei, aber die Regierung hat sich um den von ihr selbst bestellten Kurator

gar nicht gekümmert und einfach aus der Nationalbank direkt nach Graz 4 Milliarden anweisen lassen. Der Herr Bundeskanzler Dr. Ramek, den wir damals im Untersuchungsausschuß einvernommen haben, hat auf eindringliches Befragen erklärt, er sei der Meinung gewesen, daß die Nationalbank dieses Geld der Steirerbank geborgt habe. Der Herr Finanzminister Kollmann wußte allerdings darüber Bescheid, daß die Nationalbank nur eine Auszahlungsstelle war und daß es sich in Wirklichkeit um Regierungsgelder, um Steuergelder, handelte, die der Nationalbank überwiesen wurden und von dort weiter an die Steirerbank gegangen sind. Auf die Frage, welchen Charakter er dieser ganzen Transaktion eigentlich gegeben habe und beimeße, antwortete er wörtlich (liest): „Ich bin der festen Überzeugung, daß die Regierung das Geld zurückbekommt, wenn die Steirerbank nicht mit Gewalt umgebracht wird.“ Nun, meine Herren, die Steirerbank ist nicht mit Gewalt umgebracht worden, sie wurde mit Gewalt am Leben erhalten, sie wurde gar nicht unter das Moratorium gestellt. Die Verwaltung der Steirerbank hat sogar dem Kuratorium der Centralbank das Recht abgesprochen, sich in ihre Angelegenheiten einzumengen. Die Centralbank wird jetzt liquidiert, die Industrie- und Handelsbank wird liquidiert, die Steirerbank wird nicht liquidiert, sondern sie lebt unter der Flagge der Boden-Credit-Anstalt mit einem anderen Namen weiter, ist also eine aufrechte Bank. Und dieser aufrechten Bank, die zum Konzern der Boden-Credit-Anstalt gehört, sollen wirklich 4 Milliarden geschenkt werden, die soll wirklich, wenn ich dem Rechnungshof glauben darf, 4 Milliarden aus Steuergeldern geschenkt bekommen? Ich möchte bitten, daß uns der Herr Finanzminister das aufklärt, ob diese Äußerungen des Rechnungshofes nicht auf einem Mißverständnis beruhen.

Herr Dr. Rintelen, der Unterrichtsminister war, hat im Untersuchungsausschuß auf die Frage, was er sich bei den 4 Milliarden gedacht habe — denn er hat ja veranlaßt, daß diese 4 Milliarden weggeschickt werden — wörtlich, erklärt (liest):

„Das ist selbstverständlich kein Geschenk oder a fond perdu gegeben, es ist jedenfalls eine Art Einlage, so wie andere öffentliche Körperschaften auch Einlagen bei solchen Institutionen machen.“

Der Herr Minister Grimm, der ja kein Politiker, sondern ein Fachmann ist, hat auf meine Frage im Untersuchungsausschuß, was für Geld das eigentlich ist, geantwortet: Es ist eine Eclozierung, die der Finanzminister glatt vertreten kann.

Mit allen diesen Äußerungen steht im Widerspruch, was der Rechnungshof kontiert; denn er stellt diese 4 Milliarden zu den anderen Hunderten von Milliarden, die für die Centralbank ausgegeben worden sind, und das wäre doch nach all den

Außerungen der Minister gar nicht in Ordnung. Ich möchte daher an den Herrn Finanzminister das Ersuchen stellen, er möge uns hier ganz deutlich aufklären, wie es denn eigentlich mit diesen Dingen steht.

Das Geld, das die Centralbank im Jahre 1926 bekommen hat und das ja durch diese Centralbanksteuer erst teilweise wieder in die Bundeskasse zurückgekommen ist, fehlt natürlich jetzt dem Bunde, und wenn er es hätte, so wären seine Kassenbestände so groß, daß er daraus zunächst wenigstens für eine Zeit die Investitionen decken könnte. Und das ist gar nicht gleichgültig, denn die Anleihebedingungen auf dem Markt wechseln ja. Sie können heute schlechter sein, als sie in einem Jahre sein werden, und wenn man heute nicht gezwungen ist, eine Anleihe zu machen, so kann man in einem Jahre vielleicht bessere Bedingungen bekommen. Daß die Regierung so viel Geld für dieses Abenteuer investiert hat, zwingt sie natürlich, zu einer Investitionsanleihe schon früher zu schreiten, als es unbedingt nötig gewesen wäre. Dabei muß man sagen, daß natürlich die Verluste, die die Regierung durch ihre Haftung für die Centralbank erlitten hat, im wesentlichen auch davon abhängen, wie die großen Geschäfte der Centralbank abgewickelt werden. Ich will hier heute nicht von dem Fall Wutte reden, da hier eine strafgerichtliche Untersuchung schwebt; ich weiß nicht, ob sie schon eingeleitet ist, aber vorläufig ist das noch nicht gemeldet worden, daher muß ich annehmen, daß sie noch schwebt, und ich will mich heute darüber nicht äußern. Aber es ist zum Beispiel bekannt, daß man bei der Liquidierung der Centralbank und der Industrie- und Handelsbank sehr merkwürdige Ausgleichs gemacht hat. Da ist zum Beispiel ein Herr Westen, dessen Konto bei der Industrie- und Handelsbank 57 Milliarden betragen hat. Mit diesem Herrn hat man sich ausgeglichen, und man hat ihm 21 Milliarden geschenkt. (*Hört! Hört!*) Er hat 36 Milliarden bezahlt, 21 hat man ihm nachgelassen. Das Haus Westen ist ein sehr solventes Haus, das keine Geschenke brauchen würde, und es ist merkwürdig, daß man einer aufrechten Firma einfach 21 Milliarden bei der Liquidierung der Industriebank geschenkt hat. Da geht man mit den Staatsgeldern anscheinend leichter um, als in anderen Fällen. 10 S für die Arsenalrentner sind eine viel schwerer zu erlangende Ausgabe, während man bei Ausgleichen mit solchen Firmen auf Milliarden und Milliarden verzichtet, obwohl in Wirklichkeit der Bund eine Haftung für alle diese Ausfälle trägt.

Aber wir wissen, daß die Finanzen des Bundes nicht nur durch den Fall der Centralbank sehr mitgenommen worden sind, sondern auch durch einen anderen, der heute wiederum auf der Tagesordnung steht, nämlich durch die Postsparkasse. Die Regierung

hat uns eine Vorlage unterbreitet, in der sie einen Nachtragskredit zum Budget verlangt, und zwar will sie eine Post von 53,3 Millionen Schilling einstellen, die sie der Postsparkasse übergeben muß. Das ist nur ein Teil, nicht einmal die Hälfte von dem Gelde, das die Postsparkasse bei ihren ungeheuerlichen Aktien- und Frankenspekulationen und bei ihren sonderbaren Geschäften verloren hat. Man sollte meinen, daß man, wenn eine solche Vorlage unterbreitet wird, mehr darüber erfährt, als auf so einem einseitig bedruckten Papier zu lesen ist und in den paar Zeilen gesagt werden kann. Die Regierung erklärt hier nur, es sei bekannt, daß die Postsparkasse Verluste erlitten hat, die man mit Ende Dezember 1926 auf 125,7 Millionen Schilling schätzt, und diese Verluste müssen jetzt buchmäßig ausgetragen werden. Das muß aber nicht nur buchmäßig ausgetragen werden, sondern das ist eine Angelegenheit, die auch politisch ausgetragen werden muß, denn die Regierung trägt ja dafür die Verantwortung. Ich will nicht die ganze juristische Seite der Frage aufrollen, über diese habe ich schon zweimal im Hause sehr ausführlich geredet, ich habe zweimal schon von dieser Stelle aus dargelegt, daß die Regierung nach allen geltenden Gesetzen die Verantwortung für diese Vorfälle in der Postsparkasse trägt. Die Regierungsparteien wollen das nicht wahr haben. Der Herr Hrzer kann nicht zur Verantwortung gezogen werden; seine Einvernahme wäre jetzt allerdings immerhin leichter, denn von der Schweiz nach Wien ist der Weg nicht mehr so weit, wie er von Kuba gewesen ist. Aber es gibt einen Minister, der noch im Znanland lebt, der sich noch nicht nach Kuba oder in die Schweiz zurückgezogen hat, obwohl er gerne Reisen macht, wie wir wissen; er ist sogar noch immer im Ante, und man findet gar nichts daran, daß er noch immer im Ante ist, obwohl er der eigentlich Verantwortliche ist, wie wir auch aus dem Munde des Herrn Dr. Kienböck wiederholt bekräftigt gehört haben, daß nicht der Finanzminister, sondern der Handelsminister derjenige ist, dem die Postsparkasse unterstellt war und der also die Verantwortung für alle Vorfälle dort trägt. Die Regierungsparteien sind sonst viel penibler. Kürzlich hat sich in Heiligenstadt ein Riesenbau auf 100 Meter Länge um ein paar Zentimeter gesenkt, und da hat ein großdeutscher Gemeinderat im Rathaus drüben eine Rede gehalten und erklärt, wenn es nach dem Rechten ginge, dann müßte der Bürgermeister jetzt demissionieren. (*Heiterkeit.*) Sehen Sie, bei der Postsparkasse hat es sich nicht um ein paar Zentimeter eines Neubaus auf Kutschterrain gehandelt, sondern bei der Postsparkasse ist viel mehr gerutscht (*Heiterkeit*) als eine Grundmauer, und bei dem Rutschen in der Postsparkasse war kein Techniker dafür verantwortlich, sondern da trägt wirklich ein Minister die Verantwortung. (*Dr. Wagner: Auch*

bei der Gemeinde Wien sind die Politiker verantwortlich! — Zwischenrufe.) Ja, die Politiker der Gemeinde Wien können für das, was da in Heiligenstadt geschehen ist, auch die Verantwortung tragen. (Zwischenrufe.) Wenn man in Wien Häuser bauen muß und jedes erlangbare Terrain dazu nehmen muß, kann sich schon irgend etwas ereignen. (Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe.

Dr. Däumberg: Das, was bei der Postsparkasse geschehen ist, das ist wirklich etwas ganz anderes. Denn das ist nicht vielleicht auf einen einmaligen Mißgriff eines Beamten, der natürlich auch bei der Postsparkasse denkbar ist, zurückzuführen, dem in irgendeinem Fall ein Malheur passiert ist, wo man sehen kann, nun, der Minister hat halt mit der Auswahl seiner Beamten Pech gehabt, sondern wir wissen es ja, bei der Postsparkasse hat es sich um ein jahrelang geübtes System der ungeheuerlichsten Spekulationen gehandelt, in einer Postsparkasse, die nach dem Gesetz verpflichtet war, allmonatlich dem Minister über ihre Tätigkeit einen Bericht zu erstatten. Nun, ich würde ihm nicht einmal einen Vorwurf machen, wenn er im ersten, im zweiten, im dritten oder im vierten Monat nicht daraufkommt; daß das aber jahrelang so weitergeht und dann der Minister aufsteht und sagen kann, er habe gar nichts über alle diese Dinge erfahren, er wisse gar nichts davon, daß dort ein Betrag von 1 1/4 Billionen verschleudert worden war, ein namhafter Teil des ganzen österreichischen Volksvermögens — wenn das keine Ungeheuerlichkeit ist, dann weiß ich nicht, was eine ist. Wegen der Zentimeterjerkung in Heiligenstadt haben die Herren sich beeilt, einen Untersuchungsausschuß im Gemeinderat zu beantragen, und die Mehrheit hat keinen Anstand genommen, diesem Antrag zu willfahren und hat ihn angenommen. Als wir einen Untersuchungsausschuß über die Postsparkasse, wo es sich um mehr als 1000 Milliarden Volksvermögen gehandelt hat, verlangt haben, da hat man uns erklärt, das gibt es nicht. (Zwischenrufe.) In dem Falle einer solchen Ungeheuerlichkeit, wo jeder Minister auf die Anklagebank gekommen wäre (lebhafter Beifall), haben wir es erzwingen müssen, daß ein Untersuchungsausschuß des Finanzausschusses dann in Wirklichkeit doch, soweit es ging, eine Untersuchung geführt hat, da man den Untersuchungsausschuß auf Seiten der Mehrheitsparteien nicht einsetzen wollte. Nun legt der Herr Minister ein Gesetz vor, durch das 53 Millionen Schilling als erste Rate vom Bund an die Postsparkasse gezahlt werden sollen, denn der Bund haftet ja für diese 125 Millionen Schilling, die dort fehlen. Man sollte meinen, daß jetzt wenigstens die Regierung dem Parlament mitteilt, was dort eigentlich los war, daß wir jetzt wenigstens erfahren,

wodurch denn im einzelnen diese 125 Millionen Schilling verlorengegangen sind. Aber die Regierung erzählt uns nicht ein Sterbenswörtchen darüber in ihrer Vorlage und meint, daß es denkbar sei, das Parlament könne eine solche Vorlage bewilligen, ohne zu erfahren, was denn eigentlich geschehen ist. Ja, meine Herren, das können Sie sich doch nicht einbilden, daß so etwas möglich ist. Es wird doch kein Mensch glauben, daß ein halbwegs ernstes Parlament einer solchen Vorlage die Zustimmung geben kann, ohne zu wissen, was denn bei der Postsparkasse in Wirklichkeit geschehen ist.

Von der Regierung, hohes Haus, weiß man ja, daß sie mit den Staatsgeldern überhaupt sonderbar umgeht. Ich möchte da nach der Centralbank und der Postsparkasse von einem dritten Falle reden — das ist die Nationalbank. Wir finden im Voranschlag eine Post von 29 Millionen Schilling als einen Gewinnanteil des Bundes an der Nationalbank präliminiert. Wenn die Nationalbank so viel verdient, daß 10 Prozent Dividende erzielt sind, so kriegt von dem Überschuß der Bund drei Viertel. Aber die Nationalbank gibt sehr viel Geld aus, das sie gar nicht ausgeben dürfte und sollte und das natürlich den Reingewinn schmälert, denn die Nationalbank hat sich da als eine Sanierungsstelle für allenthalben etabliert, was sie gar nichts angeht und was in Wirklichkeit nur eine Umgehung des Budgetrechtes des Parlaments darstellt. Ich erinnere hier an den Fall Butte-Bojazi, über den noch manches zu sagen sein wird. Ich erinnere daran, daß der Fall Kunwald in der Nationalbank ausgetragen wird, der Fall der Biedermann-Bank, obwohl das die Nationalbank gar nichts angeht und hier sicherlich Milliarden über Milliarden ausgegeben werden. Ich erinnere dann daran, daß der Herr Miller von Michholz von der Nationalbank saniert wurde. Ja, meine Herren, seit wann ist denn das vorgekommen, daß, wenn der Verwaltungsrat einer großen Bank — der Herr Miller von Michholz ist Verwaltungsrat der Boden-Credit-Anstalt —, daß, wenn ein Verwaltungsrat einer großen Bank in Schwierigkeiten kommt, dann die Notenbank eintritt, um dort zu sanieren? Gibt es so etwas? Können Sie sich vorstellen, Herr Minister, daß die Bank von England zum Beispiel eingreifen würde, wenn der Verwaltungsrat einer großen englischen Bank in Zahlungsschwierigkeiten kommt? In der ganzen Welt gibt es so etwas nicht. Aber man kennt diese Beziehungen Regierung — Nationalbank — Boden-Credit-Anstalt. Nun natürlich, das Centralbankabenteuer hat man nicht mehr wiederholt. Aber wozu hat man die Nationalbank, deren Überschüsse zu drei Vierteln der Regierung zufließen sollen. Die werden dann halt eben kleiner sein, aber das Parlament hat gar keinen Einfluß auf diese Dinge. Man liest nur im Voranschlag so und so viele Millionen Schilling hat die National-

bank an die Regierung als Reingewinnanteil abgeführt und denkt sich vielleicht noch naiv: Schön, daß man von dort auch Geld bekommt. (*Zwischenrufe Seitz.*)

Meine Herren, das alles sind also Zeichen, wie staatliche Gelder verwaltet werden, und zwar handelt es sich hier, wie wir ja alle wissen, um ungeheure Summen, denn das, was bei der Postsparkasse verwendet worden ist, macht allein mehr aus als die ganze Alters- und Invalidenversicherung einige Jahrzehnte hindurch dem Staate kosten würde. (*Lebhafte Hört! Hört!-Rufe. Dr. Bauer: Das wird ohne Wohlstandsindex gemacht!*) Da gibt es aber keinen Wohlstandsindex; für die Spekulationen der Postsparkasse hat man solche Hemmungen nicht gebraucht, die braucht man nur für die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung. Und sowie Sie es mit dieser Alters- und Invalidenversicherung machen, machen Sie es auch mit der andern Versicherung. In den Regierungserklärungen früherer Jahre haben wir vernommen, daß es zum Programm der Regierung gehört, eine Selbständigenversicherung zu machen. Noch vor zwei Jahren, bei den Verhandlungen über die Altersversicherung der Arbeiter hat man uns erzählt, ohne ein Funktim mit der Versicherung der Kleinwerbetreibenden und der Bauern dürfe die Altersversicherung nicht gemacht werden. Jetzt ist es stille geworden mit alledem, das interessiert die Herren offenbar nicht mehr so wie die Sanierung in den Kreisen der Hochfinanz.

Wenn ich aber von den großen Posten in unserem Staatshaushalte rede, dann muß ich noch von einer Einnahmenpost reden, die einer besonderen Besprechung bedarf und die auch der Herr Finanzminister in seinen Ausführungen besonders hervorgehoben hat, das ist der Tabak. Die Einnahmen aus dem Tabak sind ungeheuer groß, die Abfuhr an die Staatskasse, also der reine Überschuß, den die Tabakregie als eine indirekte Steuer liefert, ist für das Jahr 1928 mit 181 Millionen Schilling präliminiert, er macht also mehr aus als alle 18 Gemeindesteuern der Stadt Wien. Diese 181 Millionen Schilling, das ist viel, viel mehr als alle direkten Steuern zusammen, soweit sie dem Bunde verbleiben. Wir haben gestern erst einen Jahresbericht der Tabakregie für das Jahr 1926 in die Hand bekommen, in dem daran erinnert wird, daß, wenn man alles unzurechnet, die Abfuhr der Tabakregie im Jahre 1913 128 Millionen Schilling ausgemacht hat, das heißt also, daß hier eine Steigerung um 40 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit zu verzeichnen ist. Die Überschüsse wachsen auch im Verhältnis zu den Einnahmen der Tabakregie immer mehr an. Im Jahre 1926 sind schon 62 Prozent aller Einnahmen der Tabakregie Überschüsse gewesen. Man könnte also zu der Meinung kommen, daß hier ein Musterbetrieb vorliegt, der so verblüffende Ergebnisse liefert. Daß das kein Muster-

betrieb ist, das sagt uns aber sogar schon der Rechnungshof selbst. In den Berichten über die Jahre 1925 und 1926 kann man einiges darüber nachlesen. Der Herr Finanzminister hat uns in seiner Rede erzählt, daß diese Gewinne auch davon herühren, daß eine Verschiebung im Konsum stattgefunden hat, daß die Zigarette, bei der man vielmehr verdient, in den Vordergrund tritt und der Zigarrenkonsum relativ immer mehr zurücktritt. Das ist, wie uns die Statistik zeigt, auch richtig; es werden jetzt schon fast 5 Milliarden Zigaretten in einem Jahre verkauft, die Zigarre spielt immer weniger Rolle, und 66 Prozent des ganzen Gelderlöses der Tabakregie sind im Jahre 1926 von den Zigaretten gekommen. Soweit ich mir das auf Grund dieses gestern ausgeteilten Berichtes ausrechnen konnte, hat der Bund an den Memphiszigaretten allein einen Reingewinn gemacht, der größer ist als das, was ihm aus der ganzen Erwerb- und Körperschaftsteuer verbleibt, wenn man die Zahlungen an die Länder und an die Gemeinden abrechnet. Da die Zigarettenherzeugung etwas so ungeheuer Wichtiges geworden ist, so ist es, wie der Herr Finanzminister sich selbst ausgedrückt hat — ich kann ihn da zitieren und stimme ihm bei —, eine Angelegenheit ersten Ranges, wie dieser Zigarettentabak eingekauft wird. Es handelt sich dabei um ungeheure Summen; für das Jahr 1928 zum Beispiel finden wir im Budget für den Einkauf von Betriebsmitteln, was ja wohl zum größten Teile Tabak sein wird, einen Betrag von 58½ Millionen Schilling als Ausgaben der Tabakregie präliminiert, im Jahre 1926 waren es 77½ Millionen Schilling, es handelt sich da also ständig um einen Betrag, der ungefähr 1½ Billion oder ¾ Billionen in einem Jahre ausmacht, was da für Tabakkäufe ausgegeben wird, und man bekommt eine Vorstellung davon, wenn uns in diesem Rechenschaftsbericht der Tabakregie erzählt wird, daß im Jahre 1926 136.000 Meterzentner Tabakrohstoffe eingekauft worden sind und daß das Lager, das die Tabakregie jetzt hat, mehr als 200.000 Meterzentner Tabak beträgt. Es ist in diesem Rechnungsabluß nichts davon erzählt, wieviel Tabak da verschimmelt — wenn wir schon bei den Anständen sind —, wie viel Waggons da schon vernichtet werden mußten. Davon werden wir ein andermal reden. Ich wollte hier nur zeigen, welche ungeheure Summen hier alle Jahre ins Rollen kommen und daß der Herr Finanzminister ganz recht hat, wenn er meint, es sei eine Angelegenheit allerersten Ranges, wie dieser Zigarettentabak eingekauft wird und wie die ganze Tabakregie wirtschaftet.

Dabei, meine Herren, muß wohl bedacht werden, was für einen Charakter eigentlich die Tabakregie hat. Der Rechnungshof erzählt an einer anderen Stelle, daß die Regierung keines Erachtens ganz richtig — ich glaube, der Rechnungshof hat

es sogar selber beantragt — die Neuierung getroffen hat, daß die Bundesbetriebe dem Bund Zinsen zahlen müssen, und zwar nicht nur für die Investitionsgelder — da müssen sie dem Bund viel mehr Zinsen zahlen, als die Gemeinde Wien ihren Betrieben rechnet —, sondern auch für ihre Überschüsse, die sie dem Bund abliefern sollen und nicht prompt abliefern. Das hat offenbar eine erzieherische Bedeutung: man will die Bundesbetriebe zur Ordnung zwingen. Wenn sie mit Geld, das eigentlich dem Bund gehört, wirtschaften, soll es wie Bankgeld behandelt und dem Bund verzinst werden. Da sagt nun der Rechnungshof, dieses Prinzip sei in den Bundesbetrieben eingeführt worden, nicht aber in den Monopolbetrieben, zu denen auch die Tabakregie gehört, weil es sich hier um einen Betrieb handelt, der eigentlich Steuerhoheit hat, wie das Finanzministerium behauptet. Nun, meine Herren, wie wird dieser Betrieb, der nach der Meinung des Finanzministeriums selber Steuerhoheit hat, behandelt? Dieser Betrieb hat eine Generaldirektion, und an ihrer Spitze steht ein Generaldirektor, der Herr Dr. Dorrek. Der Herr Dr. Dorrek ist aber nicht nur Generaldirektor der Tabakregie, sondern er ist zugleich auch der Chef der Aufsichtsabteilung des Finanzministeriums, der die Tabakregie untersucht ist. *(Heiterkeit.)* Meine Herren, man sollte meinen, daß, wenn man um eine Steuer hereinzubringen, noch dazu eine Steuer, die 181 Millionen Schilling in einem Jahre trägt, und wenn man dazu einen großen Fabriksbetrieb hat, man diesen Fabriksbetrieb vom Ministerium aus, zumal ihn steuerhoheitlicher Charakter zukommt, besonders überwachen müßte. Darum ist ja eben auch diese Tabakabteilung des Finanzministeriums da. Aber aus dieser notwendigen Einrichtung wird eine Groteske, wenn man den Mann, der für die Führung des Betriebes verantwortlich ist, zu seinem eigenen Aufsichtsorgan ernannt. Und damit er's bequemer hat, hat man vor ein paar Jahren die Tabakabteilung des Finanzministeriums aus der Himmelpfortgasse in das Haus der Tabakregie im 9. Bezirk verlegt *(Heiterkeit)*, damit, wenn der Herr Dr. Dorrek sich selber beaufsichtigen will, er nicht soweit zu gehen hat, sondern das in seinem eigenen Hause tun kann. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Und da sage noch einer etwas über die Tadellosigkeit einer solchen Verwaltung! Meine Herren, das fällt nicht nur mir auf, sondern das ist sogar dem Rechnungshof aufgefallen. Der Rechnungshof sagt in seinem letzten Bericht folgendes *(liest)*: „Die im letzten Tätigkeitsbericht“ — also schon im Jahre 1925 — „erwähnte Doppelstellung des Generaldirektors der Tabakregie, gleichzeitige Betrauung mit der Revision der die Angelegenheiten des Tabakmonopols führenden Abteilung dieses Bundesministeriums, ist ungeachtet wiederholter Erinnerung seitens des Rechnungs-

hofes bisher nicht beseitigt worden. *(Hört! Hört!)* Auch ist nicht bekannt, ob und welche Gründe das Bundesministerium für Finanzen dazu veranlassen, von solchen Schritten abzuweichen.“ *(Hört! Hört!)* So sagt es der Oberste Rechnungshof selbst. Das ist also wirklich eine Sache, die außerordentliches Bedenken erregen muß.

Dieser Steuerhoheitsbetrieb hat also eine ungeheure Aufgabe in dem Einkauf seines Materials. Es gibt verschiedene Wege dafür, dieses Material einzukaufen. Der Rechnungshof redet selbst davon, er erzählt uns hier, daß man früher einmal das System der Ausschreibung der Tabaklieferungen gehabt habe, man sei aber davon abgegangen und habe dann das System des freihändigen Ankaufes gehabt. Der Rechnungshof scheint da aber nicht sehr erbauliche Zustände gefunden zu haben, denn er sagt da *(liest)*: „Der hiebei eingehaltene Vorgang gestattete zwar keinen Rückschluß auf Unzukömmlichkeiten oder Mißstände, entsprach aber dennoch nicht allen Anforderungen.“ Er erzählt nicht, was für Anforderungen da zu stellen sind, er erzählt nicht, was da fehlt, das wird man also wohl im Rechnungshofsausschuß alles genauer kennenlernen.

Sehr bedenklich war bei der Tabakregie schon immer der Zustand, daß Beamte aus der Einkaufsabteilung der Tabakregie, Beamte aus der Tabakregie selbst dann Beamte von Tabakhändlern geworden sind und daß wir die gleichen Herren, die als Organe des Einkaufs von Tabak jahrelang fungiert haben, dann plötzlich als Vertreter von Tabakhändlern gegenüber der Tabakregie agieren sehen. Daß das ein Zustand ist, der sehr schlecht ist, darüber wird wohl der Herr Finanzminister, hoffe ich wenigstens, mit mir einer Meinung sein. Vielleicht war das auch ein Grund dafür, warum eine Gründung vollzogen worden ist, über die uns der Herr Finanzminister leider allzu wenig in seinen Ausführungen mitgeteilt hat, nämlich die Gründung dieser Austria-Einkaufsgesellschaft, die nun eine Monopolstellung bei der Tabakregie haben und den Einkauf von Zigarettentabak im Orient besorgen soll. Wenn so etwas geschieht — und dabei handelt es sich um Billionen, die da ins Rollen kommen —, sollte man meinen, daß doch das Parlament gefragt werden müßte. Aber in den Erläuterungen zum Budget ist dieser Tatsache nur in dem Zusammenhang Erwähnung getan, daß wir daraus die wichtige Tatsache vernehmen, daß elf Leute, die bisher von der Tabakregie ihren Gehalt bekommen haben, ihn nunmehr von dieser neuen Gesellschaft erhalten. Das ist alles, was uns die Erläuterungen zum Budget über die Gründung einer Einkaufsgesellschaft des Bundes erzählen, bei der, wie gesagt, innerhalb weniger Jahre Billionen ins Rollen kommen müssen. Der Herr Finanzminister ist, wie ich sagen muß, in seinen Ausführungen auch sehr sparsam mit

Worten über diese Neugründung gewesen, er hat uns nur in ein paar Sätzen erzählt, es handle sich darum, daß man den Vertrauensbestrebungen im Tabakhandel entgegenzutreten müsse und zu diesem Zwecke diese Gesellschaft gegründet habe. Es gibt andere, die behaupten, daß gerade jetzt von einer Vertrauensbestrebung des Tabakhandels weniger als jemals die Rede sei. Dieses Argument wird also nicht ganz stichhaltig sein, aber wir Sozialdemokraten sind sicher keine Feinde eines Monopols für den Handel in dieser Beziehung, und dagegen möchte ich an und für sich auch gar nichts sagen. Aber man kann darüber auch gar nicht urteilen, ohne die nähere Konstruktion dieser ganzen Gesellschaft zu hören. Der Herr Finanzminister hat uns erzählt, daß der Bund sich an einer solchen Gesellschaft beteiligt, aber wer sein Partner ist, darüber haben wir gar nichts gehört. Da soll man sich offenbar mit den Nachrichten begnügen, die man in irgendwelchen Zeitungen lesen kann, wo erzählt worden ist, daß ein Herr Zolnay der Partner des Bundes bei dieser Gesellschaft sei und daß in Wirklichkeit hinter diesem Zolnay — na, wer denn sonst? — die Boden-Credit-Anstalt steht. Ich weiß nicht, ob das alles richtig ist, aber der Finanzminister wäre doch verpflichtet, wenn er das Budget einbringt und im Parlament über diese Dinge redet, uns zu sagen, wie eine Gesellschaft aussieht, bei der es sich um Hunderte und Hunderte von Milliarden handelt, die also das ganze Budget des Staates sehr wesentlich tangiert. Vergewähren wir uns einen Augenblick, um was es sich da handelt. Eine Handelsgesellschaft hat natürlich ein großes Risiko, sie kauft ein — wir hören von ungeheuren Quantitäten —, und Preisschwankungen gibt es natürlich bei jedem Artikel. Sie verkauft an die Tabakregie. Ja, was geschieht, wenn zum Beispiel diese Gesellschaft einmal große Käufe tätigt hat und dann die Tabakpreise kolossal sinken? Wird jetzt die Tabakregie zu dem neuen, niedrigeren Marktpreis von dieser Gesellschaft kaufen, und wird der Verlust also von der Gesellschaft getragen, bei der der Bund so namhaft beteiligt ist, oder wird diese Gesellschaft sich nach ihren Einkaufspreisen richten und ohne Rücksicht auf die Marktlage ihren Tabak an die Tabakregie des Bundes verkaufen? Das sind doch Fragen, bei denen es sich um viele Tugende von Milliarden handeln kann. Daß da Korrektheit waltet, dafür sehe ich gar keine Gewähr gegeben, denn der Herr Generaldirektor Dorrek, der namens der Tabakregie den Tabak einkauft, ist nämlich, wie man hört — auch darüber hat uns der Herr Minister nichts erzählt —, der Präsident dieser Einkaufsgesellschaft (*Hört! Hört!*), die der Tabakregie den Tabak verkauft. Ich halte den Generaldirektor Dorrek für einen ausgezeichneten Mann mit großen Fähigkeiten, daß aber einer den

Einkäufer von Tabak spielt, dann diesen Tabak, den er als Präsident eingekauft hat, dem Generaldirektor bei der Tabakregie verkauft und dann als Sektionschef kontrolliert, was der Generaldirektor vom Präsidenten gekauft hat, das ist doch zu viel (*lebhafter Beifall*), das ist ein Kunststück, insbesondere dann, wenn es sich um hunderte Milliarden handelt, die dabei in Frage kommen. Das sind Experimente, die vielleicht notwendig sein mögen — das weiß ich nicht alles, und damit will ich mich heute nicht beschäftigen —, über die einem aber die Regierung doch mehr erzählen müßte als das Dürftige, was uns der Herr Finanzminister in ein paar Sätzen darüber gesagt hat. Dabei hat man diesen Vorgang gewählt, obwohl der Rechnungshof in viel kleineren und geringfügigeren Fällen ein solches Vorgehen schon beanstandet hat. Der Rechnungshof sagt nämlich in seinem Berichte für das Jahr 1926 auch, daß die Bestellung von Beamten der Ministerien als Vertreter des Bundes an Unternehmungen eigentlich eine höchst bedenkliche Sache sei, eine Sache, die auch manches Zweckmäßige hat, die aber doch, wieder der Rechnungshof meint, sehr bedenklich sei, denn „dem steht“ — schreibt er — „die Tatsache gegenüber, daß durch diese Bestellung die Funktionen eines Mitglied der Verwaltung des betreffenden Unternehmens mit jenen eines entscheidenden Organs vereinigt werden, eine Tatsache, die als bedenklicher Inkompatibilitätsfall dann augenfällig in Erscheinung tritt, wenn für das betreffende Bundesministerium die Grundfrage der Zweckmäßigkeit und Zulässigkeit der Aufrechterhaltung des staatlichen Engagements oder einer sonstwie finanziell bedeutsamen Angelegenheit zur Entscheidung steht.“ So sagt der Rechnungshof, ohne diesen Fall zu kennen. Ich weiß nicht, was er dann zu diesem Fall sagen wird. Die Regierung scheint einen andern Standpunkt zu haben, denn der Rechnungshof erwähnt, daß seine Vorstellungen in dieser Frage völlig nutzlos geblieben sind und daß es ihm trotz wiederholter Erinnerungen nicht einmal gelungen sei, die abschließende Stellungnahme der Bundesregierung zu diesem Gegenstande kennenzulernen.

Meine Herren! Der Herr Bundeskanzler hat vor ein paar Wochen eine Rede gehalten, in der er gesagt hat, Untersuchungsausschüsse gibt es nicht mehr. Er habe das zur Bedingung der Übernahme der Regierung vor einem Jahr gemacht, daß mit dieser Ara aufgeräumt werde, und zwar meinte er, nach den Erfahrungen, die man im Centralbankauschuß gemacht hat. Das kann ich ihm auch nachfühlen (*Beifall*), daß er nach diesen Erfahrungen, die man dort gemacht hat, kein Bedürfnis danach hat, wieder einen Untersuchungsausschuß zu führen. Der Herr Bundeskanzler hat auch mich in dieser Rede besonders getadelt. Ich muß das hinnehmen und ich nehme es hin als ein Zeugnis dafür, daß

ich meine Pflicht in diesem Ausschuss redlich erfüllt habe. *(Lebhafter Beifall.)* Die Regierung Seipel wünscht offenbar gar keine Kontrolle, sie hat ja auch die Bankenkommision aufgelöst, die man sehr notwendig brauchen würde. Sie braucht das alles nicht, sie will sich nicht kontrollieren lassen, sondern sie will offenbar lieber, daß über all das, was da vorgeht, ein dichter Schleier gezogen bleibt, hinter den niemand hineinkucken kann, denn daß da nichts mehr zu untersuchen wäre, wird doch niemand behaupten wollen; aber es ist politisch unerwünscht. Ich muß sagen, daß eine solche Ansicht des Herrn Bundeskanzlers eigentlich in einem ziemlichen Widerspruch mit seinem Wort von der Seelenanierung steht *(Heiterkeit)*, denn wer die Seelen anieren will, müßte doch das Schlechte feststellen, wo es festzustellen ist. Aber der Herr Bundeskanzler wünscht es nicht. Er hat allerdings Pech gehabt, denn als er die Regierung übernahm — davon hat er nichts in seiner Rede erzählt —, da hat gleich, nachdem der Centralbankfall noch gar nicht einmal abgeschlossen war, ein zweiter Fall zu spielen begonnen, eben der mit der Postsparkasse, und man weiß, was die Regierung eigentlich gern haben möchte. Als man damals im „Abend“ zum erstenmal las, die Postsparkasse habe beim Vojel 100 Milliarden verloren — eine grobe Unwahrheit, denn es sind 800 Milliarden gewesen *(Heiterkeit)* —, als der „Abend“ damals schrieb, die Postsparkasse habe beim Vojel 100 Milliarden verloren, hat die Regierung mit einer Strafanzeige gegen den „Abend“ geantwortet. Ich weiß allerdings nicht, was aus dieser Strafanzeige geworden ist, es müßte aber doch schon längst die Verhandlung über diesen Gegenstand stattfinden, und der Herr Finanzminister könnte da bei seinem Kollegen, beim Herrn Justizminister, urgieren, daß dieser Prozeß nicht etwa unter den Tisch fällt. *(Zwischenruf Seitz.)* Man sollte da wirklich einmal einen Prozeß wegen dieses Artikels im „Abend“ führen. Sehen Sie, das war die Methode, mit der die Regierung geantwortet hat. Sie hat keine Untersuchung zugelassen, aber in diesem Untersuchungsausschuss des Finanzausschusses haben es schließlich die Tatsachen erzwungen, daß man dort Einvernahmen vorgenommen hat, und wenn dort auch die Leute, die erschienen sind, nicht unter Zeugeneid vernommen werden konnten, so hat man doch dort mancherlei vernommen, und ich glaube, es wird nicht das letzte Mal gewesen sein, daß man derartiges notwendig hat. Die Regierung wird uns sehr bald, wenn sie will, daß dieses Postsparkassengesetz durchgeführt werden soll, Aufschlüsse geben müssen und es wird vielleicht noch andere Dinge geben — ich bin kein Prophet —, es wird vielleicht noch andere Dinge geben, über die man schon sehr eingehend bei der Budgetberatung wird sprechen müssen — wenn nicht der Herr Bundeskanzler, so jemand anderer —,

und die man, wenn er vielleicht formell recht behält, daß es keinen Untersuchungsausschuss mehr geben wird, doch untersuchen wird, wenn auch nicht in der Form eines Ausschusses. *(Lebhafter Beifall.)*

Und nun, meine Herren, gestatten Sie mir, noch einiges zu den Ausgaben zu sagen, die in diesem Budget vorgesehen sind. Der Herr Minister hat in seiner Rede hervorgehoben, daß die Personalausgaben ungeheuer groß sind. Meine Herren, mit dieser Tatsache ist sehr wenig ausgedrückt. Natürlich hat ein Staat so und so viele tausend Beamte, und daß der Abbau, den man auf Befehl von Genf durchgeführt hat, staatsfinanziell nicht so glorreich geendet hat, wie der Herr Minister zwischen den Worten selber zugegeben hat, das haben wir anderen ja schon im Jahre 1922 vorausgesagt. Meine Herren, es ist aber ganz kennzeichnend, von welchem Geiste diese Abbaupolitik des Bundes auch jetzt noch beseelt ist. Da lesen wir zum Beispiel in den Erläuterungen zum Staatsvoranschlag bei der Staatsdruckerei: „Der in Aussicht genommene Abbau konnte im Hinblick auf den Beschäftigungsgrad der Anstalt nicht durchgeführt werden.“ *(Lebhafter Heiterkeit.)* Da hat man eine Druckerei, die ist voll beschäftigt, man hat ein Abbauprogramm, und nun bedauert man, daß die Leute dort so viel zu tun haben, daß man sie beim besten Willen nicht auf die Straße werfen kann. Und das druckt man noch, so etwas legt man dem Parlament vor, bei einem Betrieb, der trotz der ungeheuren Pensionslasten, die man ihm aus dem alten Österreich her auferlegt hat, einen Überschuss ausweist. Da ist also ein beschäftigter Betrieb, aber die Regierung sagt: zum Teufel noch einmal, jetzt kann man die Leute nicht einmal hinauswerfen, weil dort so viel zu tun ist. *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)* Meine Herren, Sie sehen, das ist ein wirklich sonderbarer Geist, der in dieser Verwaltung herrscht.

Wenn ich beim Personal bin, da möchte ich mich nicht mit der finanziellen Seite dieser ungeheuer wichtigen Frage beschäftigen, sondern mit einer andern. Es ist jetzt bei den Regierungsparteien Mode geworden, vom Koalitionsrecht zu reden und von dem Terror, den die anderen üben. Das kommt mir so vor, wie das bekannte Sprichwort: „Haltet den Dieb!“ *(Lebhafter Beifall.)* Denn in demselben Augenblick, in dem man uns vom Terror erzählt, den angeblich wir ausüben, hören wir von den skandalösesten Verfolgungen, die in den Staatsbetrieben überall Platz gegriffen haben. *(Lebhafter Zustimmung.)* Ich brauche hier nicht viel von der Wehrmacht zu reden. Jeder weiß, was die Soldaten unter dem System Baugoin mitzumachen haben. Und einem System, das zu dem Wahlschwindel der Zusammenlegung der Kompagnien greift, wie wir das vor ein paar Wochen gesehen haben, dem ist natürlich alles zuzutrauen. *(Lebhafter Beifall.)* Da setzt man

zum Beispiel in die Militärwerkstätte diesen Herrn Steiner hinein, der für das Wohl der Regierungsparteien seine Broschüren schreibt, und da übt man einen Zwang auf die Arbeiter aus, die Jahrzehnte in diesen Betrieben stehen, um sie in die Gewerkschaft des Herrn Spalowsky hineinzupressen, desselben Herrn Spalowsky, der hier im Parlamente seinen Antrag auf Schaffung eines Antiterrorgesetzes eingebracht hat. Da versucht man also auf der ganzen Linie zu drangsalieren. Da hat man erst in den letzten Tagen wieder einen Militäroberoffizial, der sieben Jahre klaglos und vorzüglich in Stammersdorf Dienst gemacht hat und Wizebürgermeister der dortigen Gemeinde ist, urplötzlich aus Stammersdorf verjagt. Dienstliche Rücksichten können das kaum gewesen sein; man will halt einem, weil er ein Sozialdemokrat ist, etwas antun. Das ist so ein kleines Beispiel, aber ich kann Ihnen noch ganz andere erzählen, denn das, was sich die Regierung oder ihr untergeordnete Organe, ohne daß die Regierung es weiß (*Widerspruch*), da leisten, das übersteigt eigentlich mehr, als man erwarten kann, und darum möchte ich ein Beispiel etwas ausführlicher erzählen.

Da ist am 31. August d. J. ein Bahngendarm namens Hauser zum Gendarmeriekommando gerufen worden. Dort ist er einem Verhör unterzogen worden, und man hat ihm mitgeteilt, er sei angezeigt worden, am 19. August in einer Trafik im XX. Bezirk — man denke mir — eine abfällige Äußerung über die „Freiheit“ des Herrn Weiss gemacht zu haben. (*Hört! Hört!*) Und zwar hat man ihm vorgehalten, er hätte in dieser Trafik gesagt, warum man denn so ein Schundblatt in der Trafik auslegt, in einem so proletarischen Bezirk. (*Dr. Bauer: Das ist eine Beleidigung der Regierungsprese! — Heiterkeit.*) Diese Äußerung haben zwei Zivilpersonen angeblich gehört und haben sie angezeigt. Der Gendarm bestreitet, eine Äußerung dieser Art, dieses Wortlautes gemacht zu haben. Aber selbst wenn er sie wirklich gemacht hat — ja, ist denn der Herr Weiss und seine „Freiheit“ eine staatlich geschützte Einrichtung ... (*Rufe: Ja! — Seitz: Sie gehört zu den Organen der Regierung!*) ... die man nicht beleidigen darf, deren Beleidigung vielleicht sogar eine Anklage nach § 300 oder gar eine Hochverratsanklage nach sich ziehen kann? Das ist doch wirklich mehr, als man für möglich halten würde. Der Gendarmesdirektor sagte zu diesem Gendarm, es sei nicht am Plage, wenn ein Gendarm solche abfällige Äußerungen mache. Der Gendarm berief sich auf seine staatsbürgerlichen Rechte, daß er sich doch außerhalb des Dienstes über derartige Dinge äußern könne, wie er wolle, und er wies darauf hin, wie sich andere Leute seines Wissens zum Beispiel über die „Arbeiter-Zeitung“ äußern, ohne daß man sie deswegen beim Gendarmeriekommando zur

Verantwortung ziehe, und daß doch für das Gendarmeriekommando alle Zeitungen gleich seien, nämlich das Kommando gar nichts angehen.

Aber das nützte ihm gar nichts, er wurde in der schärfsten Weise immer und immer wieder gefragt: Haben sie also die „Freiheit“ ein Schundblatt genannt oder nicht? (*Zwischenrufe.*) Und als er immer wieder auf seine staatsbürgerlichen Rechte verwies, hat man ihm immer wieder gesagt, er möge antworten: Ja oder Nein. Er hat schließlich gefragt, woher denn eigentlich diese Anzeige gekommen sei, und da sagte man ihm, diese Anzeige sei vom Zentralinspektorat übermittelt worden. (*Hört! Hört!*) Das heißt also, diese Anzeige ist offenbar im Ministerium des Herrn Hartleb gewesen und ist dort nicht in den Papierkorb geworfen worden. Daß es Lumpen gibt, die solche Anzeigen machen — wenn das Wort, das dem Gendarm zur Last gelegt wird, wirklich gefallen ist —, daß es Lumpen gibt, die solche Denunziationen begehen, das weiß man. Aber daß solche Denunziationen in einem Ministerium nicht in den Papierkorb wandern, das ist allerdings eine Sonderbarkeit.

Der Gendarm berief sich dann auf seine Disziplinarvorschriften und verlangte drei Tage Zeit zu seiner Rechtfertigung. Als Antwort darauf fragte ihn der Direktor noch einmal, was für eine Kritik er denn eigentlich an der „Freiheit“ des Herrn Weiss geübt habe. Der Gendarm hat dann darauf verwiesen, daß die Regierung doch selbst ein Pressegesetz gegen die Pressekorruption eingebracht habe und daß offenbar der Fall Weiss der Anstoß zu diesem Gesetz gewesen sei; schon deshalb glaube er, als staatliches Organ im Einklang mit der Regierung zu handeln, wenn er sich so über dieses Blatt äußere. Das Verhör mit dem Gendarmen über die Frage, ob er das Blatt des Herrn Weiss ein Schundblatt genannt habe, hat 2½ Stunden gedauert, die der Gendarm in Hachtstellung dort stehen mußte, um sich wegen der Beleidigung dieses Mißblattes zu verantworten. Aber damit ist es noch nicht genug. Das war am 31. August. Drei Wochen später, am 21. September, ist dieser Gendarm neuerdings vorgeladen und wieder einem dreistündigen Verhör unterzogen worden. (*Dr. Ellenbogen: Herr Minister, fühlen Sie nicht die Schande dieser Verschwisterung mit abgestraften Verbrechern? — Dr. Bauer: Aber dieser Gauner ist ja eine Regierungsinstitution! — Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Waber (der während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat): Bitte, das Wort hat der Herr Abg. Dr. Danneberg. (*Seitz: Herr Präsident, mindestens könnten Sie dafür sorgen, daß die Regierung es der Mühe wert findet, da zu sein!*) Die Regierung ist durch den Herrn Finanzminister Dr. Riebenböck im Hause vertreten.

Dr. Danneberg: Dieses zweite Verhör mit dem Gendarmen am 21. September hat drei Stunden lang gedauert. Da hat man ihm noch vorgehalten, es sei gegen ihn auch die Anzeige erstattet worden, nicht nur, daß er es gewagt habe, die „Freiheit“ des Herrn Weisz zu beschimpfen, sondern er hätte auch für die „Arbeiter-Zeitung“ agitiert. Ja, man hat ihm als schwere Anschuldigung vorgehalten, er habe vor der Wahl am 24. April in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung eine Rede gehalten. Der Inhalt der Rede war gar kein Gegenstand der Refrimination, sondern nur die Tatsache, daß er eine Rede in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung gehalten hat, hat man ihm dort vorgehalten. Ich rede gar nicht davon, daß dieser Vorhalt ganz falsch war. Der Gendarm konnte nachweisen, daß er zur selben Stunde, in der diese Versammlung stattfand, im Dienste war, also in dieser Versammlung gar nicht erschienen ist und dort gar keine Rede gehalten hat. Aber, meine Herren, daß man einem Staatsbürger verwehren will, in einer Wählerversammlung zu erscheinen und dort eine Rede zu halten, das übersteigt wohl alles, was in der Republik bisher dagewesen ist. *(Lebhafte Zustimmung.)* Dann hat man ihm noch ein schweres Verbrechen zum Vorwurf gemacht. Es ist ihm nämlich zum Vorwurf gemacht worden, daß er an einer Mieterversammlung seines Hauses teilgenommen habe. *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)* Das ist offenbar auch ein Verbrechen. Wenn die Regierung beabsichtigt, den Mieterschutz abzubauen, darf ein Regierungsbeamter nicht an einer Mieterversammlung teilnehmen, wo vielleicht über derartige Dinge geredet werden könnte.

Meine Herren! Man kann immerhin noch glauben, das alles sei ein Scherz, oder es habe vielleicht ein übereifriger einen Mißgriff begangen und eine Disziplinaruntersuchung über Dinge einleiten wollen, die in Wirklichkeit das Gendarmeriekommando gar nichts angehen. Aber ein paar Wochen nach diesem zweiten Verhör, am 19. Oktober, hat man diesem Gendarmen mitgeteilt, daß er vom Dienste suspendiert ist. *(Stürmische Entrüstungsrufe. — Frau Freundlich: Wo ist der Vizekanzler? Das ist sein Ressort! — Seitz: Wo ist der Vizekanzler? Die Regierung hat da zu sein! — Lebhaftes Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. Waber: Bitte, meine Herren, das Wort hat der Herr Dr. Danneberg. *(Andauernde Zwischenrufe.)* Ich bitte um Ruhe.

Dr. Danneberg *(fortsetzend):* Ich verstehe vollständig, daß die Bänke der Regierungsparteien leer sind; so etwas hört man nicht gerne. Aber die Herren werden der Verantwortung für diese Dinge nicht entgehen. *(Lebhafter Beifall.)* Eine Personalpolitik solcher Art, wie sie sich in diesen paar Bei-

spielen zeigt, werden Sie nicht lange treiben können, eine solche Politik wird sehr rasch scheitern.

Von den anderen Ausgaben des Bundes möchte ich einiges über die sozialen Ausgaben sagen. Die Regierung hat sehr viel über die Arbeitslosenversicherung und ihre Kosten geredet, im Budget findet man aber, daß der Bund selbst für das Jahr 1928 alles in allem 224 Millionen Schilling ausgibt und daß davon 138 Millionen nur Vorschußzahlungen sind, die er später zurückbekommen wird. Der Bund gibt also nicht mehr als 68 Millionen Schilling in einem Jahre für die Arbeitslosenversicherung aus. Das ist ungefähr so viel, als er den Ländern und Gemeinden an Vermögenssteueranteilen vorenthält, obwohl wir ein Teilungsgesetz über diese Steuer grundsätzlich schon haben.

Für die produktive Arbeitslosenfürsorge waren im letzten Jahre 6 Millionen Schilling eingestellt, für das Jahr 1928 hält der Bund das nicht mehr für notwendig, da stellt er nur mehr 4 Millionen Schilling ein. *(Zwischenrufe.)*

Wir haben auch an dem Rußlandgesetz gesehen, wie die Regierung vorgeht. Sie hat hier ein Gesetz gemacht, das völlig wirkungslos geblieben ist, nach seiner ganzen Konstruktion gar nicht unbegreiflich. Die Gemeinde Wien hat ein anderes Rußlandgesetz zustande gebracht, durch das wirklich alle Aussicht besteht, 100 Millionen Schilling russischer Aufträge in das Land zu bringen. Das ist viel mehr an produktiver Arbeitslosenfürsorge, als die Regierung in irgendeiner Form leistet.

Sonst haben wir an sozialen Ausgaben ein paar armfällige Posten, die eigentlich nur zeigen, wie wenig die Regierung auf diesem Gebiet tut: 150.000 S für die Bekämpfung der Tuberkulose, 302.000 S für die Bekämpfung der Kindersterblichkeit, 20.000 S für die Bekämpfung des Alkoholismus. Das ist alles. Und selbst bei diesen kleinen Posten ist in dem letzten Jahre noch manchmal etwas erspart worden.

Um ein Wort von der Wohnungspolitik zu reden: Man darf wohl sagen, es gibt in ganz Europa keine Regierung, die mit einer solchen Indolenz der Wohnungsnot der Nachkriegszeit gegenübersteht wie diese Regierung. *(Lebhafte Zustimmung.)* Für die Wohnungsfürsorge gibt sie 1.132.000 S aus *(Lachen)*, das ist alles. Im übrigen hindert sie nur, wenn jemand anderer baut. Ich rede nicht von den Manövern, die die Regierungsparteien im Rathaus aufgeführt haben. Ich rede zum Beispiel davon, daß auf einem Grunde der Regierung am Laaerberg in Favoriten eine Siedlung entstanden ist. Als man die Häuser einweihte, sind die Vertreter der Ministerien erschienen und haben schöne Reden gehalten. Heute aber erklärt der Bund, er brauche den Grund für die Exerzierübungen des Herrn Baugoin, und verlangt, daß die Häuser, die zum

Teil mit Bundesgeld aus dem Wohn- und Siedlungsfonds gebaut worden sind, wegrasiert werden. Wenn einen das nicht vor ganz Europa blamiert, dann weiß ich nicht mehr, was noch blamabel sein soll.

Das Problem der Landarbeiterwohnungen steht in allen europäischen Staaten auf der Tagesordnung. Wir hören, daß in Niederösterreich 24.000 ausländische Arbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt sind, die zum größten Teil durch einheimische ersetzt werden könnten. Die Wohnungsfrage spielt dabei eine große Rolle. Alle Staaten befassen sich mit dem Problem der Landarbeiterwohnungen. Was tut unsere Regierung in dieser wichtigen Frage? Gar nichts. Wenn irgend jemand baut, dann macht die Regierung nur Hindernisse. Ich rede gar nicht von den Schwierigkeiten, die sie der Gemeinde Wien in Grundfragen macht; aber auch bei Gemeinden, bei denen die Regierung die Gehässigkeit, die sie gegenüber Wien immer hat, gar nicht haben müßte, selbst wenn sie sozialdemokratisch verwaltet sind, sehen wir daselbe.

Da ist, um nur ein Beispiel herauszugreifen, die Gemeinde Bischofshofen in Salzburg, eine kleine Stadt, die überdies noch zu einem großen Teil von Eisenbahnern, also von Bundesangestellten, bewohnt wird. Diese Stadt hat sich bemüht, Wohnungen zu bauen, und will weiter bauen, weil man die Wohnungen dort braucht. Nun hat in der Stadt an der Straße der Bund, und zwar die Forstdirektion, einen Grundbesitz, den man für diese Bauten brauchen würde. Die Forstdirektion weigert sich absolut, der Gemeinde Bischofshofen diesen Grund für ein paar Wohnhäuser herzugeben, weil sie ihn angeblich selber braucht. Kein Mensch weiß zwar, wozu sie ihn selber braucht, es wächst dort einfach das Gras — in der Stadt an der Straße —, aber der Grund ist nicht zu bekommen, und die Gemeinde Bischofshofen darf keine Wohnungen bauen.

In keinem anderen Lande wäre eine solche Regierungspolitik überhaupt möglich. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Aber diese Regierung fühlt sich nur als eine Expositur der Hausherren, und da diese es sich in den Kopf gesetzt haben, den Mieterschutz zu brechen, hilft ihnen die Regierung, indem sie die Wohnungsnot vergrößern will. Je größer die Wohnungsnot — denkt sie sich — um so eher kann man den Mieterschutz bekämpfen. Aber dies ist nicht eine Aufgabe der Regierung. Der Mieterschutz mag eine Frage für sich sein, in der man verschiedene Anschauungen haben kann, doch die Regierung hat die Pflicht, im Kampfe gegen die Wohnungsnot das Ihrige zu leisten.

Wenn ich schon über die Wohnungen spreche, möchte ich auch ein Wort sagen über den traurigen Fall, der sich vor ein paar Wochen in Schwadorf

in der Nähe von Wien ereignet hat. Dort war das Erdbeben besonders wirksam, und es hat bei den alten, kleinen Häusern, die dort stehen, schweren Schaden hervorgerufen, so daß ein großer Teil der Bevölkerung dieses Ortes in Zelten und in neu aufgestellten Baracken wohnen muß und mit Angst einem kalten Winter entgegensteht. Nun muß ich zugeben, daß das Erdbeben in den Kompetenzartikeln der Bundesverfassung nicht vorkommt *(Heiterkeit)*, und insofern kann sich die Regierung vielleicht darauf berufen und sagen: Was dort nicht aufgefaßt ist, das ist eine Landesangelegenheit, daher möge sich das Land Niederösterreich um diese Frage kümmern, den Bund gehe sie nichts an. Ich glaube nicht, daß dieser Standpunkt haltbar ist. Es liegen dem hohen Hause Anträge von christlich-sozialer und von sozialdemokratischer Seite in dieser Frage vor, man sollte sie wirklich bald in Verhandlung ziehen und sehr rasch etwas tun, um den Leuten dort zu ermöglichen, ihre Häuser auszubessern, beziehungsweise neu aufzubauen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Man müßte eine Aktion einleiten, um den Leuten einen Kredit zu ermöglichen, den sie vor allem brauchen und für den sie natürlich die Zinsen nicht aufzubringen vermögen. Es wäre meines Erachtens eine Pflicht des Bundes, gemeinsam mit dem Lande Niederösterreich die Zinsen für eine Anleihe auf sich zu nehmen — für einen anderen Teil würde vielleicht eine Garantie der Zinsen genügen —, jedenfalls aber eine wirksame finanzielle Aktion zu machen, bevor der Winter da ist und die Leute dort in eine arge Not kommen. Ich hoffe, daß dieses Begehren wirklich berücksichtigt werden wird.

Wenn ich noch ein Wort von den Kulturaufgaben reden soll, die in diesem Budget zu finden sind, so muß ich sagen, daß man da wirklich suchen muß, um auf solche Staatsausgaben zu kommen. Für sämtliche Hochschulen gibt der Bund nicht mehr als 20 Millionen Schilling in einem Jahre aus und für wissenschaftliche Anstalten und wissenschaftliche Zwecke 2,2 Millionen Schilling. Das ist ein Sechstel von dem, was die Postsparkasse verwirtschaftet hat. Sechs Jahre Universität, sechs Jahre Hochschulen, sechs Jahre Wissenschaftsförderung durch den Bund kosten nicht mehr, als die Postsparkasse mit ihren Spekulationen vergeudet hat.

Es ist kennzeichnend für den ganzen Geist, mit dem Wissenschaft und Volksbildung von dem Bund betrieben werden, daß im Jahre 1926, aus dem Rechnungsabschluß ergibt sich das, der Bund an der Menagerie in Schönbrunn 1 Milliarde profitiert hat *(Hört!)* und daß im Jahr 1928 nach den Anträgen des Budgets wieder 1 Milliarde Überschuß aus der Menagerie herausgeholt werden soll. Wir müssen sagen, daß diese Behandlung, die der Bund Kunst und Wissenschaft und den höheren

Schulen angeeignet läßt — ich brauche nur an die Klagen der Universitätsprofessoren zu erinnern —, heute gar nicht mehr angebracht ist. Heute lebt der Staat nicht mehr in der Dürftigkeit, in der er in der Inflationszeit und in den ersten Jahren nach der Inflation gelebt hat, heute sind die Bundesfinanzen so, daß der Bund seine Aufgaben auf kulturellem Gebiete ebenso wieder erfüllen müßte wie auf sozialem Gebiete.

Aber diese Regierung ist eine Regierung der kalten Schulter gegenüber allem, auch gegenüber Kunst und Wissenschaft. Das ist ein Regierungssystem, dessen Leistungen im Widerspruch stehen zu dem Selbstbewußtsein, mit dem die Herren Minister aufzutreten pflegen (*lebhafter Beifall*), das ist ein Regierungssystem, das im Widerspruch steht zur großen Masse der Bevölkerung. Es ist ein antisoziales Regime, das hier am Werke ist, ein Regime der Rückwärterei und der Kulturfeindlichkeit, ein Regime des Terrors und ein Regime der Korruption (*lebhafter Beifall*), und das Budget, das vor uns liegt, der Ausdruck davon. Darum, meine Herren, ist es selbstverständlich, daß wir Sozialdemokraten dieses Budget nicht bewilligen werden, darum ist es selbstverständlich, daß wir uns die schärfste und eingehendste Kritik an diesem Bundesvoranschlag vorbehalten. (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen.*)

Sever: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident Dr. Waber: Der Herr Abg. Sever hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Sever: Mit Rücksicht auf die Teilnahmslosigkeit der Herren Abgeordneten der Mehrheitsparteien beantrage ich Schluß der Sitzung. (*Rufe: Abstimmen! Stimmen Sie ab!*)

Präsident Dr. Waber: Ich werde sofort abstimmen. (*Der Präsident macht eine Pause. — Rufe: Nun schon! — Seitz: Ja, sollen wir selber abstimmen? Erheben wir uns selber! [Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei erheben sich von ihren Sitzen.] Herr Präsident! Sie haben Ihre Pflicht zu erfüllen! Das ist skandalös!*) Vor der Abstimmung unterbreche ich die Sitzung auf 10 Minuten. (*Seitz: Das ist ungehörig! Das ist unzulässig!*)

(*Die Sitzung wird um 1 Uhr 23 Min. unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 1 Uhr 35 Min.*)

Präsident Miklas: Ich nehme die Sitzung wieder auf. Es ist ein Antrag des Herrn Abg. Sever eingebracht worden, daß der Nationalrat den Schluß der Sitzung beschließe. Wir schreiten zur Abstimmung. (*Sever: Ich bitte um die Auszählung!*)

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche dem Antrage auf Schluß der Sitzung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Die Abgeordneten der*

sozialdemokratischen Fraktion verlassen den Saal. — Zahlreiche lebhafte Zwischenrufe.) Ich bitte um Ruhe. Ich bitte die Herren Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen. (*Sever und Zarboch nehmen die Auszählung vor. — Anhaltende Zwischenrufe.*) Ich bitte um Ruhe. Ich bitte den Herrn Abg. Schuschnigg, als Schriftführer zu fungieren. (*Nach Auszählung des Hauses;*)

Schriftführer Sever: Es sind 52, Herr Präsident! (*Widerspruch. — Zwischenrufe.*)

Präsident: Ich bitte die Herren Schriftführer, mir das Ergebnis der Auszählung zu übergeben. (*Sever: Es sind 52! Das sagt doch auch Herr Zarboch, der auch gezählt hat! — Widerspruch.*) Ich bitte, Herr Abg. Schuschnigg, das Ergebnis der Zählung.

Schriftführer Dr. Schuschnigg: Es sind 56, alles in allem! (*Sever: Jetzt sind Herren dazugekommen! Die Zählung ist ungültig, Herr Präsident! — Widerspruch. — Sever: Jetzt ist der Abg. Schönsteiner mit noch zwei Herren dazugekommen! Jetzt in diesem Moment! Der Herr Abg. Zarboch hat 52 gezählt! — Dr. Schuschnigg: Ich bringe 56 heraus! — Sever: Das glaube ich, weil jetzt Herren hereingekommen sind! Ihr Parteikollege hat 52 gezählt!*)

Präsident: Hohes Haus! Ich stelle fest, daß 56 Mitglieder des Hauses anwesend sind und damit mehr als ein Drittel der Abgeordneten. Wir setzen die Verhandlungen fort. (*Sever: Es sind nur 52 Mitglieder im Hause!*) 56 Mitglieder sind anwesend. (*Sever: Nein, 52, wir zwei Schriftführer haben gezählt!*) Der Herr Abg. Zarboch ist heute gar nicht Schriftführer. (*Sever: Der Herr Abg. Zarboch hat laut erklärt: 52! Wir zwei haben gezählt, bevor dann der Abg. Schönsteiner mit noch zwei Herren hereinkam!*) Wir setzen daher, da mehr als ein Drittel des Hauses anwesend ist . . . (*Sever: Es sind 52 Mitglieder hier gewesen!*) 56 Mitglieder sind jetzt im Saale anwesend, und in diesem Momente setze ich die Sitzung fort.

Wir fahren in der Verhandlung fort. Zum Worte gelangt der Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Rienböck.

Bundesminister für Finanzen Dr. Rienböck: Hohes Haus! Der Herr Abg. Dr. Danneberg hat eine große Anzahl von Fragen zur Sprache gebracht (*anhaltende Zwischenrufe*), auf welche ich im Ausschusse zurückzukommen mir vorbehalte. (*Fortgesetzte lebhafte Zwischenrufe und Unruhe.*)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich habe ihm das Wort erteilt und bitte um Ruhe.

Bundesminister für Finanzen Dr. Rienböck (*fortfahrend*): Einige der Ausführungen des Herrn

Vorredners veranlassen mich aber, schon heute zu erwidern. Herr Dr. Danneberg hat sich zunächst darüber beklagt, daß die Vorlagen, die dem hohen Hause zum Budget unterbreitet werden, nicht so umfangreich sind wie in früheren Jahren. Es kommt doch nicht so sehr auf den Umfang der Vorlagen an wie auf die Klarheit und Übersichtlichkeit im Aufbau des Voranschlages. In dieser Beziehung dürfen wir wohl sagen, daß der österreichische Bundesvoranschlag zu den allerdeutlichsten und klarsten zählt und dem Leser und insbesondere dem Parlament die leichteste Übersicht gewährt. Ich möchte bei diesem System einer möglichst übersichtlichen, klaren Budgetierung auch verbleiben und glaube, daß den Arbeiten des Hauses dadurch am besten gedient ist.

Herr Dr. Danneberg hat auch darüber Klage geführt, daß die Regierung es unterlassen habe, Kreditüberschreitungen dem Hause vorzulegen, wie es das Gesetz erfordert. Er ist aber in diesem Punkte in einem Irrtum begriffen. Sowohl die früheren Regierungen als auch die jetzige haben im Falle von Kreditüberschreitungen dem Hause in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form Mitteilung gemacht. Es scheint dem Herrn Abg. Dr. Danneberg entgangen zu sein, daß wir noch am 3. Jänner 1927 dem hohen Hause einen Bericht über die Kreditüberschreitungen des Jahres 1926 vorgelegt haben. Nur dann ist über Kreditüberschreitungen dem Hause Bericht zu erstatten, wenn die Jahresansätze, die das Budget für eine bestimmte Post enthält, überschritten werden. Solche Überschreitungen lassen sich regelmäßig erst gegen Ende des Jahres feststellen. So wie die Regierung im Jänner 1927 den Bericht über die Kreditüberschreitungen des Jahres 1926 dem hohen Hause vorgelegt hat, so wird dem Gesetze genau entsprechend dort vorgegangen werden, wo sich Kreditüberschreitungen im Laufe des jetzigen Jahres ergeben sollten. Das hohe Haus hat allerdings den Bericht, der im Jänner dieses Jahres erstattet worden ist, nicht in Beratung gezogen. Daraus erklärt sich das Versehen, das dem Herrn Abg. Dr. Danneberg unterlaufen ist.

Herr Dr. Danneberg ist bei seinen Ausführungen auch insofern in einem Irrtum befangen gewesen, als er die qualitativen und quantitativen Überschreitungen nicht so auseinandergehalten hat, wie sie auseinanderzuhalten sind. Wenn sich qualitative Abweichungen ergeben, das heißt, wenn aus irgendeinem Anlaß Ausgaben zu bewerkstelligen sind, für welche eine entsprechende Post im Budget nicht vorgesehen ist, dann treten die Bestimmungen in Wirksamkeit, von denen Dr. Danneberg gesprochen hat. Solche Fälle sind auch seit Erlassung des Gesetzes wiederholt vorgekommen. Dort aber, wo es sich bloß um quantitative Überschreitungen handelt — solche Überschreitungen werden sich gewiß am Ende des Jahres aus verschiedenen Anlässen ergeben —,

wird die Regierung wieder ihre Pflicht tun und dem Hause Bericht erstatten.

Herr Dr. Danneberg hat auf die Wirtschaftskrise hingewiesen, die sich im Jahre 1926 sehr akut gestaltet hat, und davon gesprochen, daß sich die Zustände gegenwärtig gebessert haben. Damit hat er Recht; ich habe mir ja auch in meinem Finanzexposé darauf hinzuweisen erlaubt. Herr Dr. Danneberg hat allerdings, als er von der Anzahl der Arbeitslosen, mit der wir im Budget für 1928 rechnen, sprach, übersehen, daß die geringere Anzahl der Arbeitslosen, mit der wir rechnen, in der Anzahl der Altersrentner eine Ergänzung findet. Wir schätzen die Zahl der Altersfürsorgereuten, welche im Jahre 1928 gezahlt werden müssen, auf 36.500, und damit wird wieder so ziemlich jene Zahl erreicht, mit der wir für das Jahr 1927 gerechnet haben. Das heißt, wir müssen trotz der vorhandenen Besserung mit dem noch gar nicht befriedigenden Zustand unserer Wirtschaft rechnen. Das ist auch bei diesem Anlasse zutage getreten, so wie wir auch bei der Veranschlagung der Einnahmen, über die ich noch sprechen werde, Vorsicht walten lassen müssen. Deshalb, weil die Zustände sich gegenüber dem Vorjahre gebessert haben, dürfen wir nicht vorschnell so handeln, als ob wir schon so weit wären, daß uns nicht noch sehr ernste Sorgen bedrückten.

Von der Erkenntnis, daß man Vorsicht in der Veranschlagung der Einnahmen anwenden muß, habe ich mich auch bei der Erstellung jener Einnahmeposten leiten lassen, die der Herr Vorredner insbesondere bemängelt hat, das sind die Einnahmen aus den direkten Steuern. Selbstverständlich ist das Finanzministerium hier mit Vorsicht vorgegangen. Daß diese Vorsicht nicht übertrieben ist, das lehrt mich eine Beobachtung, die ich in den letzten Jahren wiederholt anstellen konnte. Bei den gemeinschaftlichen Abgaben, die zwischen dem Bund einerseits und den Ländern und Gemeinden anderseits geteilt werden, kommen die autonomen Körperschaften auch in die Lage, die auf sie entfallende Quote in ihr Budget einzusetzen. Im allgemeinen haben die Länder — bei den Gemeinden konnte ich das nicht genau verfolgen — bei diesen gemeinschaftlichen Abgaben die entsprechende Quote eingesetzt, die sich aus dem vom Bund veranschlagten Gesamtertragnis ergibt. Auch die Gemeinde Wien hat sich immer daran gehalten, was ich durchaus für richtig finde. Ich neige zu der Meinung, daß die Gemeinde Wien auch heuer so vorgehen wird. (Dr. Danneberg: Sie kann ja nicht anders vorgehen!) Sie wäre geseglich an einen abweichenden Vorgang nicht gehindert; wenn ein Land oder eine Gemeinde den Ansatz für irrig, für zu hoch oder zu niedrig hält, so ist das Land oder die Gemeinde ohne weiteres berechtigt, einen anderen Betrag einzusetzen. Aber

ich warne vor diesem Vorgang; ich halte ihn für nicht wünschenswert. (Dr. Danneberg: Die Länder können ja nicht die Bundeseinnahmen schätzen!) Es ist sehr richtig, daß die Länder sich an die Schätzung des Bundes halten; ich würde dringend wünschen, daß die Gewohnheit aufrechtbleibt, daß sie sich der Schätzungen bedienen, die die Bundesregierung vornimmt. Diese Schätzung erfolgt in dem Bewußtsein, daß es sich nicht, wie Dr. Danneberg vorhin gemeint hat, um Täuschungen, „Hausnummern“, handelt, sondern um ernste Ziffern, die natürlich mit Vorsicht gewählt sind, auf die man sich aber verlassen kann, so daß man sie vernünftigerweise auch in die anderen öffentlichen Haushalte einsetzt. So ist die Gemeinde Wien in den letzten Jahren vorgegangen, obwohl sie gewußt hat, daß im Vorjahr Überschreitungen vorgekommen sind; ich würde dringend wünschen, daß die Länder einschließlich der Gemeinde Wien auch im Jahre 1928 sich an den bisher herrschenden Usus halten; Konjunkturen, die einer realen Grundlage entbehren, würde ich dringendst widerraten. Gerade der Umstand, daß wir bei den direkten Steuern, aber auch bei der Warenumsatzsteuer gemeinschaftliche Abgaben vor uns haben und es sich daher auch um die Verantwortung gegenüber den anderen an der Teilung partizipierenden Körperschaften handelt, nötigt zur Vorsicht, wie wir sie auch heuer haben walten lassen. „Hausnummern“ oder Täuschungen, wie mein Vorredner sich auszudrücken beliebt hat, sind das durchaus nicht. Wir wissen schon, warum wir in den Einnahmeschätzungen nicht allzu hoch gehen dürfen.

Ich bin in der Lage, dem hohen Hause zur Erläuterung dessen folgenden vorzulegen: Wenn wir die Vorschreibungen an direkten Steuern auf Grund des Steuerjahres 1925 in Betracht ziehen — die Vorschreibungen für das Jahr 1925 sind zum großen Teil beendet, so daß man eine Übersicht über diesen Betrag gewinnen kann —, so finden Sie da folgende Ziffern: an allgemeiner Erwerbssteuer 52·6 Millionen Schilling, die Einnahmen für 1928 präliminieren die allgemeine Erwerbssteuer mit 52 Millionen Schilling, also mit einem nahezu gleichen Betrage. Das halte ich für gerechtfertigt, ich würde es für leichtfertig halten, darüber hinauszugehen, denn für die Einnahmen im Jahre 1928 wird ja in erster Linie das wirtschaftliche Ergebnis des Jahres 1926 maßgebend sein.

Im Jahre 1926 hat, wie Herr Dr. Danneberg selbst bemerkt hat, die Krise ihren Höhepunkt erreicht; ich würde alle Herren, welche über diese Ziffern urteilen, dringend bitten, das zu berücksichtigen. Die Vorschreibung der Körperschaftsteuer auf Grund des Jahres 1925 ergab eine Ziffer von rund 65 Millionen Schilling, denen allerdings im Voranschlage für 1928 nur 58 Millionen Schilling gegenüber-

stehen. Gerade bei der Körperschaftsteuer aber wird sich die Wirkung der Krise des Jahres 1926 noch stärker beobachten lassen. Dazu kommt, daß eine Reihe von Aktiengesellschaften erst mit 1. Jänner 1926 die Goldbilanz eröffnet haben. Mit der Eröffnung der Goldbilanz hört aber die Besteuerung von Scheingewinnen auf; wir müssen daher bei den Ergebnissen der Körperschaftsteuer auch darauf Bedacht nehmen. Ich halte daher die Einschätzung der Körperschaftsteuer auch nach den neuesten Daten, die ich eingeholt habe, zwar für vorsichtig, aber nicht für übertrieben vorsichtig.

Über die Rentensteuer besitze ich noch nicht die letzten Daten.

Bei der Einkommensteuer steht einer Vorschreibung von 96 Millionen Schilling pro 1925 eine Schätzung von 147 Millionen Schilling für das nächste Jahr gegenüber. Hier ist allerdings sehr weit über die Ziffer der Vorschreibung hinausgegangen worden. In einem Artikel, der in der „Arbeiter-Zeitung“ vor wenigen Tagen erschien, heißt es, das sei insbesondere auf die Einschätzung der Abzugsteuerzahler zurückzuführen; daraus wollte man ein Argument für die Richtigkeit der Behauptung machen, daß die Steuerverwaltung diese Schichten hart behandelt, während sie die anderen nachsichtig behandelt. Das kann nur jemand geschrieben haben, der von diesen Dingen keine vollständige Kenntnis besitzt, denn die im Abzugswege eingehobene Einkommensteuer ist eine sehr ständige Größe; sie hängt nicht von dem Erfolg der Betriebe ab, sondern ausschließlich von der Höhe der Löhne und Gehalte. Da die Löhne und Gehalte nicht heruntergegangen sind und wir keinen Anlaß haben, anzunehmen, daß eine Verminderung der Gehalte und Löhne im nächsten Jahre eintreten wird, ist es wohl begreiflich, daß man diesen Faktor als einen stabilen einschätzt. Bei der Einschätzung der Einkommensteuer jedoch, die nach Faktionen eingehoben wird, die also von dem Wirtschaftserfolge der Betriebe abhängt, muß man sich von einer Würdigung der wirtschaftlichen Zustände, insbesondere des Erfolges in dem Jahre, leiten lassen, auf dessen Bemessung sich die Haupteinnahmen des Jahres 1928 beziehen werden.

Ich muß über diesen Punkt deswegen ausführlicher sprechen, weil ja die Anforderungen, die an den Staat herantreten, die Erwartungen, die gegenüber dem Staat gehegt werden, sich immer gern an Hoffnungsziffern, die ihnen da und dort geboten werden, anklammern. Wenn wir bei der soliden Budgetierung verbleiben wollen, dann müssen wir bei der Veranschlagung der Einnahmen eine angemessene Rigorosität walten lassen, wir dürfen nicht antizipieren, was etwa eine günstigere Zukunft uns bringen kann. (Zustimmung.) Wenn verschiedene Kreise Ausgaben des Staates erwarten, um verschiedenen Wünschen zu entsprechen, so muß die

Regierung und vor allem der Finanzminister sich die Gesamtheit der finanziellen Probleme vor Augen halten, die für diesen Staat noch zu lösen sind — gewiß auch soziale Aufgaben, wie sie der Herr Voredner erwähnt hat. Wenn unsere Wirtschaftsverhältnisse sich bessern und die Voraussetzungen erfüllt sein werden, von denen die Wirksamkeit des Gesetzes über die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter abhängig ist, dann wird die der Altersversicherung eingeräumte Hypothek auf die gesteigerten Einnahmen der Volkswirtschaft und des Staates einzulösen sein, die wir ebenso wie alle diese Fragen sehr ernst nehmen.

Wir müssen weiter mit der Belastung rechnen, die der Staatsvertrag von Saint-Germain mit sich bringt. Ich möchte den Herren, die sich mit einer Kritik des Bundeshaushaltes und mit Zukunftsaussichten beschäftigen, dringend empfehlen, diesen Staatsvertrag noch einmal durchzusehen, an die Verhältnisse von 1919 und 1920 zu denken und sich darüber klar zu werden, welche finanzielle Probleme von diesem Staate noch zu bewältigen sind. In diesem Zusammenhang muß ich davor warnen, aus dem Umstande, daß unsere Gebarung eine geordnete ist und daß wir nicht mit momentaner Beengtheit zu kämpfen haben, vorschnell Schlüsse auf dasjenige zu ziehen, was dieser Staat leisten kann.

Für den gegenwärtigen Moment kommt noch etwas in Betracht, was auch Herr Dr. Danneberg selbst in seinen Ausführungen angedeutet hat. Er hat darauf hingewiesen, daß wir die neue Investitionsanleihe, in deren Vorbereitung wir uns befinden, noch nicht besitzen; er hat mit Recht betont, daß es eine fatale Situation für den Staat wäre, wenn er in allzu drängender Weise hinsichtlich des Zeitpunktes beengt wäre, in welchem die für die Aufnahme der Anleihe entscheidenden Abschlüsse erfolgen sollen. Ganz richtig, Herr Dr. Danneberg, gerade deswegen würde ich Sie und Ihre Gefinnungsgegnossen sehr bitten, die nicht ungünstige heurige Gebarung des Staates auch nach dieser Richtung hin zu würdigen. Wir wünschen nicht, in Bedrängnis zu kommen; wir wünschen unter allen Umständen die notwendigen fruchtbringenden Investitionen, die unserer Volkswirtschaft als Stütze dienen sollen, bewerkstelligen zu können, ohne vor einem Termin zittern zu müssen. All dies, hohes Haus, muß ein einsichtiger Beurteiler unserer Finanzlage berücksichtigen; ich darf wohl noch hinzufügen, daß insbesondere auch die Beamtenschaft des Bundes alle diese Ereignisse berücksichtigen soll, die Beamtenschaft, die ja das stärkste und unmittelbarste Interesse an der Stabilität unserer Verhältnisse hat. Wir dürfen unsere Situation nicht überschätzen. Wir wollen einen Sprung vermeiden, den wir dann vielleicht wieder rückgängig machen müßten; ich muß vorher

berechnen, worauf wir uns einlassen können. Von dieser Verantwortung, hohes Haus, bin ich erfüllt, hohes Haus; ich würde sehr wünschen, daß die Öffentlichkeit in hohem Maße sich diesen Gesichtspunkt zu eigen machen möchte.

Herr Abg. Dr. Danneberg hat sich seiner Vorliebe entsprechend den Mißlichkeiten zugewendet, die uns im Lauf der letzten Jahre betroffen haben und deren Tragweite wir niemals unterschätzt haben, aber er hat bei diesem Anlasse einiges gesagt, das doch nicht unerwidert bleiben darf. Zunächst hat er von der Centralbankliquidierung gesprochen und in diesem Zusammenhang von irgendeinem Geschenk an die Steirerbank gesprochen, das, wenn ich richtig verstanden habe, ich gemacht haben soll. (Dr. Danneberg: Der Rechnungshof stellt es fest!) Wenn Sie den Rechnungshof . . . (Dr. Danneberg: Sie waren ja damals nicht Minister!) Trotzdem würde ich Herrn Dr. Danneberg, dessen Gründlichkeit ich bei verschiedenen Anlässen zu schätzen Gelegenheit gehabt habe, einladen, diese Gründlichkeit auch auf das Studium der Seite 59 dieses Rechnungsab schlusses 1926 anzuwenden. Wenn er das täte, dann würde er finden, daß schon im Jahre 1926 der hier ausgewiesene Betrag von 55,5 Millionen Schilling einschließlich 400.000 S, die bezüglich der Steirerbank angeführt sind, von der Kontokorrentmäßigen Gebarung in die etatmäßige überstellt worden ist — mit Recht überstellt worden ist, weil es nicht möglich war, damit zu rechnen, daß noch im Jahre 1926 der Betrag zurückfließen würde.

Dieser Betrag wird nicht endgültig dem Bunde zur Last fallen, sondern ist nur deswegen als Ausgabe eingestellt, weil er im selben Jahr nicht zurückfließen wird. Das bemerkt der Rechnungshof selbst. Wenn Sie das gelesen haben, dann können Sie nicht so sprechen, wie Sie gesprochen haben. (Dr. Danneberg: Ich habe Sie gefragt, wann Sie diese 4 Milliarden zurückzahlen! Werden die auf Refundierungsanleihe gezahlt oder zahlt sie die Steirerbank zurück? Das war meine Frage, die zu beantworten war!) Ich nehme das zur Kenntnis, aber Sie haben nicht deutlich gesprochen. Wenn Sie etwas deutlicher gesprochen hätten, hätte das nicht so klingen können. (Dr. Danneberg: Sie haben das nicht beantwortet! Zahlt die Steirerbank dieses Geld zurück, ist es eloziertes Bundesgeld oder wird es aus der Refundierungsanleihe gezahlt?) Darüber ist ein Übereinkommen getroffen worden, welches ich nicht zur Hand habe, das aber im Ausschuß mitgeteilt werden wird und das zum Gegenstande hat, daß dieser Betrag unter Haftung einer Großbank in einem gewissen Zeitraum zurückgezahlt werden wird.

Es ist im Zusammenhang mit der Liquidierung der Centralbank auch die Angelegenheit Westen zur Sprache gebracht worden. Es ist wenig wünschens-

wert, daß über geschäftliche Angelegenheiten so gesprochen wird, wie der Herr Vorredner gesprochen hat. Wenn er vorher eine Information von mir gewünscht hätte, hätte ich sie ihm gegeben. Das, was er gesagt hat, hat wie eine Verdächtigung geklungen. In Wirklichkeit hat sich die Sache so gehalten, daß die Forderung an Westen mit schwierigen Rechtsverhältnissen verbunden war. Es bestand nämlich für die Forderung an den Hauptschuldner eine Mithaftung, welche Mithaftung jedoch an gewisse zweifelhafte Klauseln geknüpft war. Es hat sich nun gezeigt, daß dieser Mithaftende als sicherer angesehen werden muß als der Hauptschuldner; man wollte die Forderung — allerdings mit einem gewissen Abschlag — von dem Haftenden rasch hereinbringen.

Das ist auch geschehen. Vorgänge dieser Art sind bei Liquidierungen absolut geboten. Das Kreditinstitut für öffentliche Arbeiten, das die Liquidierung führt, hat auch in diesem Punkte mit großer Sorgfalt den besten Modus, der geschäftlich möglich war, eingeschlagen. Wir können den Herren, die mit der Liquidierung betraut sind, dankbar sein, wenn sie ihre Arbeit mit gleichem Eifer fortsetzen. Es ist unzulässig, von einem Geschenk zu reden, wenn geschäftlich der möglichst günstige Erfolg nicht nur erstrebt, sondern auch gesichert worden ist. Daß man in manchen Fällen vorsichtiger und richtiger vorgeht, wenn man eine Ziffer mit einem gewissen Abschlag sichert, statt sich auf fernliegende Möglichkeiten zu verlassen, sollte jeder, der im geschäftlichen Leben steht, begreifen.

Herr Dr. Danneberg hat weiter zur Sprache gebracht, daß die Nationalbank in einzelnen Fällen in Schwierigkeiten privater Firmen interveniert habe. Er hat das nicht nur zum Gegenstande der Kritik gemacht, sondern er hat aus dem Umstande, daß der Bund an dem Gewinn der Nationalbank beteiligt ist, die Konsequenz ziehen wollen, daß die Nationalbank für ihre Gebarung der parlamentarischen Kontrolle unterliege. (Dr. Danneberg: Nein!) Sie haben den Ausdruck „parlamentarische Kontrolle“, wenn ich mich nicht irre, gebraucht. Nun halte ich das für einen absoluten Irrtum. Das gibt es auf der ganzen Welt nicht. (Dr. Danneberg: Das habe ich auch gar nicht gesagt!) Dann werden wir uns viel leichter verständigen. (Dr. Danneberg: Ich habe gesagt, daß es die Mittel des Bundes sind!) Nein, das sind eben Mittel der Nationalbank. Wenn wir uns verständigen können, so kann das nur auf der Basis geschehen, daß die Nationalbank für ihre Gebarung denjenigen Faktoren verantwortlich ist, welche das Statut dazu bestimmt. Ich werde mich in diese Gebarung nicht einmengen, im Gegenteil, ich werde es von mir weisen, daß man von mir eine Einflussnahme verlangt. (Dr. Danneberg: Aber der Staatskommissär!) Der

Staatskommissär hat sich damit nicht zu beschäftigen; ich würde es für vollkommen verfehlt halten, ich würde es für eine Karikatur einer Notenbank halten, wenn man sie einerseits vom Staate unabhängig stellt, wenn man andererseits die Regierung oder das Parlament zum Kontrollor ihrer Gebarung macht. Ich bin überzeugt, daß die Nationalbank in diesen wie in allen Fällen dank ihrer ausgezeichneten Leitung das geschäftlich und wirtschaftlich Richtige getroffen hat. Es ist nicht meine Absicht über diese Geschäfte hier Auskunft zu geben oder wegen dieser Geschäfte hier Rechenschaft abzulegen.

Herr Dr. Danneberg hat sich dann mit der Tabakregie beschäftigt, gewiß mit um so größerem Recht, als die Tabakregie, nach der Stellung, die ihre Aufgaben in unserem Budget einnehmen, eine besondere Beachtung verdient. Weniger kann ich die Art billigen, in der Herr Dr. Danneberg über die Leitung der Tabakregie gesprochen hat. Nicht als ob ich mich gegen Kritik an sich wenden würde, dazu ist ja das Parlament da. Aber das, was Dr. Danneberg ausgesprochen hat, hat nach einer Verdächtigung geklungen. (Lebhafte Zustimmung. — Zwischenrufe Dr. Danneberg.) Gerade angesichts der Wichtigkeit dieses Monopols und der hohen Verantwortung, welche die Personen tragen, die die Tabakregie verwalten, kann ich verlangen, daß auch die Opposition, wenn sie die Regieverwaltung behandelt, so spricht, daß es nicht klingt wie eine Verdächtigung. (Lebhafte Zustimmung. — Dr. Danneberg: Der Rechnungshof!) Nein, der Rechnungshof hat gar keine Verdächtigung ausgesprochen. (Dr. Danneberg: Ich auch nicht!) Wenn es keine war, so nehme ich es zur Kenntnis. Es ist mir nur erwünscht, daß Sie das selber konstatieren; ich hätte nur gewünscht, daß es von Anfang an so geklungen hätte. (Zwischenrufe.) Wenn es keine Verdächtigung sein sollte, so nehme ich das zur Kenntnis. Wenn der Rechnungshof, allerdings bezugnehmend auf frühere Prüfungen, die er vorgenommen hat, auf organisatorische Änderungen hingewiesen hat, die in Erwägung zu ziehen wären, so hat er im Rahmen seiner Befugnis gehandelt; gewiß, es ist möglich, daß wir auch in diesem Zweig zu einer Umorganisation kommen. Besonders dringlich ist es bisher deswegen nicht erschienen, weil nach meiner Überzeugung die Gebarung dort einwandfrei ist. Es ist sehr wichtig, das festzuhalten, denn es ist ein großer Unterschied: wenn Mißstände in einem Verwaltungszweig auftreten, wird man rasch zugreifen und die Umorganisation beschleunigen müssen; wenn das nicht der Fall ist, wird man es sich mit Bedacht überlegen, welche Form die günstigste ist. Daß die Tabakregie kontrolllos gebare, kann der Herr Vorredner nicht meinen, da er sich ja selbst auf das Elaborat des Rechnungshofes stützt. Die Gebarung der Tabakregie wird ordnungsgemäß vom Rechnungshof geprüft.

Ich würde mich freuen, wenn alle öffentlichen Verwaltungen von einer so unabhängigen Stelle geprüft würden, wie es der Rechnungshof ist.

Wenn Herr Dr. Danneberg davon gesprochen hat, daß es unerwünscht ist, wenn pensionierte Beamte der Tabakregie in private Firmen eintreten, die dann mit der Tabakregie in Berührung kommen können, so gebe ich ihm darin recht. Das ist unerwünscht. Verhindern kann man es nicht. Man muß aber dringend hoffen, daß sich solche Fälle nicht wieder, holen. Wenn Beamte der Tabakregie in der Einkaufsgesellschaft, die gegründet worden ist, beschäftigt sein werden, so hat das mit dem, was Herr Dr. Danneberg da berührt hat, gar nichts zu tun. *(Dr. Danneberg: Das ist etwas anderes!)* Ich habe Sie also richtig verstanden. Denn das ist ja eine Gesellschaft, an der der Staat selber maßgebend beteiligt ist. Daß die Tabakregie und auch ich als Finanzminister auf Beziehungen, die etwa zwischen aktiven Beamten der Tabakregie und Ruheständlern spielen könnten, die sich im Tabakhandel geschäftlich betätigen, die größte Aufmerksamkeit zuwenden, das möge dem hohen Hause daraus erhellen, daß in dem einen Falle, in dem diesbezüglich etwas Unzulässiges bekanntgeworden ist, sofort die gerichtliche Anzeige erstattet worden ist. Das hätte man nicht getan, wie Sie mir zugeben werden, wenn man geglaubt hätte, daß etwas zu verdecken sei. Es wurde prompt die Anzeige an die Polizei und an das Gericht erstattet. Gegen meine Annahme hat das Gericht die betreffende Angestellte freigesprochen. Ich will keine Kritik an dem Urteil üben, es ist aber gegen unsere Erwartung ausgefallen. Von uns aus wurde dieser Fall auf das allerstrengste beurteilt.

Herr Dr. Danneberg hat von der Einkaufsgesellschaft Austria gesprochen, von der ich hier im hohen Hause Mitteilung gemacht habe, von der die Öffentlichkeit schon früher unterrichtet wurde. Es spricht sehr viel dafür, den Einkauf des Levantiner Tabaks unmittelbar vorzunehmen. Es ist aber nicht möglich, daß die österreichische Tabakregie als ein staatlicher Verwaltungszweig im Auslande tätig sei. Daher bleibt, wenn der Gedanke des direkten Einkaufs durchgeführt werden soll, nichts anderes als eine Form übrig, wie wir sie geschaffen haben. Ich würde bitten, die Ergebnisse dieser Organisation mit aller Unvoreingenommenheit abzuwarten. Ich sehe nicht ein, warum ein Tabakhändler, der zu dieser Gesellschaft herangezogen wurde und mittätig ist, Gegenstand des Argwohnes werden soll. *(Widerspruch Dr. Danneberg.)* Der Ton und der ganze Zusammenhang haben auch so geklungen, und ich weiß nicht, ob das im Interesse unseres Staates ist, wenn in der Weise gesprochen wird, wo man gar keinen Vorwurf zu erheben hat. Unrichtig ist es, daß der betreffende Herr, Herr Bsolnay, als Exponent einer

Bank hingestellt wird. Ob er mit irgendwelchen Banken in Berührung steht, habe ich nicht untersucht; das geht mich auch nichts an; uns kam es darauf an, einen geschäftstüchtigen, erfahrenen Mann zu haben, der uns beim Tabakeinkauf für diese Sorten behilflich ist.

Das, hohes Haus, waren die Bemerkungen, die ich gleich heute in Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn Vorredners machen wollte, ich behalte mir vor, auf Einzelheiten, die er sonst berührt hat, im Ausschuß zurückzukommen. Abschließend möchte ich nochmals bemerken, daß die Ziffern des Voranschlages nicht Hausnummern und nicht Täuschungen sind, sondern das Ergebnis von ernststen Erwägungen. Wir müssen unsere Ausgaben nach der Höhe unserer Einnahmen richten, unsere Einnahmen müssen wir mit Vorsicht abschätzen. Wir können Entwicklungen nicht vorwegnehmen, die wir noch nicht verfolgen können. Wer zum Beispiel könnte heute ein endgültiges Urteil darüber haben, wie sich nicht nur der autonome Zolltarif, sondern diejenigen Zollabmachungen, die dann auf ihn gestützt werden, in der Wirtschaft auswirken werden? Da sind so viele Unbekannte, daß wir unmöglich schon von einer positiven Wirkung sprechen können. Wir können auch nicht beurteilen, inwieweit Zollerhöhungen, soweit sie in Kraft treten werden, ihrem Schutzzwecke dienen und das Einströmen fremder Waren verringern werden und inwieweit das nicht der Fall sein und es zu einer Erhöhung der Zolleinnahmen kommen wird. Die Ziffer von 215 Millionen Schilling, die als Zolleinnahme für das Jahr 1928 eingesetzt ist, beruht auf einer ernststen Berechnung. Ich habe in meiner früheren Rede davon gesprochen, daß irgendeine Antizipation von Ergebnissen der Zolltarifnovelle, die ja auch heute noch nicht formell Gesetz geworden ist, darin nicht enthalten ist, ich muß sagen, daß ich zweifle, ob man an dieser Ziffer auch dann etwas wird ändern können, wenn der Zolltarif in Kraft gesetzt sein wird. Mit all dem wird man Geduld haben müssen; das gilt schon gar, wenn Herr Dr. Danneberg aus dem Zolltarif eine Verteuerung und aus der Verteuerung eine Erhöhung des Ergebnisses der Warenumsatzsteuer erwartet. Er vergißt, daß auf die Höhe der Preise auch ganz andere Faktoren weltwirtschaftlich und daher auch bei uns Einfluß haben als dieser eine Faktor des Zolltarifs. Wir können in dieser Beziehung nicht prophezeien, und wir dürfen die Zukunft nicht vorwegnehmen. Ich bitte das hohe Haus, daher überzeugt zu sein, daß nicht eine Täuschung, sondern eine gewissenhaft aufgestellte Rechnung vorliegt, und in diesem Sinne in die Beratung des Voranschlages einzugehen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Dr. Sempel: Hohes Haus! Ich möchte nur mit wenigen Worten auf den soeben vorgekommenen Zwischenfall im hohen Hause zurückkommen. Ich hatte

Gelegenheit, während der ganzen Rede des Herrn Abg. Dr. Danneberg im Hause zu sein, und konnte natürlich feststellen, daß dieser Zwischenfall in dem Augenblick von seiten der Opposition provoziert werden mußte, als der übliche Theaterdonner, der nun scheinbar zum ständigen Requisit der Herren von der Opposition gehört, heute in eigener Regie geführt werden mußte. Ich konnte dabei insbesondere eine sehr interessante Feststellung machen. Während der Herr Abg. Dr. Danneberg — er hat ja unsere Regierung, die Bundesverwaltung, des öfteren ein System der Korruption genannt und es sind von den Bänken der Opposition Ausdrücke, wie Diebstähle, Gaunerei, ja duzendweise gefallen —, während also Herr Dr. Danneberg in dem oder jenem Punkte eine Anklage gegen den Finanzminister erhob, da konnte man nach den leidenschaftlichen Zwischenrufen der verehrten Frauen und Herren der Opposition wohl meinen, daß man mit förmlicher Spannung, mit einem ungeheuren Interesse der Antwort dieses so schwer angegriffenen Finanzministers entgegensehe. Und siehe da, kaum stand der Mann auf, kaum war er bereit, nun über wirklich schwerwiegende Punkte den Herren der Opposition eine Antwort zu erteilen, da war auf einmal das Interesse nicht mehr da und die Herren der Opposition hatten fast zur Gänze die Saal verlassen; sogar der Herr Dr. Danneberg hat es sich lange Zeit überlegt, ob er überhaupt den Ausführungen des Herrn Finanzministers lauschen soll. Ich muß schon sagen, hohes Haus, es wäre höchst an der Zeit, daß wir endlich von dieser Stelle die Demagogie verbannen. *(Lebhafte Zustimmung.)* Denn es ist nichts anderes als Demagogie, was Sie da treiben. *(Lebhafte Zustimmung.)* — Dr. Danneberg: Ein Parlament ohne Mehrheit kann doch keine Sitzungen halten! Herr Dr. Danneberg, ich bin ganz Ihrer Meinung, wenn Sie glauben, daß sich das hohe Haus überhaupt einmal mit der Art der Durchführung der Sitzungen des Parlaments beschäftigen sollte. Gerade aus meinen Parteikreisen heraus ist wiederholt die Anregung gekommen, daß man vielleicht zu der seinerzeitigen Form der Sesssionssitzungen zurückkehren sollte. Vielleicht ist da heute manches nicht in Ordnung. Aber mit derartigen demagogischen Anträgen die Sitzung zu unterbrechen — während sich ein Teil der Mitglieder des Hauses beim Mittagessen befindet —, damit, meine Herren, werden Sie bei der Bevölkerung Österreichs bestimmt keine Begeisterung erwecken. *(Sever: Die Minorität hat nicht für die Beschlußfähigkeit zu sorgen! — Zwischenrufe.)*

Die 1. Lesung des Staatsvoranschlages gibt uns Gelegenheit, einen kurzen Rückblick auf die abgelaufenen fünf Jahre Sanierungsarbeit der derzeitigen Regierung zu werfen. Da müssen Sie mir schon gestatten, daß ich und meine Partei einen etwas anderen Eindruck aus dem vorliegenden Budget

gewinnen als Sie. Ich kann heute vor allem feststellen, daß wir Großdeutsche im Jahre 1922 recht hatten, als wir damals in die Regierung Seipel eintraten.

Gerade die Zeit, die zwischen dem Jahre 1922 und dem heutigen Tage liegt, liefert uns den Beweis, daß wir aus der Wirtschaftskatastrophe, aus den geradezu entsetzlichen politischen Verhältnissen der ersten Umsturzjahre heraus langsam die Konsolidierung des österreichischen Staates mit durchzusetzen geholfen haben. Erinnern Sie sich nur, meine Herren von der Opposition! Sie haben die großdeutsche Partei in diesem Hause des öfteren mit Hohn und Spott beladen und Sie haben sich in den letzten Jahren nicht gescheut, zur selben Zeit, in der Sie uns als einen unbedeutenden Faktor im parlamentarischen Leben hinzustellen liebten, draußen in der schärfsten Weise gegen diese großdeutsche Partei Stellung zu nehmen, weil Sie ganz genau gemußt haben, daß Sie nach dem alten Grundsatz: „Divide et impera!“ zuerst die kleinen Parteien dieses Staates beseitigen müssen, um dann zu dem von Ihnen ja immer — allerdings nur bis zum letzten Parteitag — gepredigten Zweiparteiensystem in Österreich kommen zu können. Auf dem letzten Parteitag haben Sie ja auch in dieser Frage scheinbar umgelernt. Nun, wir Großdeutschen wissen, daß unser Eintritt in die Regierung für uns — ich rede heute ganz offen über diese Frage —, vom Parteistandpunkt betrachtet, sicherlich ein Schaden gewesen ist. Aber wir haben eben die Courage, das Staats- und Volkswohl über das Parteinteresse zu stellen. Wir haben im Jahre 1922 genau gewußt, daß wir, um nur einige Beispiele anzufügen, der Bevölkerung, die gerade in den Jahren der Inflation keine oder nahezu keine Steuern mehr zahlte, weil die eingezahlten Beträge durch die Inflation bereits entwertet waren, nach dem Eintritt in diese Regierung große Opfer und Lasten für den Staatsschatz zumuten mußten. Wir haben gewußt, daß der notwendig gewordene Beamtenabbau die Parteien der Regierung sicherlich nicht volkstümlicher machen würde, und Sie haben die ganzen Jahre seit dem Jahre 1922, ich muß schon sagen, in der unerhörtesten Weise Schindluder mit dieser Arbeit getrieben, die wir für den Staat, das Volk und das Vaterland geleistet haben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Wir sehen heute den Erfolg auf unserer Seite, wir sehen, daß es möglich war, dieses Staatswesen nicht für die Dauer — denn wir wissen das ganz genau —, aber für die kritischste Periode so weit zu sanieren, daß wir heute oder morgen, wenn wir den Zusammenschluß mit dem Mutterreiche durchführen sollten, nicht als ein nebensächlicher, sondern als ein vollgewichtiger Faktor, als ein Staat, der seine Pflichten bis zur letzten Grenze in wirtschaft-

licher, in politischer, in kultureller und sozialpolitischer Hinsicht erfüllt hat, dem großen Mutterreiche beitreten können.

Ich möchte mir heute nur ganz kurz gestatten — denn es wird bei der Spezialdebatte Gelegenheit sein, über alle die Kapitel des Budgets zu sprechen —, einige große Gebiete anzuschneiden, die uns parteilich besonders am Herzen liegen.

Der Herr Finanzminister hat unlängst von dieser Stelle aus über das Beamtenproblem gesprochen, und seine Worte haben nicht nur in Beamtenkreisen, sondern weit über diese Kreise hinaus eine gewisse Aktion ausgelöst. Ich sehe mich veranlaßt, namens meiner Parteifreunde zu dieser eminent wichtigen innenpolitischen Angelegenheit heute folgendes zu erklären: Es ist ganz selbstverständlich, daß wir dem Herrn Finanzminister nicht nur zubilligen, sondern es als seine Aufgabe und Pflicht betrachten, daß er im Rahmen des Budgets mit aller Zurückhaltung und Reserve spricht, wenn Auslagen von ihm auch in dieser wichtigen Frage verlangt werden. Wir wissen, daß der Finanzminister, wie er es ja gerade vor einigen Augenblicken wieder ausgeführt hat, auch heute noch trotz der Ausbalancierung unseres Budgets schwere Sorgen hat. Wir haben nun einmal Rechenschaft zu geben über die Gelder, die man uns leihweise, dem Staate, gegeben hat. Wir können natürlich nicht, so wie wir es gerne wollten, Beträge auswerfen, sondern wir haben nur das Recht und die Pflicht, das, was wir einnehmen, auch wieder zu verausgaben. Aber es ist natürlich etwas ganz anderes, wenn der Herr Finanzminister, von seinem ressortmäßigen Standpunkt aus betrachtet, die scharfe Eingrenzung von Haus aus zu machen bemüht ist, und etwas anderes, wenn die regierenden Parteien dieses Hauses sich mit den Forderungen unserer öffentlichen Angestellten zu beschäftigen haben. Da bin ich denn doch der Meinung, daß wir diese Forderungen unserer Beamtschaft mit aller Genauigkeit prüfen müssen (*Zustimmung*) und, wenn sich diese Forderungen als begründet erweisen, wir dann auch tatsächlich alles, was nur möglich ist, was wir irgendwie erübrigen können, zur Verfügung stellen müssen, um der ohne Zweifel bestehenden gewaltigen Not unserer öffentlichen Angestellten abzuhelpen. (*Zustimmung.*) Ich möchte mir heute erlauben, über die Not dieser Angestellten nicht Worte zu sagen, die vielleicht aus Parteikreisen unseres Staates, von den direkten Berufsinteressenten, herrühren, sondern ich möchte mir gestatten, einige Zeilen zu verlesen, die in der Einbegleitung des reichsdeutschen Besoldungsentwurfs stehen und von denen ich vorausschicken möchte, daß sie Wort für Wort auf die österreichischen Verhältnisse passen. In dieser Regierungserklärung wird unter anderem folgendes gesagt (*liest*): „Heute sind die Bezüge in allen Beamtengruppen so knapp geworden, daß sie nur bei allerbescheidenster

Lebensführung ein Auskommen gestatten, aber ohne jede Möglichkeit ausreichende Rücklagen für außerordentliche und unvorhergesehene Bedürfnisse zu machen und unter weitgehendem Verzicht auf die Befriedigung jedweder kultureller Bedürfnisse. Werden besondere Ausgaben irgendwelcher Art nötig, sei es bei der Geburt eines Kindes, bei Krankheiten oder Todesfall, sei es auch nur infolge dringender Erneuerung von Gebrauchsgegenständen, die in den langen Kriege- und Nachkriegsjahren unbrauchbar geworden sind, so steht dem der Beamte hilflos gegenüber und muß Gehaltsvorschüsse, Notstandsbeihilfen und Unterstützungen in Anspruch nehmen, da er infolge der Inflation nicht mehr auf Sparbeträge oder gar auf eigenes Vermögen zurückgreifen kann.“

Und nun sagt der Entwurf etwas, was besonders interessant ist (*liest*):

„Dieser Zustand birgt große Gefahren für den Staat in sich. Die Republik braucht Beamte, die sich in vorbildlicher Pflichttreue mit ihrer ganzen Kraft in den Dienst ihres Amtes stellen und mit ihrer ganzen Persönlichkeit für den Staat einsetzen. Solche Beamte kann und wird der Staat aber nur haben, wenn er ihnen auch eine gewisse Sicherheit ihrer Lebensführung bietet, die in erster Linie auf einer zureichenden Bezahlung beruhen muß.“

Diese Worte im deutschen Besoldungsgesetzentwurf stimmen Wort für Wort vollinhaltlich auf unsere österreichischen Verhältnisse. Ich möchte mir erlauben, heute noch ein Wort zu unserer Beamtenbewegung zu sprechen. Es soll sich niemand einbilden, daß man diesmal irgendwie unsere Wirtschaft, daß man Handel, Gewerbe oder Industrie gegen die Forderungen der Beamtenschaft ausspielen kann, denn ich möchte von dieser Stelle heute schon sagen, daß nicht nur unsere Industrie, sondern auch die Handels- und Gewerbekreise den Forderungen der Beamtenschaft mit vollem Verständnis gegenüberstehen. Handel und Gewerbe schon aus dem Grunde, weil man schon längst einsehen gelernt hat, daß die künstliche Niederhaltung der Lebensführung der Beamtenschaft, die ja ein großes Heer für den Konsum darstellt, letzten Endes zur Absatzstockung führt, die Absatzstockung wieder zur Einschränkung der Produktion, die Einschränkung der Produktion zur Arbeitslosenfrage und zur Arbeitslosenunterstützung. Wir wissen ganz genau, daß gerade im vorigen Jahr das erste mal wiederum in Österreich nach langen Jahren ein goldener Sonntag praktische Ergebnisse aufweisen konnte, weil die Regierung dieses Staates kurze Zeit vorher den öffentlichen Angestellten bedeutende Beträge in der Gehaltsfrage zur Verfügung stellen konnte. Man weiß heute ganz genau, daß gerade in Österreich, das ja seine bekannten Exportschwierigkeiten aufweist, die Belebung und Hebung des inneren Marktes eine Kardinalforderung

für die Wirtschaft bedeutet. Wenn wir den Beamten in der möglichsten Form entgegenkommen, so erfüllen wir auch eine Kardinalbedingung für die Hebung des inneren Marktes, und ich möchte daher namens meiner Partei erklären, daß wir den Forderungen der Beamtenschaft mit größtem Verständnis gegenüberstehen und uns in der Koalition sicherlich bemühen werden, alles zu tun; ich glaube, auch der Herr Finanzminister wird sich letzten Endes nicht der schweren Not verschließen können, die heute in den Angestelltenkreisen besteht. Auch er wird sicherlich alles dazutun, um nach Möglichkeit die Not der Angestellten zu lindern, um endlich wieder Ruhe und Zufriedenheit in die Angestelltenkreise einführen zu lassen.

Wenn ich mich nun ganz kurz einem weiteren Kapitel zuwende, so ist es eines, das infolge der geplanten neuen Aktion, von der der Herr Finanzminister heute abermals gesprochen hat, sehr aktuell geworden ist. Wir haben gehört, daß Österreich in nächster Zeit einen ziemlich hohen Betrag, und zwar 725 Millionen Schilling, aus einer Anleiheaktion für den Staatsschatz erhalten wird. Dieser Betrag soll in erster Linie der Landwirtschaft zugute kommen, es soll die Elektrifizierung der Bahnen fortgeführt werden, und wir wissen noch nicht — es bestehen darüber Zweifel —, ob auch der Ausbau der österreichischen Straßen mit unter dieses Kapitel der Investitionstätigkeit fallen wird; wir hoffen es. Aber ein Stand ist bei dieser großen Aktion scheinbar bisher noch nicht aufgeschienen, und das sind unsere Kleingewerbetreibenden. Hohes Haus, die Kreditnot des Gewerbes in Österreich ist seit Jahr und Tag leider eine fast sprichwörtliche geworden. Wir wissen ganz genau, daß aus dieser Investitionstätigkeit gewisse Gewerbe und gewisse Industrien von Haus aus Nutzen ziehen werden; ich verweise nur auf die Elektrizitätsindustrie, auf das Baugewerbe. Aber das übrige Gewerbe steht heute nach wie vor vor der hangen Frage, was es machen soll, um überhaupt eine Investition in den Betrieben durchzuführen. Heute steht das Gewerbe in der Frage des Exportes nach dem Ausland vor einem unlösbaren Rätsel. Es besitzt nicht das Kapital, um Maschinen einzustellen, um die Betriebe zu reorganisieren, ja es kann dem Auslande gar keine Zahlungszugeständnisse machen; und welche große Summen der österreichischen Volkswirtschaft auf diesem Gebiete verlorengehen, kann man am besten ermessen, wenn man sich vor Augen hält, daß das österreichische Gewerbe heute ebensoviel Arbeiter beschäftigt wie die österreichische Industrie. Ich glaube, Regierung und Parteien dieses Hauses müßten bei der Begebung der Anleihe doch in dieser oder jener Form versuchen, aus diesen Anleihebeträgen irgendwie die Kreditnot des Kleingewerbes in Österreich zu befriedigen. Man hat ja in der letzten Zeit durch die öster-

reichische Girozentrale, was ich sehr begrüße, in erster Linie für die Landwirtschaft die notwendige Zusammenfassung der Kreditbeziehungen geschaffen. Aber neben der Landwirtschaft, der ich sicherlich alles gönne, ist ein ebenso wichtiger Wirtschaftsfaktor in Österreich das Gewerbe. Sosehr ich damit einverstanden bin, daß wir im Budget für Zwecke der Landwirtschaft 11 Millionen Schilling eingestellt finden, sowenig kann ich es natürlich begreifen, wenn gleich daneben für das Gewerbe nur ein Betrag von sage und schreibe 400.000 S zur Verfügung steht. Auch darüber werden wir uns gewiß in der Spezialdebatte noch unterhalten müssen.

Nunmehr komme ich ganz kurz auf ein sehr wichtiges Kapitel, das ich bei der ersten Lesung des Staatsvoranschlages ansprechen zu müssen glaube, und das ist unsere Außenpolitik. Die österreichische Republik kann eigentlich schon infolge ihrer Kleinheit Außenpolitik im wahren Sinne des Wortes gar nicht treiben. Wir sind leider nicht mehr Subjekt, wir sind nur Objekt einer solchen Politik. Aber gerade weil wir Objekt geworden sind, ziemt es sich, von dieser Stelle aus über Dinge zu reden, die ja seit langem nicht nur unsere Bevölkerung in Österreich, sondern auch unsere Brüder drüben im Reiche sehr lebhaft in Anspruch nehmen. Daß der Anschlußwille des ganzen österreichischen Volkes in den letzten Jahren mit elementarer Gewalt zum Durchbruch gekommen ist, darüber heute hier zu reden, wäre überflüssig. Wir begrüßen es nur, daß in den letzten Jahren und ganz besonders im verflossenen Jahre auch die Wirtschaftskreise dieses Staates, die ja bekanntlich in der ersten Zeit der Anschlußbewegung eine gewisse Skepsis den Ereignissen entgegenstellten, nunmehr voll und ganz auf dem Boden der Anschlußbewegung Österreichs stehen. Ich verweise da auf die Arbeit der deutschösterreichischen Arbeitsgemeinschaft, die geradezu vorbildliche Arbeit leistet, die uns und dem ganzen Auslande nachweist, daß nicht nur nationale und kulturelle, sondern in erster Linie auch wirtschaftliche Momente für die Notwendigkeit einer solchen Anschlußbewegung sprechen. Gewiß, wenn wir uns vor Augen halten, daß heute in Österreich die Landwirtschaft durch die Verbesserung der Milchwirtschaft und der Viehzucht ganz gewaltige Erfolge aufzuweisen hat, wenn wir uns vor Augen halten, daß die Industrie das Menschenmöglichste leistet, um unausgeseht zu produzieren, können wir doch nicht umhin, zu sagen, daß eine dauernde Sanierung dieses Staates unmöglich ist. Wir Großdeutsche haben das in den ersten Jahren nach dem Umsturz immer und immer wieder erklärt, und wir stehen auch heute noch auf diesem Standpunkt. Wir sehen das schon aus den Zahlen unserer Handelsbilanz. Wir sind nach wie vor trotz aller dieser Bestrebungen unserer Wirtschaftskreise mit einer

Milliarde und weit darüber hinaus passiv. Die Ausfuhrzahlen sind bei allen Staaten in Rückschlag begriffen, nur bei einem einzigen Staate nicht, und das ist Deutschland. Hier hat sich die Zahl des Passivums von 174 Millionen Schilling auf 84 Millionen Schilling im ersten Halbjahr 1927 herabgemindert, das heißt, die Ausfuhrpolitik Österreichs gegenüber dem Deutschen Reiche ist um 50 Prozent besser geworden, und das sagt uns, daß gerade Deutschland das einzige Reich, der einzige Staat ist, dem wir unsere Ausfuhrprodukte geben können, der aufnahmefähig für unsere Erzeugnisse ist. Und daraus erhellt schon, daß wir unsere handelspolitische Freiheit, die wir ja Gott sei Dank seit dem Jahre 1925 wieder besitzen, künftighin doch im Sinne einer Selbstbestimmung, im Sinne einer Selbsthilfe werden ausüben müssen und daß wir künftighin auch nach den Grundsätzen der Selbstbestimmung die Politik gegenüber den anderen Staaten zu führen haben werden. Wir haben uns jetzt neun Jahre lang einem eisernen Zwang beugen müssen. Die großdeutsche Lebens- und Kulturgemeinschaft hat natürlich schon vor dieser Zeit bestanden, und es ist gewiß unsere Pflicht, daß wir diejenigen deutschen Stammesgenossen, die heute unter einem fremden Volke leben müssen, einer solchen Lebens- und Kulturgemeinschaft teilhaftig machen.

Und da möchte ich mir erlauben, eines zu sagen. Wenn heute nach wie vor die Deutschen Südtirols unterdrückt werden, wenn wir erst in der letzten Zeit wieder gehört haben, daß die Deutschen Südtirols nicht einmal mehr im allerintimsten Kreise ihre deutsche Muttersprache gebrauchen dürfen, so ist das etwas, was das ganze deutsche Volk in seiner Gesamtheit zum lebhaftesten Protest aufrufen muß. 80 Millionen Deutsche werden diese deutschen Stammesgenossen in Südtirol niemals vergessen. Das möge sich Herr Mussolini gesagt sein lassen und alle anderen, die glauben, die deutschen Stammesbrüder in den verschiedenen Ländern zu verfolgen und zu unterdrücken.

Und ein Wort möchte ich von dieser Stelle aus auch an die Adresse Ungarns richten. Ungarn hat bekanntlich in der letzten Zeit nicht nur durch private Kreise, sondern auch mehr oder weniger durch offizielle Kreise Bestrebungen geltend gemacht, um das Burgenland wieder zu gewinnen. Ungarn möge sich gesagt sein lassen, daß es eigentlich in der Welt nur einen Freund hat, das ist das deutsche Volk. Das deutsche Volk wird aber dieses Burgenland für alle Zukunft als ein noli me tangere betrachten. Es geht natürlich nicht an, wenn heute Ungarn eine Revision seines Staatsvertrages verlangt, was wir selbstverständlich begreifen, daß man auf der einen Seite das Selbstbestimmungsrecht fordert und auf der anderen Seite von der Rückgabe des Burgenlandes faselt. Das sind Dinge, die

natürlich nicht in Übereinstimmung gebracht werden können. Wird die Loyalität der ungarischen Staatslenker uns und dem Burgenland gegenüber in Erscheinung treten, so bin ich der Meinung, daß künftighin zwischen den beiden Völkern Reibungsflächen in nur geringer oder gar keiner Weise aufscheinen können.

Wir haben ganz vor kurzem Gelegenheit gehabt, den Reichsjustizminister hier in diesem Hause zu sehen und zu begrüßen. Wir werden in der aller nächsten Zeit den Reichskanzler des Deutschen Reiches und den deutschen Außenminister in Österreich begrüßen dürfen. Heute eilen schon diesen Männern unsere Grüße voraus, weil wir in diesen beiden Männern nicht Exponenten ihrer Parteien sehen, sondern weil sie zu uns kommen als die verantwortlichen Minister des großen Reiches, mit dem uns zusammenzuschließen, unser ehrlichstes und heißestes Bestreben ist.

Und darum bin ich, wenn ich zum Schluß kommen soll, der Meinung, daß, so wie der große Römer bei jeder Gelegenheit sein „Ceterum censeo“ ausgesprochen hat, wir in sozialpolitischer, in kultureller, in wirtschaftlicher und staatspolitischer Hinsicht erst dann eine Lösung und Erlösung finden können, wenn wir endlich dieses kleine Reich, diese alte Ostmark, heimführen können in das große deutsche Mutterland. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Eldersch den Vorsitz übernommen.)*

Dr. Odehnal: Hohes Haus! Wir können mit Stolz darauf zurückblicken, daß wir nicht nur im heurigen Jahre, sondern auch seit dem Jahre 1923 nicht nur Voranschläge vorgelegt haben, die immer einen Überschuß in der Gebarung ausgewiesen haben, sondern daß auch die Rechnungsabschlüsse, soweit sie bisher veröffentlicht werden konnten, die Tatsache ergeben, daß dies reale Überschüsse sind und daß wir daher unter einem geordneten Budget leben. Diese Tatsache allein müßte das ganze hohe Haus schon dazu bringen, daß man nicht immer wieder dem Bundesminister für Finanzen mit Kleinlichkeiten und mit Erinnerungen aus Zeiten kommt, die Gott sei Dank längst verflossen sind. *(Schiegl: Die 125 Millionen Schilling sind doch keine Kleinigkeit!)* Über die 125 Millionen Schilling mußte man sich in jenem Momente klar sein, wo wir das Gesetz über die Postsparkasse gemacht haben. *(Schiegl: Uns wurde gesagt, 110 Millionen sind es!)* Es ist unrichtig, wenn wir heute Rekrutationen erheben, zunächst einmal über eine Zeit, in der der Untersuchungsausschuß über die Centralbank beraten hat. Darüber ist in der Öffentlichkeit so viel geschrieben und gesprochen worden, auch von dieser Stelle aus haben alle Parteien Gelegenheit gehabt, dazu Stellung zu nehmen, daß ich es für höchst merkwürdig finde, wenn man jetzt

rückgreifend auf die Tatsache, daß diese Ziffer im Rechnungsabschluß steht . . . (Schiegl: Aber im Budget steht doch die Ziffer, da muß man doch darüber reden!) Dieser Betrag von 55,5 Millionen steht natürlich nicht im Budget drinnen, sondern im Rechnungsabschluß vom Jahre 1926 . . . dies zum Gegenstand nimmt, heute Refriminationen zu pflegen. Ich muß ausdrücklich darauf verweisen, daß wir damals einen Untersuchungsausschuß gehabt haben, der sich mit allen Dingen, die da aufgeschienen sind, auf das allerintensivste befaßt hat. (Schiegl: Herr Minister, erinnern Sie sich, daß wir jahrelang verlangt haben, bei der Postsparkasse Ordnung zu machen!) Gewiß, ich werde auch gleich auf die Postsparkasse zu sprechen kommen. (Schiegl: Man hat das immer verhindert!) Ich habe das natürlich niemals verhindert. (Schiegl: Nicht Sie, aber die Regierung und die Mehrheitsparteien!) Ich bin aber vorläufig, Herr Kollege Schiegl, beim Untersuchungsausschuß über die Centralbankangelegenheit, und da war es allen Herren, nicht nur denen, die im Untersuchungsausschuß gesessen sind, sondern selbstverständlich auch auch allen Mitgliedern des hohen Hauses möglich, nicht nur die Einzelheiten zu verfolgen, die da aufgedeckt wurden, sondern wir haben in einer großen, tagelang geführten Debatte hier darüber gesprochen, und das Ende davon war, daß wir das Centralbankgesetz gemacht haben. Man sollte glauben, daß nunmehr diese Angelegenheit abgeschlossen ist. Nein, wieder werden diese Dinge bei den Haaren herbeigezogen, und der Rechnungsabschluß für das Jahr 1926 muß die Grundlage dafür geben, daß man neuerlich über die ganze Centralbankangelegenheit hier sprechen kann.

Hohes Haus! Bei einem solchen Vorgehen werden wir ja natürlich niemals über die einfachsten Sachen hinauskommen. (Zustimmung.) Es ist höchst merkwürdig, wenn Sie, meine Herren von der Opposition, uns immer wieder den Vorwurf machen, man komme nicht zur Erledigung großer Fragen, wir behandeln immer kleine Dinge und weichen den großen Fragen aus. Sie haben doch, als das Centralbankgesetz hier im Hause beschlossen wurde, gewußt, wie die Sache beendet wird. (Schiegl: Aber das gestohlene Geld!) Das gestohlene Geld können Sie heute hier nicht mehr finden. Es müssen eben Maßnahmen getroffen werden, und diese Maßnahmen sind getroffen worden. (Schiegl: Die Steuerträger müssen es zahlen!)

Wenn Sie die Sache mit der Postsparkasse neu anscheiden wollen, so möchte ich folgendes sagen. Auch bei der Postsparkasse haben wir, ich glaube seit dem Jahre 1925 oder vielleicht gar seit 1924, immer — natürlich gemeinsam mit Ihren Herren — uns alle möglichen Dinge vorlegen lassen. (Schiegl: Die Vertreter der Regierung haben im Ausschuß

gelogen!) Wir haben das überprüft . . . (Schiegl: Man hat den Danneberg im Ausschuß angelogen! — Heftige Gegenrufe. — Schiegl: Das beweisen wir Ihnen! Sie haben gelogen! — Zahlreiche Gegenrufe. — Lärm.)

Präsident **Eldersich**: Der Herr Abg. Dr. Ddehnal hat das Wort. (Ruf: Das bezieht sich auf Herrn Schiegl?) Auf alle Herren!

Dr. **Ddehnal**: Hohes Haus! Alljährlich bei der Budgetdebatte war das der Fall, da sind wir im Ausschuß zusammengetreten und haben die Sache geprüft. Wir haben immer gedrängt, daß eine Reform der Postsparkasse durchgeführt werde. Diese Reform der Postsparkasse ist nun dadurch erfolgt, daß wir ein eigenes Postsparkassengesetz geschaffen haben und daß wir darin Ihren Wünschen nach Aufstellung eines Kuratoriums, nach Aufstellung eines Vorstandes Rechnung getragen haben. Damit haben wir geglaubt, die Angelegenheit abgeschlossen zu haben. Haben Sie damals geglaubt, daß das bei der Postsparkasse in Verlust geratene Geld vom Bunde nicht wird ersetzt werden müssen? Damit können Sie doch heute nicht kommen! Die Haftung des Bundes ist im Postsparkassengesetz vom Jahre 1882 begründet. Von dieser Haftung darf sich natürlich der Bund nicht loschälen, sondern er muß sie übernehmen. Es ist zu begrüßen . . . (Schiegl: Und was war bei der Centralbank? Da war es der Verbrecher Kollmann! — Lebhaftige Gegenrufe. — Dr. Wagner: Das ist unglaublich! Das ist ganz unerträglich! Das sind unerträgliche Beschimpfungen! — Schiegl: Das ist eine Tatsache! — Lärm.)

Präsident **Eldersich**: Ich rufe den Herrn Abg. Schiegl zur Ordnung! (Anhaltende Zwischenrufe.) Ich bitte um Ruhe! (Ruf: Der Schiegl ist nicht zur Ordnung gerufen worden? — Schiegl: Reden Sie nichts, wenn Sie nichts wissen! Machen Sie die Ohren auf! — Heiterkeit.)

Dr. **Ddehnal**: Es ist zu begrüßen, wenn der Herr Bundesminister für Finanzen nunmehr daran geht, einen Teil dieser Last, die auf dem Bunde liegt und von der er sich ja ohne weiteres losmachen kann, abzubürden und der Postsparkasse einen Betrag zur Verfügung zu stellen, damit sie in der Lage ist, wieder so zu gebaren, daß nicht, wie es leider im Budget vom Jahre 1928 eingesetzt werden mußte, sich die Notwendigkeit ergibt, einen Betrag für die Postsparkasse zuzuschießen. Ich meine, wir werden ja Gelegenheit haben, über dieses Thema noch genügend sprechen zu können.

Es haben sich der Herr Bundesminister für Finanzen und auch mein unmittelbarer Herr Vorredner eingehend mit der Frage der Beamten- und Angestelltenangelegenheiten beschäftigt. Nun, ich finde, daß das selbstverständlich ganz am Plage war, denn es ist die Beamtenfrage sicherlich eine der wichtigsten, aber auch eine der heikelsten Fragen, die

wir hier im Bunde zu behandeln haben. Ich möchte zunächst die Angelegenheit der Beamten in zwei Teile teilen. Es hat sich die Regierung mit der Beamtenschaft ins Einvernehmen gesetzt und hat zunächst darüber verhandelt, in welcher Weise und in welchem Ausmaße Pragmatizierungen und Systemisierungen vorgenommen werden sollen. Diese Verhandlungen sind durch Wochen geführt worden und haben zu einem abschließenden Ergebnis geführt. *(Janicki: Mit Null!)* Nun, da sind Sie sehr schlecht unterrichtet. Schauen Sie, fragen Sie Ihren verehrten Kollegen Janicki, der wird Ihnen sagen, daß 299 Stellen systemisiert worden sind. *(Janicki: Das habe ich ja selbst gesagt, den Zwischenruf habe ich ja selbst gemacht! — Heiterkeit.)* Sie haben Null gesagt? Nun, ich meine, wenn 299 gleich Null ist, dann haben Sie recht; wenn das nicht der Fall ist, habe ich recht. Ich meine, die Sache ist so: Die Verhandlungen sind geführt worden, und ich muß da darauf aufmerksam machen, daß die Organisationsvertreter, die berufenen Vertreter der Beamtenschaft im Fünfundzwanzigerausschuß mit Recht darauf hingewiesen haben, daß sich gerade die mittlere Beamtenschaft bei der ganzen Sache benachteiligt sieht. Allerdings muß man die ganze Angelegenheit etwas tiefer betrachten. Es unterliegt sicherlich keinem Zweifel, daß die mittlere Beamtenschaft gegenüber der höheren Beamtenschaft scheinbar etwas schlechter gestellt ist. Das ist allerdings darauf zurückzuführen, daß der Valorisierungsfaktor nicht in allen Dienstklassen der gleiche ist. Bei der dritten Dienstklasse ist der Valorisierungsfaktor am höchsten, sie ist also die höchstvalorierte Dienstklasse, und da diese dritte Dienstklasse zum größeren Teil in den höheren Dienst als in den mittleren Dienst hineinfällt, ist es natürlich, daß auch die Lebensverdienstsumme, beziehungsweise die ganze Valorisierungssumme bei den höheren Beamten eine größere ist als bei den mittleren. Wenn man aber zu einem Spannungsausgleich kommt — und ich glaube, mich erinnern zu können, daß die Regierung seinerzeit gerade diesem Spannungsausgleich ihr besonderes Augenmerk zugewendet hat —, wenn man also in dem Sinne zu einem Spannungsausgleich kommt, daß der Valorisierungsfaktor für alle Dienstklassen ziemlich der gleiche ist, dann wird natürlich auch eine Milderung in dieser ganzen Angelegenheit bezüglich der mittleren Beamten sicherlich Platz greifen. Wenn die Wünsche der Beamtenschaft im allgemeinen und die der mittleren Beamtenschaft im besonderen nicht in ausreichender Weise erfüllt worden sind, sondern die Zugeständnisse sich auf ein bestimmtes Ausmaß beschränkt haben, so darf man nicht außer acht lassen, daß die Systemisierung ein äußerst empfindliches Instrument ist, das man ja nicht mit rauher Hand anfassen kann und darf. Die unbedingt gebotenen und von der Beamtenschaft mit Recht geforderten

Rücksichten auf Gründe verschiedenster Art, dann die Notwendigkeit der Abstellung der einzelnen Angestellten- und Arbeiter- und deren Organisationen — das alles erfordert ein überaus großes Verständnis, das man dieser Sache entgegenbringen muß, wenn man sie zu einem gedeihlichen Ende führen will. Ich muß auch darauf aufmerksam machen, daß es im heurigen Jahre sicherlich auch teilweise Mangel an Zeit war, der es unmöglich gemacht hat, die Sache so vollständig auszubalancieren, wie es eben wünschenswert wäre und insbesondere der Beamtenschaft wünschenswert erschien. Aber das eine muß ich feststellen — und ich habe Gelegenheit gehabt, auch an diesen Verhandlungen wenigstens teilweise teilzunehmen, beziehungsweise über deren Ergebnisse Erfahrungen zu sammeln —, daß das, was von den Organisationsvertretern vorgebracht worden ist, auch in wohlwollender Weise berücksichtigt worden ist, und wenn es schon im heurigen Jahre vielleicht nicht möglich war, den Anregungen der Organisationsvertreter vollständig Rechnung zu tragen, so werden sie sicherlich die Möglichkeit bieten, daß im nächsten Jahre ein neuer Stellenplan nach entsprechenden neuen Gesichtspunkten — aber natürlich immer wieder nur nach ganz bestimmten Gesichtspunkten — wird aufgestellt werden können. Ich kann aber bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Verwaltung wiederholt die Absicht gehabt hat, zugunsten der einen oder anderen Beamtengruppe etwas zu tun, weil es ihr notwendig erschien, daß man dort eine Besserung Platz greifen läßt, und da bedauere ich, sagen zu müssen, daß gerade von den sozialdemokratischen Gewerkschaften in solchen Fällen sehr häufig sofort Beispielsfolgerungen angemeldet und auch gezogen worden sind. Es hat sich dann ergeben, daß sich die Verwaltung, um nicht durch diese Beispielsfolgerungen das ganze System zu sprengen, einfach nicht mehr dazu bereit erklärt hat, für eine Gruppe etwas zu tun, sondern die Verbesserungen zurückgezogen hat. Ich meine daher, daß es, wenn man weniger demagogisch in dieser Sache vorgegangen wäre, für die Beamtenschaft von größerem Vorteil gewesen wäre. *(Janicki: Wer ist denn demagogisch vorgegangen? Was waren die Beispielsfolgerungen?)* Sie haben sie bei jeder Gelegenheit vorgebracht. *(Janicki: Nennen Sie sie!)* Fragen Sie nur die Verwaltung! Ich weiß, was Sie von mir wünschen. Sie kommen ja dann zum Wort, Sie werden mir das also sagen können, und ich werde mich mit Ihnen dann auseinandersetzen. Es wäre sicher für die Beamtenschaft von Vorteil, wenn nicht immer von Ihnen der Verwaltung gegenüber Beispielsfolgerungen vorgebracht würden. Fragen Sie die Verwaltung, sie wird Ihnen sicher sagen, daß das richtig ist. *(Zwischenruf Zelenka.)* Wenn bei Ihnen alles unrichtig ist und nur Sie die einzig

richtigen Beurteiler der Sachlage sind, so ist das ja vielleicht auch ein Standpunkt, aber ich kann diesen Standpunkt halt nicht teilen. (*Zelenka: Das können Sie nicht sagen! Ich habe doch im vorigen Jahre im Fünfundzwanzigerauschuß mitgearbeitet!*) Sie haben natürlich mitgearbeitet, aber Sie können nicht sagen, daß Sie nicht bei jeder Gelegenheit Beispielsfolgerungen angemeldet und auch gezogen haben. . . . (*Zelenka: Das ist eine Unwahrheit!*) Das ist keine Unwahrheit! . . . und daß gerade dadurch eine Reihe von Begünstigungen einzelnen Beamtengruppen verlorengegangen sind. Und nun sind die Systemisierungen für das Jahr 1928 abgeschlossen, und ich stelle fest, daß 299 Stellen neu systemisiert wurden, also immerhin eine Zahl, die, wenn sie auch nicht vollkommen befriedigt, doch zeigt, daß die Regierung der Beamenschaft wohlwollend gegenübersteht. Wenn man jetzt in die zweite Etappe hineinkommt, wo es neuerlich zu Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Beamenschaft kommen soll und man wünscht, daß bei diesen Verhandlungen eine gute Stimmung vorhanden sei, dann darf man doch nicht in einer solchen Weise vorgehen, daß man den Bundesminister für Finanzen einfach mit allen möglichen Dingen in Verlegenheit zu bringen versucht. Ich habe die feste Überzeugung, daß die Regierung das, was in ihrer Macht steht, sicherlich für die Beamenschaft tun wird, und zwar nicht nur für die Aktiven, sondern auch für die Pensionisten. Wir sind uns klar darüber, daß die Beamenschaft unter einem ungeheuren Druck steht und daß die finanziellen Verhältnisse bei den Beamten unhaltbar geworden sind. Wir werden daher mit allem Eifer dafür eintreten, daß die Regierung soviel, als das Budget zu vertragen in der Lage ist, für die Beamenschaft, sowohl für die Aktiven wie für die Pensionisten, hergibt. (*Heiterkeit.*) Wenn Sie auch lachen, Kollege Zelenka, es ist uns wiederholt gelungen, sehr bedeutende Zuwendungen an die Beamenschaft zu machen. (*Zelenka: Reden Sie keinen solchen Unsinn daher!*) Ja gewiß, es ist uns wiederholt gelungen, und die letzten 12½ Prozent haben sicher auch dazugehört. (*Zelenka: Haben Sie dabei vielleicht mitgewirkt?*) Gewiß habe ich mitgewirkt, und ich bin stolz darauf (*lebhafter Beifall*), daß ich dabei mitgewirkt und bei der Regierung vorgeschprochen habe, um den Beamten zu helfen, und ich werde das auch in Zukunft tun. Davon kann mich gar keine Demagogie von Ihrer Seite zurückhalten. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Bisfor: Hohes Haus! Die gegenwärtige Budgetvorlage kann uns nicht befriedigen, und es wird uns kein Budget befriedigen können, solange die gegenwärtige Abgabenteilung herrscht. Die Abgabenteilung ist nach Ansicht meiner Partei, so wie sie derzeit besteht, auf die Dauer unerträglich. Sie bedeutet eine unglaubliche Bevorzugung der Stadt

Wien gegenüber den armen Ländern. Die Stadt Wien ruft in die Welt hinaus, daß sie eine glänzende Finanzgebarung, daß sie Reichtümer hat und daß dies dem Umstande zuzuschreiben ist, daß sie eben eine sorgfältige Finanzverwaltung hat. Sie vergißt aber dabei, zu bemerken, daß ein Großteil ihrer großen Einnahmen ihr durch die ungerechte Abgabenteilung zufließt und auf Kosten der armen Länder hereingebracht wird. (*Zustimmung.*)

Nehmen wir einmal die Körperschaftsteuer. Diese Steuer wird in der Weise aufgeteilt, daß sich die Quoten der einzelnen Länder nach dem Ort der Körperschaftsteuervorschreibung richten. Wien ist hier natürlich in einem kolossalen Vorteil. Die großen Handels- und Industrieunternehmen haben ihren Sitz in Wien, während die Produktionsstätten zum großen Teil draußen bei uns in den Ländern sind. Während dadurch, daß der Sitz des Unternehmens hier in Wien ist, der Stadt Wien beinahe gar keine Auslagen erwachsen, erwachsen den Ländern dadurch, daß die Produktionsstätten draußen sind, infolge der Aufrechterhaltung von Schulen, Straßen und sonstigen Fürsorgen ungeheure Auslagen. Anstatt daß die Länder eine bessere Beteiligung aus der allgemeinen Steuer bekommen, ist genau das Umgekehrte der Fall, indem Wien den Vorteil hat.

Wenn wir die Branntwein-, Bier- und Weinsteuer nehmen, so ist hier der Schlüssel noch unbegreiflicher. Die Länderanteile werden auf die einzelnen Länder zur Hälfte nach der Bevölkerungsanzahl aufgeteilt; die Aufteilung der anderen Hälfte erfolgt nach einem merkwürdigen und ganz willkürlichen Schlüssel, indem die Anzahl der Gemeindev Einwohner mit einem gewissen Multiplikationsschlüssel multipliziert wird.

Und nun hören Sie, was dies für merkwürdige Ziffern ergibt. Die Stadt Wien mit einer Einwohnerzahl von 1.866.000 hätte von der Bier-, Wein- und Branntweinsteuer 28½ Prozent zu bekommen, in Wirklichkeit bekommt sie 46⅓ Prozent. Steiermark hätte nach der Bevölkerungszahl (978.846) 14·976 Prozent zu bekommen, bekommt aber nur 12 Prozent. Während also Wien bedeutend mehr an Prozenten von der Steuer bekommt, als es seiner Bevölkerungszahl entspricht, bekommen sämtliche Länder prozentuell weniger als ihrer Bevölkerungszahl entspricht. Es ergeben sich daraus folgende Ziffern: Nach diesem Schlüssel entfallen auf 1.866.000 Wiener — ich möchte sie hier Vollbürger nennen — 46·36 Prozent und auf 4.670.000 Stiefbürger der Länder die restlichen 53 Prozent.

Ebenso geschieht nach einem rein willkürlichen Schlüssel die Aufteilung der Warenumsatzsteuer. Bei der Warenumsatzsteuer erhält Wien 46 Prozent der gesamten Steuer anstatt der ihm gebührenden 28 Prozent. Wien erhält also bei der Warenumsatzsteuer um 18 Prozent gegenüber den Ländern und

gegenüber seiner Bevölkerungszahl zuviel. Die Schädigung, die die Länder nur bei Brauntwein, Bier, Wein und der Warenumsatzsteuer erleiden, beträgt zugunsten von Wien rund 15 Millionen Schilling.

Es ist anzuerkennen, daß das Budget immerhin eine Verbesserung gegenüber dem früheren Budget bedeutet. Auch die Landwirtschaft hat in diesem Budget, was wir anerkennen wollen, eine größere Förderung erfahren. Andererseits müssen wir aber feststellen, daß die Förderung der Landwirtschaft und die hierfür ausgewiesenen Beträge noch immer gegenüber der Bedeutung unserer Landwirtschaft viel zu gering sind. Das Budget des Landwirtschaftsministeriums beträgt jetzt 41·7 Millionen gegenüber 34 Millionen im vorigen Jahre, aber die Förderung der Landwirtschaft ist nur um 2 Millionen höher eingesetzt, als dies im früheren Jahre der Fall war.

Wir müssen es bemängeln, daß die Mehreinnahmen des Staates beinahe ausschließlich dazu verwendet werden, daß höhere Ausgaben bewilligt werden, denn wir sind der Ansicht, daß die Mehreinnahmen endlich zu den notwendigen Steuerherabsetzungen führen müssen. *(Beifall.)* Die Landwirtschaft sowie Handel und Gewerbe leiden unter den furchtbaren Steuern derart, daß sie beinahe vor dem Untergange stehen, daß der Zusammenbruch der erwerbenden Schichten der Bevölkerung von Tag zu Tag zunimmt. Wir müssen daher verlangen, daß die Regierung endlich einmal darangeht, die Steuern herabzusetzen, statt dadurch, daß sie immer größere Steuern aus der Bevölkerung herausholt, die Bevölkerung jeden Tag weniger leistungsfähig zu machen. *(Sehr richtig!)*

Ich möchte mich mit einigen besonderen Posten befassen, die uns unerträglich erscheinen, und zwar will ich zunächst die Frage der Theater behandeln. Ich will vorweg zugeben, daß wir, wenn wir auch eine Landpartei sind und die Landbevölkerung von den Wiener Theatern verhältnismäßig wenig hat, dessenungeachtet nicht verkennen, daß das Theater eine notwendige Kulturstätte ist. Aber es geht nicht an, daß wir aus den Ländern die Bundestheater mit einem Betrage von 5·3 Millionen Schilling subventionieren sollen. Wofür? Wer hat den Vorteil des Theaters? Erstens die Wiener Bevölkerung, die größtenteils hineingeht; zweitens die Wiener Wirtschaft, weil die Wiener Theater, wie ich zugebe, auf einem so hohen Niveau stehen, daß sie einen Anlockungspunkt für den Fremdenverkehr der Stadt bilden; drittens aber die Gemeinde Wien, die aus diesen Theatern, welche wir aus den Ländern subventionieren, eine Luxussteuer zieht. *(Zustimmung.)* Also wir sollen aus den Ländern unsere Spargroschen schicken, damit die Gemeinde Wien von diesen Spargroschen der armen Landbevölkerung eine Luxussteuer einhebt! *(Zwischenrufe.)* Hohes Haus! Mit dieser Art

der Hereinbringung von Geldern aus den Ländern zum Nutzen der Stadt Wien muß endlich Schluß gemacht werden. *(Zustimmung.)* Wir können eine derartige Belastung nicht mehr ertragen und wollen sie auch nicht mehr ertragen.

Es ist eine Forderung des Landbundes, daß die Immobiliengebühren herabgesetzt werden. Diese Gebühren betragen als Einnahme des Bundes im ganzen 4 Millionen Schilling. Bisher wurde unserem Wunsche nicht Rechnung getragen. Wenn wir sehen, daß die Theater 5·3 Millionen Schilling Subvention bekommen, müßte es doch sehr einfach sein, durch Herabsetzung dieser Subvention so viel zu ersparen, daß man auf die Immobiliengebühren verzichten kann.

Auch bezüglich einer anderen Post würden wir wünschen, daß sie in Zukunft merklich herabgesetzt würde, das sind die Verzugszinsen bei Steuerrückständen. Ein Großteil der Bevölkerung ist heute nicht mehr in der Lage, seine Steuern fristgerecht zu bezahlen. Nun geht der Kaufmann, der Gewerbetreibende, der Landwirt zur Behörde und bittet um Aufschub; er bekommt ihn auch gegen Verzugszinsen von 10 Prozent. Damit ist aber dem, der um Aufschub bittet, nicht gedient, denn er ist nicht in der Lage, die 10 Prozent zu bezahlen. Wir werden also im Ausschusse trachten, daß diese Verzugszinsen, insbesondere in jenen Fällen, in denen ein Aufschub gewährt wird, gänzlich wegfallen. Mit dem Aufschub allein ist nicht gedient, wenn derjenige, der eben nicht zahlen kann, auf der anderen Seite einen um so größeren Betrag zu zahlen hat.

Noch eine Post erfordert Beachtung, nämlich die Post für Arbeitslosenunterstützung und Notstandsmaßnahmen. Der Nettoaufwand des Bundes ist hier im Verhältnis zum Gesamterfordernis gewiß gering, weil ja der Großteil der Arbeitslosenunterstützung vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer getragen wird. Aber man muß sagen, daß dies ja schließlich die Wirtschaft in gleicher Weise belastet, weil eben auch diese Beträge aus der Wirtschaft herausgezogen werden. Da muß ich nun in diesem Hause ein Kapitel berühren, das nach meiner Ansicht die Arbeitslosenunterstützung in diesem Staate bis heute direkt künstlich gezüchtet hat: daß man der Frage der Mietenregelung absolut nicht nähertreten will. Die Opposition, die für die Arbeitslosen so eintritt, will anscheinend nicht, daß für diese Arbeitslosen durch Hebung der privaten Bautätigkeit endlich Arbeitsmöglichkeit geschaffen wird. Wenn die Mietenfrage heute einer Regelung zugeführt würde, dann würde bei uns in Österreich ebenso wie in allen übrigen Staaten die Arbeitslosenziffer zurückgehen, weil die private Bautätigkeit für die Arbeitslosen Beschäftigung schafft. *(Stika: Da brauchen Sie sich nur Deutschland anzuschauen!)* Auch in Deutschland ist es so. Ganz abgesehen davon, daß ja nicht nur jene Arbeitslosen in Betracht kommen, die durch die Bautätigkeit direkt zu Arbeit

kommen. Das Baugewerbe ist die Mutter aller Gewerbe. Wenn das Baugewerbe Beschäftigung hat, hat die Industrie, hat jeder einzelne Handels- und Gewerbetreibende Beschäftigung. Bedenken Sie doch nur, bauen kann ich nicht ohne Zement, bauen kann ich nicht ohne Eisen, ohne Nägel, ohne Holz. Wie viele Fabriken finden dadurch Beschäftigung! Wenn die Arbeiter in diesen Fabriken verdienen, wenn die Arbeiter beim Bau verdienen, dann sind sie wieder in der Lage, Schuhe, Kleider zu kaufen, dann sind sie in der Lage, mehr für Waren auszugeben, und es verdient wiederum der ganze Handel und das ganze Gewerbe.

Die Schuld an der riesig hohen Ziffer der Arbeitslosen fällt größtenteils Ihnen zu, weil Sie eine Änderung des Mietengesetzes bis zum heutigen Tage verhindert haben. *(Zustimmung. — Zwischenrufe.)* Wenn Sie eine Herabsetzung der Zahl der Arbeitslosen haben wollen, wenn Sie es ehrlich mit diesen Ärmsten der Armen meinen, dann müssen Sie sich bequemen, einer Reformierung des Mietengesetzes zuzustimmen. *(Beifall. — Widerspruch. — Zwischenruf Skaret.)* Sie glauben, daß Sie das Verständnis gepachtet haben, aber vergessen Sie nicht, daß Theorie und Praxis ein großer Unterschied ist. Sie sind immer die Theoretiker, aber die Theorien versagen in der Praxis total. *(So ist es!)* So verhält es sich auch beim Mietengesetz. Sie sagen, man kann den Zins nicht bezahlen; der Untermieter, der den 20.000- und 30.000fachen Zins bezahlen muß, der kann ihn bezahlen *(Zustimmung)*; für den haben Sie keinen Schutz. Es ist nichts wie Demagogie, die mit dieser Frage getrieben wird. *(Zustimmung. — Ruf: Den Zementzoll haben Sie erhöht!)* Den Zementzoll haben wir mit einer Klausel versehen, die eine Vertenerung des Zements unmöglich macht. *(Zwischenrufe.)* Das hat mit der Mietenfrage gar nichts zu tun. *(Schiegl: Die Praxis wird es erweisen!)* Nehmen wir an, die Praxis würde ergeben, daß der Zement wirklich eine Erhöhung des Preises erfährt, so ist eine Erhöhung des Zementpreises, wenn dadurch der heimische Markt geschützt wird, lange nicht ein so großer volkswirtschaftlicher Schaden wie das Festhalten an dem Mietengesetz. Das ist gar kein Vergleich. *(Zelenka: Theorie und Demagogie!)* Die Demagogie überlasse ich Ihnen, ich bin noch nicht so bewandert in diesem Fach. *(Zustimmung.)*

Hohes Haus! Wir werden im Ausschuß trachten, die einzelnen Posten des Budgets in dem von mir geäußerten Sinne einer Verbesserung zuzuführen. Wir wollen aber auch hoffen, daß unsere ganze Steuergesetzgebung, die mit dem Budget auf das innigste zusammenhängt, in der Zukunft einer Änderung unterzogen wird. Wir sind dafür, daß vor allem die Einkommen- und Vermögenssteuer ausgestaltet wird, daß sie eventuell umlagenpflichtig wird, damit sie in Zukunft die Haupteinnahmepost des Staates bildet. Wir hoffen,

daß es uns gelingen wird, auch andere Kreise von der Richtigkeit dieser unserer Anschauung zu überzeugen und daß in Zukunft ein anders geformtes Budget dem hohen Hause vorgelegt wird. *(Lebhafter Beifall.)*

Janietz: Hohes Haus! Die relativ größte Ausgabenpost im Bundesfinanzgesetz sind die Ausgaben für den Personalaufwand. Man hätte daher erwarten dürfen, daß der Herr Finanzminister sich gerade mit dieser Post und mit der damit im Zusammenhang stehenden Beamtenfrage etwas eingehender beschäftigen werde, als es geschehen ist. Wir haben aber leider vom Herrn Finanzminister sowohl am Tage der Vorlage des Bundesfinanzgesetzes wie auch heute wieder nur einige Worte gehört, die mehr oder weniger eine Mahnung an die Beamenschaft gewesen sind, sich auf Enttäuschungen bei den kommenden Verhandlungen vorzubereiten. Und ich war sehr erstaunt, als der Herr Kollege Odehnal hier die Bemerkung gemacht hat, daß sich der Herr Finanzminister eingehend mit der Beamtenfrage beschäftigt hätte. Dieses „eingehend“ hat darin bestanden, daß der Herr Finanzminister der Beamenschaft mitgeteilt hat, daß die Regierung nicht in der Lage sei, den Beamten bei den kommenden Verhandlungen irgendwie in die Waagschale fallende Zuwendungen zu machen. Und heute hat der Herr Finanzminister den Beamten empfohlen, daß sie sich ihr besonderes Interesse an der Stabilität der Verhältnisse vor Augen halten und danach ihre Wünsche einrichten mögen. Die Beamten halten sich die Stabilität ihrer Verhältnisse vor Augen. Diese Stabilität besteht nämlich darin, daß sie seit vielen Jahren stabil gegen eine ganz ungeheuerliche wirtschaftliche Not ankämpfen haben und von der Regierung wie auch von den Herren der Mehrheitsparteien nichts als schöne Worte und Vertröstungen zu hören bekommen, wie wir es heute auch hier von einem meiner Vorredner hören konnten. Ich werde mir dann erlauben, auf diese Dinge noch zurückzukommen.

Ich glaube, hohes Haus, daß man bei uns die Beamtenfrage mit etwas zu großer Oberflächlichkeit behandelt. Die Beamtenfrage ist heute nicht mehr die Frage eines einzelnen Standes, sondern sie ist heute ein Problem, sie ist heute eine Staatsfrage. Der Herr Minister Odehnal und der Kollege Hampel haben sich auf Äußerungen des Reichsfinanzministers zu der bevorstehenden Beamtenbesoldungsreform im Deutschen Reiche berufen. Es ist ganz richtig, daß das, was dort über die Lage der Beamenschaft gesagt wurde, haargenau auch auf die Lage der österreichischen Beamenschaft zutrifft.

Aber der Reichsfinanzminister Dr. Koehler hat auch noch etwas anderes gesagt, etwas, was sich nicht allein auf die Beamenschaft, sondern auch auf die Stellung des Staates zur Beamenschaft und zur

Frage der Befoldung der Beamenschaft bezieht. Und das ist ein Wort, das wir sehr gern von unserem Herrn Finanzminister gehört hätten. Auch hätten wir gewünscht, aus dem Munde unseres Herrn Finanzministers einige Worte zu hören, die ein Verständnis für die Not der Beamenschaft zum Ausdruck bringen. Es genügt nicht, daß sich der Herr Finanzminister bloß darauf beschränkt, die Not des Staatshaushaltes festzustellen, aber mit keinem Wort der Not der Beamenschaft Erwähnung tut. Herr Dr. Koehler in Berlin hat zum Grundsatz der deutschen Beamtenbefoldung den Satz gemacht: „Eine sofortige Reform der Befoldung der deutschen Beamten ist eine absolute Staatsnotwendigkeit.“ Etwas ähnliches haben wir von unserem Herrn Finanzminister nicht gehört.

Der Herr Kollege Dr. Odehnal hat gemeint, daß in der Beamtenfrage von der Regierung und auch von den Regierungsparteien in den vergangenen Jahren das möglichste geschehen sei. Die Beamten draußen werden diese Behauptung des Herrn Dr. Odehnal mit einigem Staunen vernehmen, und zwar deshalb, weil alles das, was bisher für die Beamten geschehen ist, vor allem darin bestanden hat, durch alle möglichen Beruhigungsmittel die Beamten immer wieder davon abzuhalten, ihren Wünschen und Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen. An Versicherungen des Wohlwollens haben die Beamten soviel bekommen, daß sie daran in den nächsten 50 Jahren keinen Mangel leiden werden. Anders verhält es sich mit der Einlösung der Versprechungen. Wenn Herr Dr. Odehnal gesagt hat, daß die Regierung und die Regierungsparteien in der gleichen Weise auch in der Zukunft den Bedürfnissen der Beamten entgegenkommen werden, so ist das eine Botschaft, die bei der Beamenschaft kaum besondere Freude auslösen wird. Und da muß ich hinzufügen: Ich weiß nicht, ob die Beamten auf die Dauer ein so geartetes Entgegenkommen werden aushalten können.

Es wird seit Jahren mit der Beamtenfrage ein eigenartiges Spiel getrieben. Man versteht es immer wieder, die Beamten gegen die anderen Bevölkerungskreise, vor allem gegen die Bauernschaft, auszuspielen. Man beklagt sich immer wieder darüber, daß gewissermaßen periodisch, immer zu denselben Zeiten die Öffentlichkeit durch Gehaltsforderungen der Beamenschaft beunruhigt wird. Das ist richtig. Aber die Schuld daran trifft nicht die Beamten. Die Schuld trifft eben die Art und Weise, wie seit Jahren die Beamtenpolitik geführt wird und wie gerade die Beamtenfrage von der Regierung und ihren Parteien behandelt wird. Ich erinnere hier nur ganz kurz an die Zeit des Beginnes der Sanierung. Das war das Jahr 1923. Da sind sehr große Reden gehalten worden. Damals ist der Herr Bundeskanzler selbst in die Beamtenversammlungen gegangen — es war

am Schwarzenbergplatz, damals eine Nummer daneben (*Heiterkeit*), im Militärfasino. Dort hat der Herr Bundeskanzler Dr. Seipel in einer Beamtenversammlung gesprochen und hat sich bemüht, der Beamenschaft den Abbau erklärlich oder, sagen wir besser, schmackhaft zu machen. Bei dieser Gelegenheit wurde den Beamten in Aussicht gestellt, daß, wenn die zwei mageren Jahre, die notwendig sind, um das Gleichgewicht im Staatshaushalte wiederherzustellen, vorüber sein werden, wenn der Beamtenabbau seine Opfer zur Gänze gefordert haben wird, solche Ersparungen vorhanden sein werden, daß dann für die Übrigbleibenden eine Zeit kommen wird, in der gewissermaßen Milch und Honig für sie fließt. (*Bundeskanzler Dr. Seipel: Das habe ich nie gesagt! Diese Ausdrücke gebrauche ich nicht!*) Diese Ausdrücke nicht, aber der Eindruck den die Beamenschaft damals von den Versprechungen bekommen hat, war, daß, wenn die Abschachtung dieser zum Abbau Bestimmten vollzogen sein wird, für die anderen das Himmelreich kommen wird. Dieser Eindruck war in der Beamenschaft. (*Bundeskanzler Dr. Seipel: Da fragen Sie die Beamten! Die wissen, daß ich weder Abschachtung noch Milch und Honig gesagt habe!*) Ein Goldstrom wird in die Wirtschaft hineingepumpt werden, wurde gesagt, und da waren die Beamten der Meinung, daß von diesem Goldstrom auch für sie etwas abfallen wird. Davon hat aber weder die Wirtschaft noch haben die Beamten etwas gesehen.

Auch der jetzige Herr Finanzminister ist damals in die Versammlungen gegangen und hat ebenfalls den Beamten immer wieder vor Augen geführt: Wartet, geduldet euch, stört nicht das Werk der Sanierung; schaut dazu, daß der Abbau reibungslos und möglichst rasch vor sich gehe, dann werden wir euch helfen können, dann werdet ihr die ersten sein, denen dank der Gesundung der Staatsfinanzen wird geholfen werden können. Das ist den Beamten versprochen worden. Und am 6. Juni 1923 hat Dr. Riehböck bei Verhandlungen, die damals zwischen den Beamtenvertretern und der Regierung geführt wurden — ich habe hier eine wörtliche Wiedergabe der Verhandlungsschrift, nicht in einem Blatte einer sozialdemokratischen Gewerkschaft, sondern abgedruckt im Blatte des „Reichsverbandes der öffentlichen Angestellten“, und da steht folgende Erklärung des Finanzministers drin —, den Beamten gesagt: „Es gibt eigentlich nur eine Art der Bedeckung, nämlich den Fortschritt im Abbau“ — es hat sich damals um die Bedeckungsfrage für die Forderungen der Beamten gehandelt — also „es gibt eigentlich nur eine Art der Bedeckung, nämlich den Fortschritt im Abbau. Die Bundesangestellten können für ihre Zukunft und die Zukunft des Berufes im öffentlichen Dienste nur dann hoffen, wenn energische Fortschritte im Abbau gemacht werden.“ Das ist vom

Herrn Finanzminister gesagt worden. Inzwischen sind 96.000 Bundesangestellte tatsächlich abgebaut worden, und wenn heute die Bundesangestellten kommen und dem Herrn Finanzminister bescheiden die Frage vorlegen, ob nun endlich für sie jene Zeit gekommen ist, die ihnen verheißen wurde, dann bekommen sie die Antwort: „Die Regierung ist nicht in der Lage, irgendwie in die Waagschale fallende Zuwendungen zu machen.“

Der Herr Kollege Odehnal hat sich hier darüber beschwert, daß die Opposition in ihrer Kritik zum Budget Erinnerungen an Kleinigkeiten aus der Vergangenheit herausgekratzt hat, beispielsweise Erinnerungen an die Centralbank, Erinnerungen an die Postsparkasse. Die 53 Millionen Schilling, die jetzt für die Abgänge bei der Postsparkasse ins Budget eingestellt sind, bestehen zum Teil aus einem Betrag, der aus dem Refundierungsfonds kommt — das sind zirka 20 Millionen Schilling —, und der Rest — das sind ungefähr 33 Millionen Schilling — stammt aus laufenden Mitteln; das ist ein halber Monatsgehalt für die Bundesangestellten. Das ist also eine Kleinigkeit! Gegenüber den Gesamtverlusten bei der Postsparkasse ist es ja eine Kleinigkeit, weil es noch nicht der ganze Verlust ist. Aber gegenüber dem, was die Bundesangestellten an Forderungen vorlegen, bedeutet es die Erfüllung eines ganz erheblichen Teiles dieser Forderungen.

Und nun wurde vom Herrn Abg. Dr. Odehnal auch darauf hingewiesen, daß die Regierung in fortwährenden Zugeständnissen an die Bundesangestellten ihr besonderes Verständnis für die Wünsche der Bundesangestellten an den Tag gelegt hätte. Abg. Odehnal hat auch von Verhandlungen gesprochen, die erst vor einigen Tagen geführt wurden und die sich auf zwei Fragen bezogen haben, die mir der in Befoldungsfragen der Bundesangestellten Gutbewanderte — es ist eine besondere Art von Schriftgelehrten, die da herangewachsen sind — überhaupt versteht, nämlich die Frage der Systemisierungen und die Frage der Pragmatisierungen, zwei Dinge, die weit auseinanderliegen. Ich habe früher den Zwischenruf gemacht, daß diese Verhandlungen als Ergebnis so viel wie Null gezeitigt haben, und diese Behauptung halte ich aufrecht. Bei den Verhandlungen über die Systemisierungen ist in keiner Weise den Wünschen der Beamenschaft auch nur so weit entgegengekommen worden, daß man sagen könnte, daß wenigstens das Prinzip der Forderungen anerkannt worden wäre. Nicht einmal so weit hat dieses Entgegenkommen gereicht. Schauen Sie sich die Gewerkschaftsblätter der bürgerlichen Beamtenorganisationen an. Dort werden sie das bestätigt finden, was ich hier gesagt habe.

Der Herr Dr. Odehnal hat gemeint, daß die Systemisierung ein empfindliches Instrument ist, in

das man nicht mit rauher Hand hineingreifen kann. Nun bitte, was ist dieses Instrument der Systemisierung? Die Systemisierung ist eine Einführung des Gehaltsgesetzes der Bundesangestellten, jenes berühmten Gehaltsgesetzes vom Jahre 1924, das als besonderer Ausdruck des Entgegenkommens der Regierung den Bundesangestellten statt der 35-jährigen die 40-jährige Dienstzeit und statt der 90-prozentigen die 78,3-prozentige Pensionsbemessungsgrundlage gebracht hat — ein besonders drastischer Beweis des Entgegenkommens. In den Bestimmungen des Gehaltsgesetzes über die Systemisierung liegt die Beförderungsmöglichkeit für die Beamenschaft, und wenn man diese Bestimmungen engherzig behandelt, dann heißt das nichts anderes, als der Beamenschaft die Beförderungsmöglichkeit abschneiden. Dieser Zustand besteht jetzt. Durch die Art, wie systemisiert wird, ist der Masse der Beamten jede Beförderungsmöglichkeit auf lange Zeit hinaus abgeschnitten. *(Zwischenrufe)*. Lassen Sie sich das vom Reichsverband der öffentlichen Angestellten nachweisen, mit dem Sie ja in guter Verbindung stehen! Die Bestimmungen über die Beförderung der Beamten sind etwas, was einen Vorteil des Gehaltsgesetzes bilden soll. Dieser Vorteil ist praktisch vollständig nullifiziert worden durch die Art und Weise, wie bei den Systemisierungen vorgegangen wird. Und da wird davon gesprochen, daß Verhandlungen stattgefunden hätten. Diese Verhandlungen verdienen ja nicht den Namen von Verhandlungen. Der Herr Kollege Odehnal hat ja das, was diese Verhandlungen dargestellt haben, in einer ganz eigenartigen Redewendung richtig gekennzeichnet. Der Herr Kollege Odehnal hat — ich habe es mir nicht wörtlich gemerkt, aber dem Sinne nach — gemeint, daß ja die Forderungen bei den Systemisierungsverhandlungen volle Berücksichtigung gefunden hätten und daß man die vorgebrachten Anregungen in den nächsten Jahren zum Ausgangspunkt neuer Gesichtspunkte machen wird. *(Heiterkeit)*. Ich muß schon sagen, das ist eine etwas komplizierte Erklärung für den Erfolg der abgelaufenen Systemisierungsverhandlungen. Darüber werden die Beamten jedenfalls nicht besonders befriedigt sein. *(Dr. Odehnal: So habe ich es ja nicht gesagt!)* Aber dem Inhalt nach! Ich habe mir das in der Geschwindigkeit nicht so gemerkt. *(Zwischenrufe Dr. Odehnal.)* Herr Kollege Odehnal, Sie haben gesagt, daß die Regierung entgegengekommen ist, aber daß die Ergebnisse sich erst in den nächsten Jahren zeigen werden. *(Dr. Odehnal: Ich habe gesagt, daß sich die Anregungen erst beim nächstjährigen Budgetplan auswirken können!)* Ganz richtig, das haben Sie gesagt, das habe ich ja auch ausgeführt. *(Ruf: Das ist etwas ganz anderes!)* Das ist genau dasselbe. Schauen Sie, es nützt ja nichts, wie immer die Herren von den Regierungsparteien ihre Worte drehen und wenden. Sie können das drehen und

wenden wie Sie wollen, die Beamtenschaft draußen weiß ganz gut, was sie von diesen Worten zu halten hat. Wenn der Herr Kollege Hampel auch davon gesprochen hat, daß die Großdeutsche Partei die schweren Sorgen des Herrn Finanzministers voll und ganz anerkennt und daß sie trotz Anerkennung der Pflicht des Ministers, Beamtenschaft über geliehene Gelder zu geben, dem Herrn Finanzminister nahelegen müssen, daß er den Wünschen der Beamten entgegenkommen möge, und wenn der Herr Kollege Hampel weiters die Hoffnung ausgesprochen hat, daß diese Wünsche in einem weiteren Maße Berücksichtigung finden, als nach den bisher vorliegenden Äußerungen des Herrn Finanzministers angenommen werden kann, so hängt es ja nur von den Parteigenossen des Herrn Kollegen Hampel ab, daß dieser Wunsch in Erfüllung geht. (*Zustimmung.*) Die Herren müssen bloß bei der Vorlage des Ergebnisses der bevorstehenden Verhandlungen zwischen Beamtenschaft und Regierung für jene Anträge stimmen, die den Wünschen der Beamtenschaft Rechnung tragen. Aber wenn Sie sagen, daß Sie die Forderungen mit aller Genauigkeit prüfen und daß Sie alles dazu tun werden, damit die Beamten ihr Recht finden, und Sie sagen das hier von dieser Stelle aus, wenn es aber dann zur Abstimmung kommt, stimmen Sie dagegen, dann haben die Beamten von diesen schönen Worten nichts. (*Zustimmung.*)

Die Beamten erwarten vielmehr, daß nicht wieder dasselbe Manöver aufgeführt wird, das im Jahre 1924 aufgeführt wurde, damals sind Sie ausgezogen, die Automatik für die Altpensionisten zu retten, und dann ist jener schöne Kuhhandel über die Automatik der Pensionisten herausgekommen, der dazu geführt hat, daß heute die Frage der Angleichung der Altpensionisten an die Neupensionisten zu einer Frage des Lebens oder Sterbens für Tausende von alten Menschen geworden ist, die ehrlich und fleißig ein Menschenalter hindurch gearbeitet und dem Staate gedient haben. (*Lebhafte Zustimmung.*) Mit den Komplimenten, die Sie hier machen, werden Sie der Beamtenschaft keinen Dienst erweisen und werden Sie auch ihre Not nicht lindern.

Gestatten Sie nun, daß ich noch auf eines zurückkomme.

Das Gehaltsgesetz des Jahres 1924 ist seinerzeit den Bundesangestellten aufgezwungen worden. Ich erinnere daran, daß damals, am 18. Juli 1924, mein Parteigenosse Dr. Otto Bauer hier den Protest der Gesamtvertretung der Beamtenschaft ohne Rücksicht auf die politische Zugehörigkeit dem Hause zur Kenntnis brachte. Dieses Gesetz wird nun seit dem Jahre 1924 bei der Durchführung und Anwendung in einer Weise gehandhabt, daß sein Effekt auf die allerunterste Grenze der Möglichkeiten herabgedrückt wurde.

Ich will jetzt nicht von den Fragen sprechen, die sich auf die Bezüge selbst beziehen, auf die ich noch zurückkomme. Aber wenn im Wege der Systemisierung, wenn im Wege der Umwandlung von Dienstposten einer höheren Dienstklasse in solche einer niedrigeren Dienstklasse alle Entwicklungsmöglichkeiten für die Beamtenschaft abgesperrt, breite Massen einfach in den sogenannten Topf gedrängt werden und dort Jahrzehnte zu verbringen haben, dann ist es doch selbstverständlich, daß in der Beamtenschaft Unzufriedenheit herrscht. Ich will nicht sagen, daß das Zufallserscheinungen sind; es ist das methodisch. Wir haben da Erfahrungen gemacht, die ganz eigenartig sind. Es ist in der letzten Zeit vorgekommen, hohes Haus, daß nach einer Aussprache zwischen Beamtenvertretern und Mitgliedern der Regierung von seiten eines Regierungsvertreters nach Schluß dieser Aussprache die Bemerkung gefallen ist — im nicht-offiziellen Teil —: Und es bleibt doch beim Alten! Das zeigt, welche Kräfte hier wirksam sind. (*Zelenka: War das nicht der Nitschmann?*) Ich weiß es nicht.

Ein besonderes Kapitel des Entgegenkommens und der Fürsorge, von der Herr Dr. Odehnal hier gesprochen hat, sind beispielsweise die kriegsbeschädigten Bundesangestellten. Diese wurden zu einem besonderen Experimentierobjekt gemacht. Man hat ihnen zuerst auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1921 gewisse Zulagen je nach dem Grade ihrer Arbeitsunfähigkeit und ihrer Kriegsbeschädigung zugestanden, aber das Gehaltsgesetz von 1924 hat die effektive Anrechnung der Kriegsjahre zum Teil aufgehoben und in eine Zulage verwandelt; bis zu fünf Jahren wurde angerechnet, darüber hinaus wurde eine Zulage gegeben. Das Verwaltungserparierungsgesetz von 1926 hat nun einseitig diesen Teil des Gehaltsgesetzes zum Schaden der kriegsbeschädigten Bundesangestellten dadurch abgeändert, daß sich diese einer neuerlichen Überprüfung unterziehen mußten und nur jene die Zulage behalten durften, die mehr als 35 Prozent erwerbsunfähig sind. (*Dr. Odehnal: So wie bei den übrigen Kriegsbeschädigten!*) Sehr richtig. Und nun kommt das, was, wie ich hoffe, auch Sie, Herr Doktor, nicht werden verteidigen können. Die Leute sind also untersucht worden. Das erste aber, was das Finanzministerium getan hat, war, daß allen Kriegsbeschädigten noch vor der Untersuchung der Bezug der Zulage eingestellt wurde, so daß ihr Einkommen sofort um 30 bis 50 S monatlich gemindert wurde. Die Zulagen wurden erst wieder flüssiggemacht, bis das Ergebnis der neuerlichen Überprüfung feststand. Die Ärzte haben also überprüft und festgestellt, ob jemand über oder unter 35 Prozent kriegsbeschädigt ist. Man sollte nun glauben, daß damit die Sache nach dem Gesetze erledigt gewesen wäre. Wir haben aber auch ein Finanzministerium, das offenbar aus Mangel an

anderer Beschäftigung sich auch mit ärztlichen Dingen zu beschäftigen scheint und sich als kompetent in ärztlichen Fragen betrachtet. Die ärztlichen Befunde sind ins Finanzministerium gewandert, und die Finanzvertreter haben, ohne die Leute zu sehen, ohne überhaupt eine Ahnung zu haben, um wen es sich handelt, in den allermeisten Fällen, soweit sie nur konnten, diesen Prozentsatz eigenmächtig unter 35 Prozent herabgesetzt (*Hört! Hört!*), um auf diese Weise den Leuten die Zulage wegnehmen zu können. Dieser Vorgang war direkt ungeschicklich. Aber alle Proteste haben den Kriegsbeschädigten nichts genützt, maßgebend war nicht, was der Arzt, sondern was der Finanzvertreter gefunden hat. Das ist die Fürsorge für die kriegsbeschädigten Bundesangestellten gewesen, die Herr Dr. Odehnal als Beispiel anzuführen vergessen hat.

Nun komme ich auf die Frage der Gehaltsbezüge. Herr Dr. Odehnal hat erwähnt, daß die Regierung erst im vorigen Jahre eine 12½-prozentige Bezugserhöhung den Bundesangestellten gegeben hat. Erlauben Sie, daß ich einmal klarlege, was diese Erhöhung bedeutet hat. In Wirklichkeit waren es nicht 12½ Prozent, sondern die Erhöhung machte für das Jahr 1927 etwas über 3 Prozent, annähernd 3¼ Prozent, nicht ganz 4 Prozent aus. Warum? Weil die Bundesangestellten schon im Jahre 1926 einen ganzen Monatsgehalt als Plus zu ihrem Einkommen gehabt haben und man ihnen die Bezüge aus dem Jahre 1926 — das ist doch der Ausgangspunkt für die Erhöhung gewesen — nicht nehmen kann. Man konnte damals den Leuten nicht sagen: Eure Erhöhung beträgt 3½ Prozent plus einem Teil von dem, was ihr im vorigen Jahr ohnehin schon bekommen habt! Das ist keine Erhöhung. Und was nun diese 3½ oder 3¾ Prozent anbelangt, so findet man dafür die Erklärung gerade in einer Bemerkung des Herrn Finanzministers zum Finanzgesetz vom Jahre 1928. Der Herr Finanzminister hat mitgeteilt, daß das Finanzministerium sich entschlossen habe, die Interkalare aufzulassen. Das ist auch so ein kabbalistischer Ausdruck, der nur in der Besoldungspolitik der Bundesangestellten vorkommt. Diese Interkalare bedeuten nämlich eine neue Möglichkeit für das Finanzministerium, wenn es schon nicht anders kann, wenn es schon nicht alle Posten für die Beförderung sperren kann, die Beförderung trotzdem noch um mindestens drei Monate, in der Praxis aber um sechs bis neun Monate hinauszuschieben. Wenn schon ein Posten frei war, den man nicht einziehen konnte, so hat man ihn eben drei, sechs oder neun Monate unbesetzt gelassen, um an dieser Differenz zu ersparen, gerade so wie man an den Zulagen der kriegsbeschädigten Bundesangestellten erspart hat. Und das Resultat davon hat uns der Herr Finanzminister vor einigen Tagen mitgeteilt: 3 Prozent des gesamten

Personalaufwandes hat das Finanzministerium durch die Interkalare im Jahre 1927 erspart, also glatt dasjenige, was die Bundesangestellten als Erhöhung der Gehälter im Jahre 1927 bekommen haben! Damals wurden Bundeskanzler Dr. Ramek und nach seinem Ausscheiden der Herr Finanzminister Dr. Riebenböck am Schlusse der Verhandlungen von den Beamtenvertretern in einer Vorahnung der kommenden Dinge — man hat ja schon Erfahrungen seit vielen Jahren — gefragt, ob nicht etwa dieser halbe Monatsgehalt auf Kosten der Interkalare geht. Die Beamtenvertreter erhielten daraufhin eine Antwort, die nicht Ja und nicht Nein war. Die richtige Antwort haben wir jetzt vom Herrn Finanzminister bekommen. Jetzt wissen die Beamten, daß sie sich den halben Monatsgehalt vom Jahre 1927 selbst aus der eigenen Tasche bezahlt haben, aus den Ersparnissen, die durch das Hinausziehen der Besetzung von freigewordenen Posten entstanden sind.

Der Herr Kollege Odehnal hat auch die Frage des Verhältnisses der mittleren zu den höheren Beamten allerdings in einer sehr bescheidenen Form angezogen. Da will ich zunächst einmal erklären, daß wir durchaus nicht auf dem Standpunkt stehen, daß der höhere Beamte nicht seiner höheren Verantwortung und seiner Stellung angemessen und entsprechend entlohnt werden soll. Diesen Standpunkt vertreten wir immer, und Sie ersuchen es auch daraus, daß dort, wo meine Partei in der Verwaltung zu entscheiden hat, diesem Gesichtspunkte vollkommen Rechnung getragen wird, wie es das Beispiel der Gemeinde Wien zeigt. Aber, hohes Haus, so ist die Sache doch nicht, wie der Kollege Odehnal gemeint hat. Ich muß hier schon zugunsten der mittleren Beamten ein Wort sprechen. Eine Spannung soll und muß sein, aber daß die Spannung zwischen den mittleren und den höheren Beamten so groß ist, daß der tüchtigste mittlere Beamte mit Matura seine volle Dienstzeit von fast 40 Jahren braucht, um dasselbe zu erreichen, was nach den jetzt geltenden Richtlinien der höhere Beamte mit einer Dienstzeit von 22 bis 26 Dienstjahren erreicht, wo er zumeist noch eingeteilter Beamter ist, das ist eine zu große Spannung. Und wenn von der Valorisierung gesprochen wird und gesagt wird, daß hier die Valorisierung das Entscheidende ist, und als Entschuldigend der Valorisierungsfaktor angeführt wird, so bin ich in der Lage, Ihnen auch diesbezüglich zu dienen. Gegenüber der Behauptung, daß bei den höheren Beamten — es handelt sich hier hauptsächlich um die dritte Dienstklasse und von da aufwärts um die zweite und erste Dienstklasse — der Valorisierungskoeffizient ein viel niedrigerer ist und daß man eben deswegen in den Richtlinien bei der Systemisierung und Beförderung entgegenkommen sein muß, will ich darauf aufmerksam machen, daß über diese Frage nicht mit uns, sondern zwischen dem bürgerlichen

Reichsverband der öffentlichen Angestellten und den Herren des Finanzministeriums in der letzten Zeit sehr eingehende Aussprachen geführt wurden auf Grundlage von sehr genau errechneten Tabellen, die ich zufälligerweise hier habe. Daraus geht hervor, daß unter Zugrundelegung der jetzigen Richtlinien für die Beförderung bei den höheren Beamten sich folgendes Valorifizierungsbild ergibt. Bei der dritten Dienstklasse der höheren Beamten eine Valorifizierungsgrundlage bei 22 Dienstjahren von 87·3 Prozent, während der mittlere Beamte der vierten Dienstklasse, die er erst nach 28 Jahren erreicht, nur eine Valorifizierung von 62·78 zu verzeichnen hat. Somit ist die Behauptung, daß hier ein besonderes Entgegenkommen bei den obersten Dienstklassen mit Rücksicht auf die schlechteren Valorifizierungsverhältnisse berechtigt ist, nicht richtig, weil das durch die Berechnungen der Beamenschaft selbst klargestellt ist. *(Dr. Odehnal: Das habe ich doch gar nicht gesagt! Ich habe gesagt, daß die Lebensverdienstsumme höher ist als bei den mittleren Beamten!)* Sie ist immer höher gewesen; die Lebensverdienstsumme der höheren Beamten ist auch im Frieden höher gewesen, nur ist die Lebensverdienstsumme der mittleren Beamten gegenüber dem Friedensstand tiefer gesunken als bei den höheren Beamten. Das ist die Wahrheit.

Und nun möchte ich noch einer Sache hier Erwähnung tun, die von außerordentlicher Bedeutung für die Beamenschaft ist, wo die Regierung auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ganz anders eingreifen müßte, als es bisher geschehen ist. Wenn man selbst der mildeste Beurteiler der Beamtenpolitik ist, wie sie seit Jahren von der Regierung betrieben und von den Regierungsparteien unterstützt wird, so muß man doch zugeben, daß diese Beamtenpolitik ein niederschmetterndes Ergebnis gezeitigt hat in der ungeheuren Verschuldung der ganzen Beamenschaft. Die Beamenschaft ist heute in einer Weise verschuldet, wie es vor dem Kriege überhaupt nie der Fall war. Man hat in der Zeit vor dem Weltkrieg auch viel über die Verschuldung der Beamten gesprochen — das ist aber gar nichts gegen den Zustand, in dem sich heute die Beamenschaft befindet. Der Herr Finanzminister hat erwähnt, daß 6 bis 7 Millionen Schilling für Gehaltsvorschüsse vorgesehen sind, also ungefähr 1 Prozent der gesamten Ausgaben für Personalzwecke. 6 bis 7 Millionen Schilling für Gehaltsvorschüsse — das ist ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Folge davon ist, daß der größte Teil der Beamten gezwungen ist, sich an verschiedene Kreditinstitute, ja an Winkelinstitute und sogar an Privatwucherer zu wenden, und so immer tiefer in Schulden hineingerät. Ich möchte den Herrn Finanzminister und auch den Herrn Bundeskanzler auffordern, sich einmal die Verbotslisten der Beamten bei der Wiener Finanzlandesdirektion vorlegen zu lassen.

Dann werden Sie das richtige Bild über die wirtschaftliche Lage der Beamten bekommen.

Der Herr Bundeskanzler Dr. Ramek hat im Jahre 1927 in jener denkwürdigen 16stündigen Nachtverhandlung ein Zugeständnis auf dem Gebiete der Beamtenentschuldung gemacht und hat damals den Bundesangestellten zugesagt, daß das Erträgnis der Staatslotterien im Ausmaß von 500.000 S jährlich für Zwecke der Beamtenentschuldung verwendet werden soll. Es wurde damals gesagt, es werde ein Kuratorium gegründet werden. Sogar die Vorarbeiten für die Statuten dieses Kuratoriums wurden gemacht. Hohes Haus! Aus den Statuten ist nichts geworden, aus der Entschuldung ist nichts geworden, und aus den 500.000 S ist nichts geworden. Die Lösung des Rätsels hat dann darin bestanden, daß Dr. Ramek den Bundesangestellten für Entschuldungszwecke Gelder zur Verfügung gestellt hat, über die das Finanzministerium bereits anderweitig verfügt hatte. *(Heiterkeit.)* Und da sich eine andere Geldquelle nicht gefunden hat, weil ja der Staatshaushalt sehr notleidend ist — ich verweise nur auf die 53 Millionen, die jetzt zur Postsparkassenentschuldung verwendet werden —, so war es nicht möglich, das Geld für eine Beamtenentschuldungsaktion aufzutreiben.

Hohes Haus! Ich mache die Regierung und das Haus auf die außerordentliche Wichtigkeit dieser Frage aufmerksam. Es geht so nicht weiter, daß die Regierung ruhig zusieht, wie die Beamenschaft sich infolge ihrer niedrigen Bezahlung, infolge ihrer außerordentlich schwierigen Wirtschaftsverhältnisse immer mehr verschuldet. Heute gibt es ja schon förmliche Industrien, die auf der Verschuldung der Beamenschaft und darauf aufgebaut sind, daß die Beamten überhaupt nichts mehr bar, sondern alles nur auf Raten kaufen können. Am Ersten schlagen ihnen dann diese Ratenzahlungen über den Kopf zusammen. Das heißt, der Verschuldung und Verelendung Vorschub leisten. Und wenn dann solche Beamte einmal moralisch straucheln, dann tritt man in dem Bewußtsein seiner Gerechtigkeit vor sie hin und urteilt sie ab, während die wirklich Schuldbigen die sind, die den moralischen Anstoß zu dem Straucheln gegeben haben. *(Sehr richtig!)*

Hohes Haus! Damit bei diesem Trauerspiel auch die Komik nicht fehle, hat sich zu dieser Frage unser Bundesministerium für Heereswesen zum Worte gemeldet, und zwar in einer Form, die wirklich überraschend ist. Nicht etwa, daß es sich darum kümmert, daß für die Beamten des Heeresressorts eine wirksame Entschuldung eingeleitet werde, auch nicht, daß es sich beim Finanzminister dafür verwendet, daß die Mittel für unverzinsliche Gehaltsvorschüsse erhöht werden. Nein, dort wurde ein anderes Mittel gefunden, um der Verschuldung der Beamten ent-

gegenzutreten. Beim Bundesministerium für Heereswesen erhalten jene Beamte, die noch keine Gehaltsvormerkung haben, ein offizielles Belohnungsdekret. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Das heißt doch, mit der Not der Beamten direkt Schindluder treiben. *(Lebhafter Beifall.)*

Hohes Haus! Wir haben hier heute von zwei Vertretern der Regierungsparteien gehört, daß sie ein warmes Herz für die Beamten haben, daß sie entschlossen und gewillt sind, sich bei der Budgetverhandlung für die Wünsche der Beamtenschaft einzusetzen und dazu beizutragen, daß die Wünsche der Beamtenschaft ihre Erfüllung finden. Morgen beginnen die Verhandlungen der Bundesangestellten mit der Regierung. Am morgigen Tage werden wir sehen, wie das Entgegenkommen der Regierung gegenüber den Beamten aussieht, und dann werden die Herren, die hier die Beamten ihres Wohlwollens versicherten, Gelegenheit haben, dieses Wohlwollen durch die Abstimmung hier im Hause praktisch zu beweisen. *(Lebhafter Beifall.)* Wir werden sie bei der Abstimmung an diese ihre Erklärungen, sehr nachdrücklich erinnern. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Während vorstehender Rede hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)

Damit ist die 1. Lesung beendet. Die Regierungsvorlagen B. 70 und B. 76 werden dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Der nächste Punkt der T. D. ist der mündliche Bericht des Ausschusses für Handel über die Regierungsvorlage (B. 75), betr. das Handels- und Schiffsahrtsabkommen zwischen Österreich und Finnland.

Unter Einem wird der Bericht des Ausschusses für Handel über die Regierungsvorlage (B. 46), betr. den Notenwechsel mit dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen vom 8. Juni 1927, betr. die Zölle für Nutz- und Zuchtvieh, für Jungvieh sowie für Mehl, und den Notenwechsel mit der Schweiz vom 19. April 1927, betr. den Zoll für Zucht- und Nutzvieh, in Verhandlung gezogen.

Berichterstatter **Volker**: Hohes Haus! Ich berichte über B. 75, das ist über das Handels- und Schiffsahrtsabkommen zwischen Österreich und Finnland.

Mit Finnland, das im Jahre 1917 volle staatliche Selbständigkeit erlangt hat, hatte Österreich bisher keine handelspolitische Bindungen. Österreichische Waren wurden daher in Finnland nach den autonomen Zollsätzen verzollt. Die sich hieraus ergebende Differenzierung verschiedener österreichischer Waren auf dem finnländischen Markte wurde von unserer Exportindustrie überaus unangenehm empfunden, weshalb die österreichische Regierung schon seit langem bemüht war, mit Finnland einen

Handelsvertrag auf der Basis der Meistbegünstigung abzuschließen. Diesen Bemühungen wurde nimmehr der gewünschte Erfolg zuteil.

Der Vertrag ist auf der Grundlage der vollen Meistbegünstigung aufgebaut und enthält für zwei wichtige österreichische Exportartikel (Ledergalanteriewaren und Bijouteriewaren) ansehnliche Zollermäßigungen, während er für eine finnländische Sperrholzspezialität, für Kaffee, Ski, Zwirnpulen, Diskus und Speere teils Bindungen, teils Ermäßigungen der gegenwärtigen österreichischen autonomen, beziehungsweise Vertragsszölle gewährt.

Der Vertrag enthält ferner allgemeine Bestimmungen, wie sie in den übrigen Handelsverträgen zu finden sind. Der Vertrag soll so lange in Kraft bleiben, bis nicht einer der beiden vertragsschließenden Staaten ihn mit einer Frist von drei Monaten auffündigt.

Das Übereinkommen entspricht unseren Interessen. Es ist zu erwarten, daß es wesentlich zur Erweiterung unseres bereits regen Handelsverkehrs mit Finnland beitragen wird, daß es durch Beseitigung der erwähnten Differenzierung unserer Exportindustrie auf dem finnländischen Markte freie Konkurrenz zusichert.

Der Ausschuß für Handel stellt sohin den Antrag *(liest)*:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Handels- und Schiffsahrtsabkommen zwischen Österreich und Finnland nebst Unterzeichnungsprotokoll wird die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.“

Ich berichte weiter über B. 46 das ist über den Notenwechsel mit dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen vom 8. Juni 1927, betr. die Zölle für Nutz- und Zuchtvieh, für Jungvieh sowie für Mehl, und über den Notenwechsel mit der Schweiz vom 19. April 1927, betr. den Zoll für Zucht- und Nutzvieh.

In der Dritten Zolltarifnovelle ist für Nutz- und Zuchtvieh ein autonomer Zoll von 75 und für Jungvieh von 45 Goldkronen festgesetzt. Dem Inkrafttreten dieser Zölle steht, was Nutz- und Zuchtvieh anbelangt, die Bindung des alten autonomen Zollsatzes in den Handelsverträgen mit Jugoslawien und der Schweiz entgegen. Um diese Bindungen zu beseitigen, wurden zunächst Verhandlungen mit der schweizerischen und der jugoslawischen Regierung geführt, deren Ergebnis der vorliegende Notenwechsel vom 19. April, beziehungsweise 8. Juni ist.

Der Ausschuß für Handel stellt sonach den Antrag *(liest)*:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Notenwechsel mit dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen vom 8. Juni

1927, betr. die Zölle für Nutz- und Zuchtvieh, für Jungvieh sowie für Mehl, und dem Notenwechsel mit der Schweiz vom 19. April 1927, betr. den Zoll für Zucht- und Nutzvieh, wird die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt."

Die beiden Anträge des Ausschusses werden in getrennten Abstimmungen angenommen.

Die L. D. ist erledigt.

An Stelle Steiner als Mitglied und Haucis und Wiesmaier als Ersatzmänner des Finanz-

und Budgetausschusses werden Dr. Kneußl, beziehungsweise Dr. Schuschnigg und Dr. Hofer, an Stelle Clessin als Mitglied und Hampel als Ersatzmann des Rechnungshofausschusses werden Hampel, beziehungsweise Clessin gewählt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

Schluß der Sitzung: 4 Uhr 30 Min. nachm.